

Politische Berichte



22. Dezember 1989
Jg. 10 Nr. 26

G 7756 D

Preis:
2,50 DM

Öffentlicher Dienst

Anhebung der Zulagen
auf 200 DM für
Arbeiter und Angestellte
gefordert

Seite 5

DDR

FDGB- und SED-
Erklärungen für den
Erhalt des Sozialismus

Seite 12

Braunschweig

Kommunalhaushalt
1980 bis 1990:
Immer mehr Geld
für die Konzerne

Seite 24

500 Jahre Thomas Münzer

Ein religiöser
Revolutionär —
nicht für den
bischöflichen Gebrauch

Seite 30



Protestaktionen gegen den BRD-Revanchismus und gegen die Annektion der DDR:
Hamburg, 18.11. (unten), Westberlin, 9.12. (oben).

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7. Telefon: 0221/21 1658

Inhalt

26/89

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	4
Öffentlicher Dienst: Anhebung der Zulagen auf 200 DM für Arbeiter und Angestellte gefordert	5
Ausländerrecht: Mehr Unterdrückung und Sippenhaft	7
Bundeswehr: Wehrdienst soll 15 Monate bleiben	7
USA/Chrysler: Tarif gegen Berufskrankheiten	7
Westberlin: Demonstration gegen Einverleibung der DDR	8
Ladenschluß: Vorstöße der Liberalen in den Kommunen	9
EG-Gipfel in Straßburg: BRD-Ziel „Wiedervereinigung“ ist nun Teil der EG-Ostexpansion	10
Dokumente zum EG-Gipfel	11

Auslandsberichterstattung

DDR: FDGB und SED für den Erhalt des Sozialismus	12
Kanada: Gewerkschaften werden stärker	13
Bulgarien: Widersprüchliche Wirtschaftsreformen	14
Frankreich: Renault-Werk soll geschlossen werden	14
Ungarn: Viel Zulauf zu den „Kádáristen“	15
Italien: Programmdiskussion in der PCI: Demokratie statt Emanzipation?	15
Internationale Meldungen	16

*Aus Verbänden und Parteien***Veröffentlichungen:**

Bärbel Bohley u.a.: „40 Jahre DDR ..“	18
„Kommunen wie einen Konzern organisieren und steuern“ ..	18
Arbeitszeitregelungen zur Eigenständigkeit von Frauen ..	19
IGM-Gewerkschaftstag II: Kaum Kritik an Konzernen und an DDR-Einverleibung	19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
Freiburg: Lebendige Demonstration gegen die REP im Gemeinderat	22
Fuba: Widerstand gegen Expansionismus	22
Tiefdruckerei maul-belser: Längste Maschinenlaufzeit erpreßt	23
Hamburg: 250 Leute auf Antifa-Konferenz	23
Braunschweig: Haushalt 1980-90: Immer mehr Geld für die Konzerne	24
AMK: ITB ohne Südafrika gefordert	25
Roma: Stadt Gelsenkirchen lenkt ein	25
Schul-/Jugendinfo: Wo man ist, kann man was verändern ..	26
Gesamtschulen: Elternwille bleibt noch auf der Strecke ..	27
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	28
Niedersachsen: Geringe Gegenwehr gegen die „Wiedervereinigung“	29

Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge

500. Geburtstag Thomas Münzers: Ein religiöser Revolutionär — nicht für den bischöflichen Gebrauch	30
Aus Schriften und Briefen Thomas Münzers	32
DDR-Kirchenbund: Für Sozialbindung des Privateigentums	33

Spezialberichte

PKK-Prozeß: Widerstand gegen Isolationshaft und Einschränkung von Verteidigungsrechten	34
Ali Haydar Kaytan zur Vorgeschichte des Prozesses	34
RA E. Schultz: Systematische und rechtswidrige Vorverurteilung durch die BAW	36
RA E. Schultz: Die gesetzliche Vorbereitung des Prozesses ..	38
Rebmann zum PKK-Prozeß	39

IGM Heidelberg für Anerkennung der DDR

Auf der Vertreterversammlung der IGM-Verwaltungsstelle Heidelberg am 14.12. verabschiedeten die ca. 70 anwesenden Delegierten bei ca. 20 Gegenstimmen folgende Entschliebung:

„Mit Besorgnis verfolgen die Delegierten der IGM-Verwaltungsstelle Heidelberg die Opferpropaganda, die von verschiedenen staatlichen Stellen in der Bundesrepublik, von Konzernen und Banken anlässlich der Ereignisse in der DDR entfaltet wird. Von Abgaben, erhöhten Steuern, Arbeiten ohne Lohn am 17. Juni wird in diesem Zusammenhang geredet, und das ist erst der Anfang.

sie durchzusetzen. Deshalb und nicht zuletzt, um unseren Kolleginnen und Kollegen in der DDR zu versichern, daß wir sie nicht bedrohen und vereinnahmen wollen, fordern wir von der Bundesregierung — die tatsächliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR,

— die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, — die Anerkennung der polnischen Westgrenzen.

Den Vorstand der IGM fordern wir auf, sich ebenso deutlich öffentlich zu äußern.“

Leider hatte die Versammlungsleitung versäumt, festzustellen, daß die Konferenz zu keinem Zeitpunkt beschlußfähig war. — (has/AGM, mal)



Mit ihrem 10-Punkte-Programm hat die Bundesregierung dokumentiert, daß es den Reaktionären hier darum geht, sich die DDR einzuverleiben und den Konzernen wieder zu ihren ehemaligen Besitztümern ‚im Osten‘ zu verhelfen. Die DDR soll zum Niedriglohnland der BRD gemacht werden, die Lohnabhängigen in der BRD sollen das durch Opfer finanzieren.

In die Stimmungslandschaft der ‚Wir-kennen-keine-Parteien-mehr-wir-kennen-nur-noch-Deutsche‘-Besoffenheit passen die Tarifforderungen der IG Metall nicht, und ohne Abgrenzung gegen die großdeutschen Absichten der Konzerne und ihrer Regierung werden wir es schwer haben,

BDA und BDI zimmern an kapitalistischer DDR

Am 14. Dezember besuchte Bundeskanzler Kohl die Mitgliederversammlung der BDA in Bonn. Er unterstrich seinen Vereinnahmungskurs und wurde durch BDA-Präsident Murmann bestärkt: Notwendig seien „sofort greifende konkrete Schritte zur Modernisierung der Wirtschaft.“ (Handelsblatt, 15./16.12.) Die schrecklichen Folgen eines ineffizienten Wirtschaftssystems, das zur Korruption neige, können nach Auffassung des Arbeitgeber-Präsidenten „erst nach einer langen Entsorgungs- und Leistungsphase“ überwunden werden. Neben Auf- und Aus-

bau von Handel, Kapitalbeteiligungen, Zweitbetrieben, Tochterunternehmen, Joint Ventures, Umweltschutzmaßnahmen, Infrastrukturhilfen und vielem anderen Infiltration schlug Murmann eine Initiative zur Ausbildung und Qualifizierung der Menschen im Ostblock vor. Besonders wichtig sei es, Weiterbildung nicht nur in der Bundesrepublik, sondern mit westdeutschen Ausbildern vor Ort anzubieten.

Der BDI schreibt in den von ihm herausgegebenen „Informationen + Meinungen 12/89“: „Die dramatischen Ereignisse in der DDR — kulminierend in der Öffnung der Grenzen und dem Machtzerfall der SED — bilden eine Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands ... Wirksame Hilfe hängt aber letztendlich von der Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen in der DDR selbst ab.“ — (mal)

Protest gegen Krankenhauskosten

Auf einer Tagung der Bundeskrankenhauskonferenz mit Vertretern der Krankenhäuser, der Pflegedienste und der Krankenhausärzte sagte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Pröbldorf, eine Verbesserung der Krankenhauspflege 1990 sei nicht kostenneutral zu bewerkstelligen.

Die Gesamtausgaben der Krankenkassen für die Krankenhausbehandlung würden im kommenden Jahr voraussichtlich um 10% auf 44 Mrd. DM ansteigen. Verantwortlich dafür sei die Arbeitszeitverkürzung des Personals, die Einkommensverbesserungen und die notwendige Stellenvermehrung zur Überwindung der Personalengpässe im Pflegebereich, vertrat Pröbldorf.

Allein durch die Arbeitszeitverkürzung ergebe sich ein rechnerischer Mehrbedarf von 30000 Stellen. Dabei müßten die Krankenhäuser immer mehr Patienten versorgen: 1980 seien ca. 11,5 Mio. Patienten stationär behandelt worden, 1988 seien es bereits 13 Mio. gewesen.

Den Vorwurf der Fehlbelegung wies Pröbldorf zurück. In 90% der Fälle fehle den Patienten das soziale Umfeld; in Hamburg liege die Zahl der Einpersonenhaushalte bereits bei 50% und in Westberlin sogar noch darüber. Da bleibt bei Krankheit „nur der Ausweg der stationären Behandlung“, sagte Pröbldorf.

Der Geschäftsführer des AOK-Bundesverbandes sagte gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, sollte es zu diesen Mehrausgaben kommen, müsse man sich „alle Überlegungen über zukünftige Beitragssatzsenkungen an den Hut stecken.“ Quelle: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 30.11. und 1.12.89 — (mpu/AGG, mal)

IG Medien-Beschluß gegen PKK-Prozeß

Der Bezirkstag der IG Medien Ffm. hat im November einen Beschluß gegen den PKK-Prozeß gefaßt. Wir dokumentieren Auszüge:

„... Die Delegiertenversammlung der IG Medien, Bezirk Frankfurt, verurteilt den politischen Schauprozeß, der zur Zeit in Düsseldorf gegen 17 Kurden/innen läuft, die den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes gegen die Türkei in der BRD unterstützen ...

Begründung: Die Türkei ist heute mit 75 Mrd. DM im Ausland verschuldet ... Industriekonzerne wie Daimler-Benz, Siemens, MAN haben dort, genau wie hier, das Sagen ... Seit dem faschistischen Militärputsch von 1980 in der Türkei hat das türkische Militär über 2 Mrd. DM von der BRD an Militärhilfe erhalten. Gewehre von Heckler und Koch, Panzer von Krauss Maffei, Militärfahrzeuge von Daimler-Benz, Hubschrauber und Raketen von MBB sind die Werkzeuge, die in den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk geführt werden ... All diese Fakten sind gerichtsbekannt, doch nichts passiert.

Stattdessen werden die Opfer dieser Expansionspolitik auf die Anklagebank in der BRD gesetzt. Seit 2 Jahren sitzen die meisten der Angeklagten in Isolationshaft ... Eine

Vorverurteilungskampagne gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), deren Anhänger sie sind, soll den Weg ebnen, daß die BRD-Justiz ihr Ziel erreicht: die Verurteilung eines Befreiungskampfes als terroristisch ... Die Genfer Konvention ... besagt ausdrücklich, daß kein fremder Staat das Recht hat, Befreiungskämpfer eines anderen Landes, die sich im Kriegszustand in ihrem Land befinden, anzuklagen und abzuurteilen. Die UN-Resolution (von 1970, Anm. d. Red.) ... erkennt ausdrücklich das Recht kolonialisierter Völker an, „mit allen notwendigen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, gegen Kolonialmächte zu kämpfen, die ihre Bestrebung nach Freiheit und Unabhängigkeit unterdrücken“ ... Wir fordern deshalb: Einstellung des politischen Schauprozesesses. Sofortige Freilassung der kurdischen Freiheitskämpfer. Schluß mit der Militärhilfe an die Türkei.“

Quelle: Kurd.-Rdbr. 25/89 — (rül)

IG Metall fordert neun Prozent mehr

Nachdem die Tarikkommission der IG Metall in Baden-Württemberg eine Lohnforderung von 8,5 Prozent, mindestens 200 DM beschlossen hat, gab der IG Metall-Vorstand am 11.12. seine einstimmig beschlossenen Forderungen bekannt:

Neun Prozent für Einkommensverbesserungen und drei Prozent für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden.

Klaus Zwickel erklärte, damit habe der Vorstand die Forderungen der regionalen Tarikkommission in der Metallverarbeitung übernommen. Sie beinhalten zudem ein besser gesichertes freies Wochenende, weniger Überstunden und die Begrenzung des Leistungsdrucks. Zur Finanzierung der Tarifforderungen, so Zwickel, reichen die Gewinne der Metallverarbeitung zusammen mit der Produktivitätsentwicklung leicht aus. So schätzten die Banken die Gewinne der Branche für 1990 auf acht bis 14,5 Prozent.

Die ersten Tarifverhandlungen beginnen am 1.1.1990 in Hamburg und Schleswig-Holstein. Quelle: UZ, 12.12. — (mal)



Am 7.12. debattierte der Bundestag u.a. über die Verbesserung der Kriegsopferversorgung. Das Gesetz über die Kriegsopferversorgung regelt derzeit die Versorgung von rund 1,4 Millionen Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Der neue Entwurf sieht vor, daß Personen, die noch nicht ausreichend versorgt sind, künftig besser unterstützt werden. Dafür setzten sich die Grauen Panther ein. Bild: Graue-Panther-Aktion gegen unzureichende Versorgungsrenten. — (mal)

Aktuell in Bonn

Steuerreform '90

Zum 1.1. tritt die sogenannte „Große Steuerreform“ in Kraft. Damit treten zusätzlich zu den starken Steuersenkungen für die Kapitalisten (der Körperschaftsteuer-Satz sinkt von 56 auf 53 %) und die Bezieher hoher Einkommen (die größten Steuersenkungen werden ab versteuerten Jahres-Einkommen von 100 000 DM und mehr erreicht) u.a. folgende Änderungen in Kraft: Die Steuerfreiheit bei Belegschaftsrabatten (Daimler-Jahreswagen u.ä.) sinkt auf 2 400 DM. Bei Nachtarbeit sind ab 1.1.90 Zuschläge bis 25 % steuerfrei, bei Sonntagsarbeit bis 50 %, bei Feiertagsarbeit bis 125 %. Werbungskosten-Pauschbetrag, Arbeitnehmerfreibetrag und Weihnachtsfreibetrag werden zu einem Jahresfreibetrag von 2 000 DM zusammengefaßt, die Kilometerpauschale steigt von 0,43 DM auf 0,50 DM, der Kinderfreibetrag von 2 484 auf 3 024 DM. Zusammen eine wuchtige Steuersenkung für Bezieher hoher Einkommen, verbunden mit zahlreichen Spaltungslinien für Bezieher geringer Einkommen.

BDA: Unternehmenssteuer runter!

Eines der zentralen Themen der Jahrestagung des Arbeitgeberverbands (BDA) war die Reform der Unternehmenssteuern. Staatssekretär Schlecht vom Bundeswirtschaftsministerium sagte den Kapitalisten zu, die Regierung plane ab 1.1.93 eine Senkung der Körperschaftsteuer (und damit auch des Einkommenssteuer-Spitzensatzes) auf „deutlich unter 50 %“.

Um den Eindruck einer reinen Konzern-Bereicherungsreform zu verwischen, sollen gleichzeitig die Freibeträge bei der Lohn- und Einkommenssteuer leicht angehoben werden.

Export-Kontrolle

Außenwirtschaftsrecht und Kriegswaffenkontrollgesetz sollten verschärft werden — nicht zuletzt wegen dem ruchbar gewordenen Skandal der bundesdeutschen Beteiligung am Bau der libyschen Chemiewaffenfabrik. Auf Initiative der FDP-Fraktion ist die Gesetzesinitiative verschoben und wird zum Jahreswechsel nicht in Kraft treten. Das Mindeststrafmaß von zwei Jahren bei Verstoß ist der FDP zu hoch, zudem sieht sie den internationalen wissenschaftlichen Erfahrungsaustausch gefährdet.

Jäger 90

Am 30. November hat der Bundestag mit CDU/CSU/FDP-Mehrheit eine Petition abgelehnt, die sich gegen die BRD-Beteiligung am Projekt „Europäisches Jagdflugzeug/Jagdflugzeug 90“ wendet. Die SPD unterstützte die Petition; der Jäger 90 sei „nicht finanzierbar“. Die Grünen auch, mit einem eigenen Antrag, der argumentierte, daß es Unsinn ist, 100 Milliarden in ein „überflüssiges Rüstungsprojekt“ zu investieren.

BRD-Investitionsschutz DDR

Arbeitsstäbe im Bundeswirtschaftsministerium und im DDR-Wirtschaftsministerium haben mit den Vorarbeiten über ein Investitionsschutzabkommen zwischen beiden Staaten begonnen. Das „Handelsblatt“ (18.12.89) berichtet darüber in

Form einer langen Klageliste über die Vorstellungen der DDR. So will die DDR westliche Beteiligungen nur bei staatlichen und genossenschaftlichen Betrieben zulassen, nicht bei Privatbetrieben. Auch sollen westliche Beteiligungen auf maximal 49 % begrenzt werden. Schließlich stört sich die BRD an der DDR-Planung, daß auch für „joint ventures“ bei Lohn und Arbeitsrecht die DDR-Rahmenkollektivverträge gelten. Solche lästigen Einschränkungen westlicher Konzernfreiheit seien Folge der „Ausverkauf-Diskussion“ in der DDR.

DM-Offensive Ost

Die „Aufgaben in Osteuropa“ erfordern laut Ankündigung von Kanzler Kohl bei der Jahrestagung der BDA (Unternehmerverband) einen Nachtrag zum Bundeshaushalt 1990 in „großem Umfang“. Dies sei wegen der „guten Konjunktur“ finanzpolitisch solide möglich (bislang: 26,94 Milliarden Nettoneuverschuldung). Finanzminister Waigel (CSU) präzisierte, daß man sich auf die „finanziellen Erfordernisse für die DDR“ beschränken werde. Die OECD, d.h. die führenden kapitalistischen Staaten, sollen ein „Anpassungsprogramm“ für die DDR aufstellen.

Zentralregister

Die Regierung antwortete (Drucksache 11/5897) am 30.11. auf eine „Kleine Anfrage“ der Grünen zum Bundeszentralregister. Es ist dem Generalbundesanwalt unterstellt und beantwortet jährlich ca. 6,8 Millionen Auskunftersuche, d.h. täglich etwa 27 000! Protokolliert werden die Auskünfte nur, wenn sie zu Eintragungen im Register führen. Der Bundesbeauftragte für Datenschutz hat empfohlen, auch alle anderen Auskünfte zu protokollieren. Eine Benachrichtigung von Betroffenen über Auskünfte zu ihrer Person erfolgt nicht, dies wäre „zuviel Aufwand“.

Was kommt demnächst?

Am 21. Dezember beraten die EG-Wirtschaftsminister über die EG-Fusionskontrolle, am gleichen Tag die Agrarminister über die Fischereipolitik. Am gleichen Tag treffen in Bonn die Ministerpräsidenten der Länder zusammen. Ebenfalls an diesem Tag ist die letzte Sitzung des Bundesrats in diesem Jahr. Auf dieser Sitzung dürfte u.a. der Ausländergesetzentwurf der Bundesregierung zur 1. Lesung vorliegen. Zum Jahreswechsel tritt dann u.a. die nächste Stufe der Steuerreform in Kraft. Mitte Januar beginnen die Verhandlungen um die neuen Lohntarife der IG Metall. Spätestens Ende Januar will Finanzminister Waigel einen Nachtragshaushalt 1990 vorlegen. Offizieller Grund: Die zahlreichen „Osthilfe“-Zahlungen der Bundesregierung im kommenden Jahr.



Die Zusatzvereinbarung zum Schengener Abkommen sollte ursprünglich am 15. Dezember unterschrieben werden. Doch aufgrund der BRD-Position („DDR kein Ausland für BRD“) fürchteten die anderen EG-Vertragsländer ungehemmte Einwanderung über die Grenze zwischen BRD und DDR. Bis zum Frühjahr 1990 soll die Kuh vom Eis gebracht werden — die Rede ist von „besonderen Grenzübergängen für Ausländer“.

Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst

Anhebung der Zulagen auf 200 DM für Arbeiter und Angestellte gefordert

Im Frühjahr 1988 stimmten die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst einem Tarifabschluß zu, der den Einstieg in die 35-Stunden-Woche mit der absehbaren Hinnahme von Einkommensverlusten und Intensivierung der Arbeit erkaufte. Gegen bestehende Gewerkschaftsbeschlüsse zur Laufzeit von Tarifverträgen und gegen den ausdrücklichen Willen der Mitglieder, im Abschluß den Personalausgleich festzuschreiben, stimmte die Große Tarifkommission der ÖTV einer 3-jährigen Laufzeit zu und begnügte sich mit verbalen Zusagen seitens des Dienstherrn. Schon wenige Monate später kletterte die Inflationsrate über den vereinbarten Einkommenszuwachs, ein Jahr später glich die Tarifierhöhung für viele Beschäftigte nicht einmal mehr den durch die „Gesundheitsreform“ bewirkten Verlust aus. Für ganze Arbeiterbereiche brachte die Arbeitszeitverkürzung keine Verbesserung. Die weitgehende Verweigerung zusätzlicher Personalstellen durch die öffentlichen Dienstherren und die damit verbundene zusätzliche Arbeitsintensivierung lassen zunehmend auch jene Kräfte in den Gewerkschaften verstummen, die statt Einkommenserhöhung „Solidarität mit den Arbeitslosen“ üben wollen.

Aktuelle Diskussion

Noch auf der Sitzung der Großen Tarifkommission am 25.10.89 versuchte der geschäftsführende Hauptvorstand, seine tarifpolitische Linie fortzusetzen. In deren Stellungnahme heißt es deshalb auch noch: „Die Große Tarifkommission bekräftigt ihre Erklärung vom 22. Februar 1989. Unsere Tarifpolitik zielt im wesentlichen darauf

— mehr Arbeitsplätze zu schaffen und zum Abbau von Arbeitslosigkeit beizutragen.

— durch strukturelle Verbesserungen der Einkommens- und Arbeitsbedingungen die Attraktivität der Arbeitsplätze zu steigern und

— damit bessere Dienstleistungsangebote für Bürger zu erreichen.“

Drei Forderungspakete legte er vor: „I. Verbesserung der allgemeinen Einkommensstrukturen/Absicherung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Krankheitsfall. II. Verbesserung der Eingruppierungsstruktur der Arbeiterinnen und Arbeiter. III. Eingruppierung der mit dem Arbeiterbereich in unmittelbarem Arbeitszusammenhang stehenden Angestelltengruppen Meister, Techniker, In-

genieure.“ In 14 Unterpunkten wurden Forderungen erhoben, die Verbesserungen für mal mehr, mal weniger Beschäftigte bringen sollten. Unstrittig waren die Forderungen nach Verbesserung und Vereinheitlichung der Zuschläge für Wechselschicht- und Schichtarbeit, Nacharbeit u.ä. Strittig dagegen die Punkte des II. Forderungspaketes, die nämlich in konkreter Form vor allem Facharbeitern und nicht den unteren Lohngruppen generell zugutekamen. Die Forderungen zum III. Paket waren noch gar nicht ausformuliert.

Der zunehmenden Kritik am getätigten Tarifabschluß versuchte die Große Tarifkommission durch die Kündigung der Tarifverträge über Zulagen/Zuschläge an Arbeiter und Angestellte, verbunden mit der Forderung nach Erhöhung auf einheitlich 100 Mark und Einbau in die Lohn- und Vergütungstabellen, entgegenzukommen. Gerade aber diese Forderung wurde als zu niedrig empfunden.

Sie hätte 33 Mark pro Monat, und das nur für einen Teil, bedeutet, denn bereits ab BAT Va erhalten Beschäftigte 100 Mark. Alles in allem waren die Forderungen, zumal nicht gewichtet, ungeeignet, eine Tarifauseinandersetzung zu führen, da sie weder über die Höhe noch durch die Struktur eine Einheit der Beschäftigten herstellen konnten. Zur Kritik aus den eigenen Reihen kam Kritik anderer DGB-Gewerkschaften, vor allem der Postgewerkschaft.

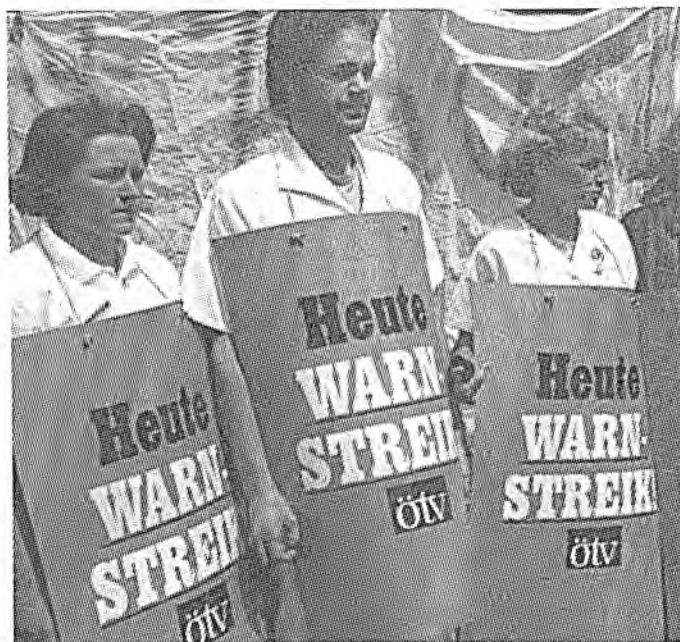
Überraschend berief der geschäftsführende Hauptvorstand eine Sondersitzung der Großen Tarifkommission am 28.11.89 ein. Dort wurde beschlossen, die Forderung nach Erhöhung der „Allgemeinen Zulage“ von 100 auf 200 Mark anzuheben und zum Kernpunkt der Tarifauseinandersetzung zu machen einschließlich ihres Einbaus in die Lohn- und Vergütungstabellen.

Änderung der Tarifpolitik?

Diese Beschlußfassung der Großen Ta-



Erstmals führen ÖTV und GEW einen Arbeitskampf für tarifvertragliche Festlegung der Personalbemessung (u.a. Verhältnis Erzieher/Anzahl der Kinder, Berechnung realistischer Jahresarbeitsminuten). Dadurch könnten zukünftige Arbeitsintensivierungen weitgehend verhindert werden, da zusätzliches Personal bei Änderung der Arbeitsbedingungen eingestellt werden müßte. 95,9% der in der ÖTV und 92,7% der in der GEW organisierten Beschäftigten in den 396 städtischen Kitas stimmten für Streik. In 356 davon wurde in der Woche vom 11. bis 15.12. die Arbeit niedergelegt, damit lag die Beteiligung bei 90% und war noch höher als während der Warnstreiks. Der SPD/AL-Senat ist gespalten: Die Alternative Liste spricht sich für, die SPD gegen die Aufnahme von Tarifverhandlungen aus. Die Presse verhält sich insgesamt wohlwollend, ein Ausspielen der Eltern gegen die Beschäftigten ist nicht gelungen. Viele Organisationen und Verbände unterstützen die Forderungen. Von den Beschäftigten der Kitas im gemeinnützigen und kirchlichen Bereich wird Bereitschaft gezeigt, mit in den Tarifkampf zu treten. Die TdL hat dem Senat Verhandlungen „verboten“, weil sie befürchtet, daß damit ein Signal für andere Bereiche gesetzt wird. Aber gerade aus diesem Grund und aus den negativen Erfahrungen der Arbeitszeitverkürzung muß solch ein Tarifvertrag her.



1989: Erfolgreiche Warnstreiks des Pflegepersonals; Niederlage im Kampf gegen das 2. deutsche Schiffsregister.

rifkommission ist um so bemerkenswerter, als sie dem offiziellen Kurs der ÖTV entgegenläuft. Dieser besteht nämlich — spätestens offiziell seit 1986 — darin, die Interessen der mittleren und höheren Arbeiter- und Angestelltengruppen durch Berücksichtigung der Arbeitsleistung stärker zur Geltung zu bringen. Festgeldforderungen bzw. generell „sozialen Komponenten“ wurden eine Absage erteilt. Diese Politik wurde noch auf dem letzten Gewerkschaftstag dadurch bestätigt, daß Forderungen nach Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen abgelehnt wurden. Ist jetzt eine Änderung in der Tarifpolitik eingetreten?

In den Beschlüssen der Großen Tarifkommission fordert die ÖTV stets Verbesserungen der Einkommensstrukturen. Sieht man sich die Forderungen jedoch im einzelnen an, so wird zwar eine Vereinheitlichung gefordert, erreicht werden soll diese jedoch nicht durch Streichung der unteren Lohngruppen, sondern durch Anhebung der Bewertung der Eingangsgruppen. Das macht einen bedeutenden Unterschied. Solange die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen vorhanden sind, können sie auch wieder gefüllt werden, was gegenwärtig verstärkt geschieht.

Ansehen muß man sich auch die Begründung für die nunmehr erhobenen Forderungen. In der ersten Tariffinformation werden wenigstens noch die stärker angezogenen Preise genannt und die erhöhten Steuereinnahmen der öffentlichen Hand: „Also gute Zeiten für notwendige Korrekturen der Einkommensstrukturen.“ Für die Erhöhung der Forderung auf 200 Mark wird jedoch das Vorgehen des Bundesinnenministers vorgeschoben, der für Beamte in Ballungszentren Zulagen und einmalige Prämien zahlen will. Aufgrund dieser

ungenügenden inhaltlichen Forderungsbegründung steht zu befürchten, daß die Tarifrunde 1991 (die eine reine Einkommensrunde wird, da über die Arbeitszeit erst 1992 wieder verhandelt werden kann) eine reine Prozedur ohne soziale Komponente werden wird.

Die Politik des Dienstherrn

Die Reaktion des Bundesinnenministeriums zeigt, daß sie mit einer solchen Forderung nicht gerechnet hatten. Seit Jahren besteht die Tarifpolitik der ÖTV im wesentlichen im Reagieren auf strukturelle Maßnahmen, die durch den Gesetzgeber im beamtenpolitischen Bereich gefällt werden. Dabei mußten zum Teil herbe Niederlagen eingesteckt werden. So konnten z.B. weder die Absenkung der Eingangsbesoldung, die Kürzung der Anwärterbezüge, die zunehmende Differenzierung durch Zulagen verhindert noch deren Übertragung auf den Tarifbereich abgewandt werden. Immer wieder mußte gegen Vorgaben für Einkommenserhöhung gekämpft werden. Wie sehr auch gegen bestimmte Kürzungspläne gekämpft wurde (z.B. Krankenpflegeausbildungsvergütung, Zusatzversorgung), ein durchschlagender Erfolg blieb aus, allenfalls kann in dem Tarifaufschluß für das Krankenpflegepersonal ein Fortschritt gesehen werden.

Insofern paßt die 200-Mark-Forderung nicht in die politische Landschaft. Eine besondere Anhebung der unteren Einkommensgruppen im öffentlichen Dienst arbeitet der zunehmenden Zergliederung der Einkommensstruktur entgegen, schwächt das stark hierarchisch aufgebaute Bezahlungsgefüge. Für viele bedeutet die Forderung geldmäßig das Überspringen von 3 Dienstaltersstufen oder die nächst höhere Vergütungsgruppe.

Die Forderung der ö.D.-Gewerkschaften hat bewirkt, daß die sogenannte Ballungszulage für Beamte nicht in den Gesetzentwurf zur Änderung des Bundesbeamtengesetzes aufgenommen wurde. Viele andere Einzelmaßnahmen führen jedoch die Politik der letzten Jahre fort. Öffentlich werden die zum Januar geplanten Änderungen als Verbesserung für die unteren Einkommensbereiche verkauft, obwohl die Hauptseite in der Differenzierung liegt und darüber hinaus gezielte Verbesserungen für Polizei- und Justizvollzugsdienst vorgesehen sind (s. auch Politische Bericht 24/89).

Gegen weitere Arbeitsintensivierung

Für die ÖTV-Vorsitzende, die das Vorhaben Schäubles als Argument für die Forderung nach 200 Mark benutzt hat, ist der Wegfall der Ballungszulage kein Grund, bei der nächsten Verhandlungsrunde am 19.12. auf die Anhebung zu verzichten. Der Druck auf die Große Tarifkommission ist groß. Ein Grund dürfte darin liegen, daß gegen die zunehmende Arbeitsintensität im öffentlichen Dienst, die durch die Arbeitszeitverkürzung vom April d. J. einen erneuten Schub bekommen hat, bisher kein Mittel zur Gegenwehr gefunden worden ist. Für 1992 haben die Gewerkschaften erneut die Verkürzung der Arbeitszeit auf dem Programm stehen. Es wird deshalb zu ernststen Mobilisierungsschwierigkeiten kommen, wenn bis dahin nicht geklärt ist, wie eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität verhindert werden kann (siehe auch Bildunterschrift). Für diese Diskussion schafft die jetzige Tarifausinandersetzung Luft.

Quellenhinweis: ÖTV Report Nr. 2: Tariffinformationen „Aktion 89/1 u. 2“; ÖTV Magazin 8/86; Erklärung der Großen Tarifkommission v. 25.10.89 — (har)

Ausländerrecht

Mehr Unterdrückung und Sippenhaft

Am 13. Dezember verabschiedete die Bundesregierung ihren Gesetzentwurf zur Verschärfung der Ausländergesetze. Die Regierungskoalition hofft, daß sie die SPD für die Verabschiedung des Gesetzentwurfes gewinnen kann. Deshalb will die Regierung mit der SPD über einen Zeitplan zur Verabschiedung beraten. Innenminister Schäuble machte noch einmal deutlich, um was es der Regierung geht: Die Zuwanderung neuer Ausländer soll „wirkungsvoller als bisher“ begrenzt werden. Deshalb soll auch die Pflicht einer Aufenthaltsgenehmigung auf Kinder unter sechzehn Jahren erstreckt werden. Dagegen hatten die Kirche und der DGB protestiert. Die FAZ (1) berichtete, daß deren generelle Kritik „Schäuble mit der Bemerkung zurück(wies), es handele sich um Mißverständnisse und ‚bewußte oder unbewußte Irreführung‘. Der Entwurf beinhaltet ausschließlich Verbesserungen.“

Der Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit VIA fragt die Bundesregierung in einer Presseerklärung, „ob mit diesem neuen Entwurf eine Waffe für die kommenden Wahlkämpfe geschmiedet werden soll, um eine weitere Wählerabwanderung nach Rechts zu verhindern. Also wieder Wählerstimmenfang auf dem Rücken der ausländischen Bevölkerung?!“ (2)

Zur gleichen Zeit legt die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für das Ausländerzentralregister (3) vor. Der Gesetzentwurf sieht vor, daß Daten über alle Ausländer erfaßt werden und beim Ausländerzentralregister verwaltet werden. Daten übermitteln dürfen die Ausländerbehörden, Behörden mit grenzpolizeilichen Aufgaben, das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das Bundeskriminalamt, Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten, Behörden, die sich mit „Vertriebenen“ befassen und die Verfassungsschutzbehörden inkl. BND und MAD. An diese Behörden können auch Daten übermittelt werden bzw. diese Behörden können für einen Datenabruf im automatischen Verfahren „zugelassen werden“. Auskunfterteilung ans Ausland und an natürliche Personen und juristische Personen des privaten Rechts sind möglich und nicht generell ausgeschlossen.

Der Gesetzentwurf soll darüber hinaus eine Art Sippenverfolgung und -haft ermöglichen. Paragraph 3 Abs. 4 sieht vor, daß die Anzahl der Verwandten in gerader Linie innerhalb und außerhalb des Landes mit dem *Geburtsdatum* und Angabe über das *Geschlecht* gespeichert werden sollen. Das Büro des Datenschutzauftrags teilte uns mit, daß es dafür nur politische Gründe gebe und diese Regelung gegen den Zweifel vieler

Behörden in den Gesetzentwurf eingeführt worden sei mit der Begründung, über das Potential von eventuellen Nachzügen statistische Aussagen zu machen. Dies ist aber nur ein Vorwand. Die Daten sind auch für Fahndungen nutzbar, sowohl im Inland wie auch mit und gegenüber dem Ausland. Da die Familienzusammengehörigkeit z.B. bei Türken und Kurden größer ist als in der BRD üblich, kann der staatliche Unterdrückungsapparat mit den Daten eine Menge anfangen. Wird eine Person gesucht, überprüft man als erstes die Verwandten, macht einen Datenabgleich über den Familiennamen und das Geburtsdatum, vielleicht in Verbindung mit dem Geburtsort. Diese Sippenhaft kennt man aus dem Faschismus, sie ist unrechtmäßig und eine politische Bedrohung vieler ausländischer Nationalitätengruppen, insbesondere aber der Kurden, weil sie im Gesetzentwurf besonders berücksichtigt wurden: Verdächtigungen wegen 129a StGB müssen beim Ausländerzentralregister erfaßt werden.

(1) FAZ vom 14.12.89; (2) Pressemitteilung der VIA vom 13.12.89; (3) Bundestagsdrucksache 11/5828 vom 27.11.89 — (jöd)

Bundeswehr

Wehrdienst soll 15 Monate bleiben

Die Bundesregierung hat beschlossen, für den Fall eines Vertragsabschlusses bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa auf die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate auch nach 1992 endgültig zu verzichten. Sie will dann die stehende Armee von 1990 ca. 470 000 auf ca. 420 000 Mann im Jahr 1993 reduzieren. Dies soll vor allem durch den niedrigeren Anteil der Wehrpflichtigen geschehen. Eine Verringerung der Berufs- und Zeitsoldaten ist nicht vorgesehen. Die SPD fordert eine Verkürzung des Wehrdienstes auf zwölf Monate; die Grünen übertreffen diese mit der Forderung nach neun Monaten.

Bundesverteidigungsminister Stoltenberg erklärte in seiner Bundestagserklärung zur Bundeswehr in den 90er Jahren: „Wir dürfen niemals vergessen, daß eine neue europäische Ordnung nur möglich ist auf der Grundlage weiterhin gesicherter Verteidigungsfähigkeit in einem handlungsfähigen Bündnis.“

Die Verringerung der Bundeswehr bedeutet jedoch nicht, daß die BRD ihr Feindbild und ihr Kriegsziel über die eigene Grenze hinweg nach Osten gestrichen hätte. Die vorgesehene Kriegsanfangsstärke und die Mobilisierungszeit bleiben nämlich unverändert, die Zauberformel heißt Reservistenkonzept, die kurzfristige Verfügungsbereitschaft wird von jetzt 30 000 auf 40 000 Reservisten

ausgedehnt. Die Bundeswehr wird gestrafft und so umorganisiert, so daß sie ihre Aufgaben in erwarteter aggressiver Weise durchführen kann.

Allein die Tatsache, daß die Reduzierung der Streitkräfte keineswegs mit einer Reduzierung des Wehrhaushaltes einhergeht, spricht Bände. Der Verteidigungsetat für das kommende Jahr soll 54,2 Milliarden DM betragen, das sind knapp 1,5 Milliarden DM oder 2,8 Prozent mehr als beim diesjährigen Haushalt.

Quelle: Bundestagsdebatte v. 7.12.89 — (NID/uld)

USA / Chrysler

Tarif gegen Berufskrankheiten

Der Automobil-Konzern Chrysler hat in dem kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrag als erster in der Autobranche die durch ständig wiederholte Bewegungen hervorgerufenen Erkrankungen wie Karpales Tunnelsyndrom, Sehnenscheidenentzündung, Arthritis und Zerrungen als Berufskrankheit anerkannt. (Das Karpale Tunnelsyndrom ist eine degenerative Veränderung der Handwurzelknochen, die die Nervenfunktion beeinträchtigt und die Hand verkrüppelt; Operation ist notwendig.) Chrysler hat sich bereit erklärt, das Problem in seinen Zweigwerken zu studieren, Arbeiter an gefährdeten Arbeitsplätzen ärztlich untersuchen zu lassen und Arbeiter, die diese Beschwerden entwickeln, an weniger gefährdende Arbeitsplätze zu versetzen.

Diese tarifvertragliche Regelung ist alles andere als Großzügigkeit von Seiten Chryslers. Sie beinhaltet nur die Untersuchung des Problems, aber keine Maßnahmen zur Verhinderung wie Veränderungen des Arbeitsplatzes, Begrenzung der Dauer von repetitiven Bewegungen und Pausen. Sie ist lediglich Eingeständnis der Tatsache, daß Verletzungen dieser Art so weit verbreitet sind. Wie lange die Kapitalisten ihre Verantwortung für diese Schädigungen von sich weisen konnten, obwohl die Statistiken bekannt sind, sieht man daran, daß außer bei Chrysler nur in der fleischverarbeitenden Industrie eine ähnliche tarifvertragliche Vereinbarung existiert.

Der neueste Bericht des Arbeitsministeriums über Berufskrankheiten und Verletzungen am Arbeitsplatz sagt, daß Störungen durch repetitive Bewegung für 48% aller Berufskrankheiten verantwortlich sind. 1987 waren es erst 38%, und 1981 nur 18%. Dieser scharfe Anstieg zum Gesundheitsproblem Nummer eins am Arbeitsplatz ist es, der einige Kapitalisten nun endlich zwingt, über die Forderungen der Gewerkschaften nach Abhilfe überhaupt zu verhandeln. Die Autoindustrie hatte im letzten Jahr den groß-

ten Anstieg an Verletzungen am Arbeitsplatz.

Eine der hauptsächlichen Ursachen für den scharfen Anstieg der Verletzungen durch repetitive Bewegungen, so der Direktor des Nationalen Instituts für Sicherheit am Arbeitsplatz, sei der gestiegene Einsatz von Computern am Arbeitsplatz. „Bessere Technologie und sicherere Fabriken und Maschinen sollten viel weniger Verletzungen zur Folge haben. Aber es ist einfach nicht so“, sagte er. Der Chef der Bundesbehörde für Arbeitssicherheit (OSHA) meinte, daß man nicht alles auf die Computer schieben könne,

daß sie aber eine große Rolle spielten. „Es scheint, daß man von den Leuten verlangt, die Arbeit schneller und in kleineren und feiner aufgeteilten Schritten zu tun“, sagte er. Solche Arbeiten würden unnatürliche Belastungen auf die Hände, das Handgelenk und die Finger ausüben. In der Vergangenheit seien die häufigsten Verletzungen am Arbeitsplatz durch schweres Heben verursacht gewesen. Die weitverbreiteste Verletzung durch repetitive Bewegung, das karpale Tunnelsyndrom, war früher hauptsächlich auf Arbeiter in der fleischverarbeitenden und Geflügel-Industrie und auf Pianisten be-

schränkt. Heute ist es eine verbreitete Beschwerde bei Arbeitern, die Computer oder computerisiertes Gerät benutzen, z.B. Kassiererinnen in Supermärkten.

Experten streiten sich nun über das hohe Ausmaß dieser Berufskrankheit und wiegeln ab. Der hohe Anstieg könne auch lediglich das Ergebnis verbesserter statistischer Erfassung sein, erklärt das Büro für Arbeitsstatistik. Solche Stellungnahmen sabotieren natürlich Versuche der Bundesbehörde für Arbeitssicherheit, Betriebe mit Geldstrafen zu belegen, die sich weigern, Arbeitsplätze entsprechend zu ändern. — (her, ger)

Anschlußpolitik

Demonstration gegen Einverleibung der DDR

„Gegen Heuchelei und Vereinnahmung der DDR durch die BRD“ stand an der Spitze der Demonstration am 9.12. in Westberlin. Die Künstler vom „Büro für ungewöhnliche Maßnahmen“ kritisierten mit dem Schlagwort Video-Vereinigung, das sie Kohl in den Mund legten, vor allem die Mittel, mit denen die DDR-Bürger für Großdeutschland gewonnen werden sollten. 100 DM Scheine als Brett vorm Kopf oder Teil einer Mausefalle gehörten ebenso dazu wie ein MacDonaldsandwich, bei dem die Fleischeinlage aus einem DDR-Bürger bestand. Gegen die Sozialverhältnisse hier richteten sich Spruchbänder wie: „Demokratie ist ... wenn es 2 Dritteln gutgeht, kann 1 Drittel zur Müllkippe ... weiter so Deutschland“ oder „Ausländerfeindlichkeit ist Menschenfeindlichkeit“. Einige Teilnehmer waren aus der DDR angereist. Allerdings Stefan Heym oder Christa Wolf waren nicht gekommen. Die AL hatte die Aktionseinheit nicht unterstützt, sondern einen Block von einigen hundert Teilnehmern mobilisiert mit einem eigenem Aufruf, in dem es unter anderem hieß: „Der demokratische Umbruch in der DDR ist der Erfolg einer breiten Massenbewegung von unten. Die AL verfolgt diese Bewegung mit Spannung und großer Hoffnung, bietet sich doch in der DDR die Chance, einen eigenständigen und selbstbestimmten Weg jenseits von Kapitalismus und bürokratischem Staatssozialismus zu gehen.“ Letzterer wird auch als undemokratisch und umweltzerstörend charakterisiert. Diese Position war für die Friedenskoordination und das Bündnis gegen Rassismus, Faschismus und Sexismus, die zu der Protestaktion aufgerufen hatten, nicht akzeptabel. Viele wendeten sich gegen deutschen Chauvinismus, Expansionsstreben und für die Souveränität der DDR: DDR-Fahnen waren vertreten. „Was kann man im Osten schon kaufen? -- Land und Leute“. „BRD raus

aus der Nato — gegen ein starkes Deutschland“ hieß es auf Transparenten, „Nie wieder Deutschland“ wurde viel gerufen.

Auf die Palme gebracht hat die bürgerliche Presse, daß der Landesbezirksvorsitzende des DGB, Pagels, auf der Abschlußveranstaltung sprach. Der DGB hatte sogar als Aufrufer auf dem Demonstrationsaufruf gestanden, was sich aber als Fehler erwies. Die Polizeigewerkschaft verbreitete folgende Stellungnahme ihres Vorsitzenden Walsleben: „Wenn Michael Pagels nicht noch heute seinen Unterstützungsauftrag öffentlich zurücknimmt und während dieser Veranstaltung sprechen sollte, werden ihn die Delegierten der GdP ... nicht wieder zum Vorsitzenden wählen ... Noch am 7.12.1989 hatte Pagels auf Betreiben der GdP diesen Sachverhalt (daß der DGB weder Veranstalter noch Aufrufer zu dieser Demonstration ist) Landespolizeidirektor Kittlaus über Telefax schriftlich

mitgeteilt.“ In seiner Rede hatte Michael Pagels dann ausschließlich die zwei Tage vorher festgelegte Haltung des DGB dargelegt. Eine Vereinigung auf den Wunsch der DDR-Bevölkerung hin also befürwortet, andererseits die Anerkennung der polnischen Grenzen und die Wahrung der erkämpften Sozialstandards der Erwerbstätigen hier gefordert. Aus verschiedenen Richtungen ertete er Pfiffe, u.a. von Leuten, die während seiner Rede ein Transparent mit der Aufschrift „Für Einigkeit und Recht und Freiheit“ entfalten wollten. Sie wurden unverrichteter Dinge zum Verlassen des Kundgebungsortes veranlaßt. Klaus Croissant wendete sich in seiner Ansprache gegen die Deutschtümelei nach dem Motto: „Ich kenne nur noch Deutsche ...“. Wir wollen kein Viertes Reich in welchen Grenzen auch immer. Freie Wahlen seien für die Große Koalition der Wiedervereiniger nur das trojanische Pferd zur Einverleibung der DDR. Die Zerschlagung Großdeutschlands war gerade eine wichtige Errungenschaft des zweiten Weltkriegs gegen das deutsche Monopolkapital, das für diesen Krieg und für Auschwitz verantwortlich ist. Croissant sprach sich für die Anerkennung der DDR und die Bekämpfung des Kohlschen 10-Punkte-Plans aus. — (chk)



An der Demonstration für die Souveränität der DDR beteiligten sich ungefähr 12000 bis 15000 Menschen.

Ladenschluß

FDP schafft Tatsachen — Vorstöße der Liberalen in den Kommunen

Die endgültige Beseitigung des Ladenschlußgesetzes wird eine der Hauptparolen im Bundestagswahlkampf der FDP sein. Die Gesamtöffnungszeit soll bleiben, die tatsächliche Öffnung der Läden soll den Einzelhändlern überlassen werden. Nachtöffnung ist somit nicht mehr ausgeschlossen — das einzige bisher noch geltende Hindernis wäre dabei das Arbeitszeitgesetz, das derzeit für Arbeiterinnen die Arbeitszeit auf bis 22 Uhr abends und ab 6 Uhr morgens beschränkt — der Arbeitszeitgesetzentwurf der Bundesregierung würde das aber ändern.

Die FDP ist besonders auf der Ebene der Kommunen dabei, Tatsachen für die endgültige Beseitigung des Ladenschlußgesetzes zu schaffen. Nachdem der lange Donnerstag zumindest in den Großstädten, und da in den Innenstädten zum großen Teil durchgesetzt ist (Ausnahme hier noch der Lebensmittelhandel, der sich bislang noch wenig Umsatz verspricht), versucht die FDP nun in den Stadträten die Genehmigung zur Spätöffnung von Behörden zu erreichen. Als Beispiel folgender Antrag vom 27. Oktober an den Münchner Stadtrat:

„Der Stadtrat möge beschließen:
Die Verwaltung prüft und stellt dem Stadtrat dar, welche stark publikumsorientierten Dienstleistungsbereiche einer Abendöffnung einmal in der Woche zugeführt werden könnten. Dabei bieten sich beim Kreisverwaltungsreferat die Zentrale Einwohnermeldestelle, das Paßamt, das Amt für Gewerbeangelegenheiten und ganz besonders die Kfz-Meldestelle, die nur am Vormittag geöffnet ist, für die Abendöffnung an.

Andere Ämter sollen gleichwohl in die Überlegungen für einen Dienstleistungsabend miteinbezogen werden.

Dabei ist zu überlegen, ob der städtische Dienstleistungsabend an einem Donnerstag stattfinden sollte oder ob es besser ist, ihn an einem anderen Tag in der Woche zu installieren.“

Die FDP will jetzt schnell dafür sorgen, daß der Dienstleistungsabend breit durchgesetzt wird — bevor das Weihnachtsgeschäft beendet ist, bei dem die Einzelhändler noch große Umsätze machen, und daher von ihnen kein Widerstand zu erwarten ist.

Auf die HBV kommen mit dem Vorgehen der FDP Probleme zu, die mit dem bisherigen Vorgehen gegen die Spätöffnung nicht zu lösen sind. Auf der tariflichen Ebene ist alles festgelegt, und zwar bis 1991, und die Entwicklung hat bewiesen, daß die Protokollnotizen, egal wie sie formuliert waren, keine Handhabe

boten, den Dienstleistungsabend zu verhindern. Das Festschreiben der Betriebsräte auf die Wettbewerbsfähigkeit kommt eher den Bestrebungen der FDP nach Beseitigung aller gesetzlichen Schranken zum Schutz der Arbeitskraft entgegen. Die FDP will Konkurrenz statt Solidarität, Interessen der Beschäftigten sollen ganz aus der Diskussion verschwinden. Es ist die Aufgabe der HBV, dem entgegenzuwirken. An dieser Stelle sei an den Tarifkampf erinnert — ansatzweise ist es da gelungen, die Diskussion um die Ar-

Einzelhandelskapitalisten können hier ihre Umsatzgier auch noch chauvinistisch begründen und stoßen dabei auf wenig Widerstand. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Bayern sowie West-Berlin wurde per Erlass der Landesregierungen das Ladenschlußgesetz für Samstag im November und auch für Sonntage außer Kraft gesetzt. Nur in einzelnen Fällen wie in München und West-Berlin stellten sich Betriebsräte und die Gewerkschaft HBV dagegen. Der HBV-Hauptvorstand kritisierte diesen Vorgang nicht. Vielmehr forderte der zweite Vorsitzende der Gewerkschaft, Dieter Steinborn: „Vor dem Hintergrund der Öffnung der Grenze sollten wir flexibel reagieren und allen Besuchern Berlins sowie der grenznahen Gebiete“ im November an Samstagen Einkaufsmöglichkeiten



Die FDP verlangt „Weg mit dem kleinstadtmiefigen Ladenschlußgesetz“, nicht nur für DDR-Touristen. Nach Berechnungen der Einzelhandelsverbände machen allein die 100 DM Besuchergeld, in der BRD ausgegeben, eine Umsatzsteigerung von einem Prozent aus. Dafür lohnt schon Wochenendöffnung und paßt gut ins Konzept der Flexibilisierung.

beits- und Lebensbedingungen der Verkäuferinnen in die bürgerliche Presse zu tragen. Mit dem Abschluß war das vorbei — da ging's dann nur noch um Umsätze und Konkurrenz. Notwendig ist jetzt auf alle Fälle, den Widerstand gegen die Beseitigung der gesetzlichen Schranken für Nacharbeit von Frauen aufzubauen. Dazu ist es höchste Zeit, die Vorbereitungen zur Herstellung des Binnenmarktes Europa, die umfassende Deregulierung unter dem Schlachtruf „es lebe die Konkurrenz“ anzugreifen.

Erschwerend kommt hinzu, daß gegenwärtig das Ladenschlußgesetz notstandsmäßig außer Kraft gesetzt wird wegen des Besucherstromes aus der DDR. Die

bieten. Der Hauptvorstand forderte jetzt Verhandlungen mit den Einzelhandelsverbänden um eine Schließung am Samstag, den 23.12. um 14 Uhr und keine Öffnung am Sonntag, den 24.12. als Ausgleich für die Beseitigung des Ladenschlusses im November. Der schwach entwickelte Widerstand gegen diese Pläne ist der Tatsache geschuldet, daß es in der HBV und ihren Publikationen keine antichauvinistische Kritik an der Tätigkeit der westdeutschen Regierung und den Kapitalisten gibt — ein Hinweis für uns, Anstrengungen zu unternehmen, die Diskussion in Richtung Kritik am westdeutschen Chauvinismus zu entwickeln. — (AGD)

EG-Gipfel in Straßburg

BRD-Ziel „Wiedervereinigung“ ist nun Teil der EG-Ostexpansion

Zum ersten Mal in der Geschichte der EG hat am 8./9. Dezember die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten die Absicht der BRD, die staatliche Existenz der DDR zu zerstören und diese der BRD einzugliedern, ausdrücklich gebilligt. Dieser Beschluß wurde von der Delegation der Bundesregierung gegen nicht unerhebliche Widerstände der anderen Mitgliedsstaaten durchgesetzt. Mehrere Mitgliedsstaaten hatten schon vor der Konferenz explizit Sorge geäußert über die von dem vehementen BRD-Revanchismus ausgehende Gefährdung der Stabilität in Europa. Die anderen EG-Staaten fürchten offensichtlich, daß das Übergewicht der BRD infolge einer Annexion der DDR in Europa noch spürbarer wird und die so gestärkten BRD-Konzerne dann in allen EG-Entscheidungen bestimmen werden. Trotzdem setzte sich die Delegation der BRD durch.

Unmittelbar nach der Konferenz wurde dann von verschiedenen Regierungen versucht, die Entscheidung von Straßburg zu begrenzen. Der französische Staatspräsident Mitterrand beispielsweise forderte explizit: „Es ist klar, daß die Oder-Neiße-Grenze, die Grenze zwischen Polen und Ostdeutschland, unantastbar bleiben muß.“ Das hilft der DDR wenig, und der BRD sind die französischen Interessen an der Sicherung eigener Expansionsmöglichkeiten nach Polen durchaus vertraut.

Wie weitgehend die Anmaßungen der Bundesregierung inzwischen gehen, zeigte sich wenige Tage später bei der geplanten Unterzeichnung des „Schengener Abkommens“: Weil sich die Benelux-Staaten und Frankreich weigerten, ausdrücklich auch DDR-Staatsbürger unter die geplante Aufhebung der Grenzkontrollen fallen zu lassen (was einer völkerrechtlichen Ablehnung der eigenen DDR-Staatsbürgerschaft gleichgekommen wäre) ließ die Bundesregierung die Unterzeichnung des Abkommens platzen.

Verschiedentlich wurde in der Presse der Eindruck erweckt, als habe die Bundesregierung quasi als Gegenleistung für die Anerkennung ihrer Forderung nach Annexion der DDR dem französischen Drängen nach Fortschritten in der Währungsunion zugestimmt. Die französische Zeitschrift nennt als Ziel dieser französischen Bemühungen: „nicht mehr dem Gesetz Frankfurts untertan zu sein, sondern Einfluß zu gewinnen auf die Politik

der Bundesbank.“ Das dürfte sich als Irrtum herausstellen. Bundesfinanzminister Waigel kündigte nach der Beschlußfassung in Straßburg an, die Bundesregierung erwarte schon ab Sommer nächsten Jahres, d.h. lange vor der für Ende 1990 beschlossenen Konferenz über die nächsten Schritte zur Währungsunion, eine „völlige Öffnung aller Kapitalmärkte, die Teilnahme aller EG-Partner am Europäischen Währungssystem, strikte Haushalts- und Preisdisziplin in allen Ländern der Gemeinschaft.“ (Handelsblatt, 13.12.89). Schon jetzt ziehen die BRD-Konzerne den größten Vorteil vom Binnenmarkt, stehen bei der Ostexpan-



Noch ein Streitpunkt auf dem EG-Gipfel war der Sitz des EG-Umweltamtes. Frankreich wünschte Straßburg oder Karlsruhe, die Bundesregierung verlangte Westberlin. Die Entscheidung wurde vertagt.

sion an der Spitze der westeuropäischen Konzerne und haben die größten Kapitalreserven angehäuft. Unter diesen Umständen bedeutet die Forderung nach „striktter Haushaltsdisziplin“ von westdeutscher Seite schlicht die Zumutung an konkurrierende Konzerne anderer Staaten, künftig auf einen Teil der staatlichen Subventionen zu verzichten und damit in der Konkurrenz mit den BRD-Monopolen noch weiter zurückzufallen. Waigel wörtlich: „Die Stunde der Wahrheit kommt erst noch“. Hinzukommt, daß bei den Verhandlungen über die Währungsunion schon jetzt feststeht, daß die Ver-

treter der Zentralbanken dabei die Hauptrolle spielen werden. Und hier hat die Bundesbank nicht nur vom Devisenvermögen ein erdrückendes Übergewicht, hier ist Bundesbankpräsident Pöhl auch noch ab 1.1.90 Vorsitzender im Ausschuß der Notenbankchefs!

Die BRD hat also reichlich Machtmittel, um französische Forderungen gegenüber der Bundesbank abzuwehren und zugleich ihre eigene revanchistische Ostexpansion ungehindert voranzutreiben. Hinzukommt, daß sich der Gipfel auf ein gemeinsames Bankprojekt geeinigt hat, eine Art „Euro-IWF“ gegenüber den Staaten Osteuropas, um gemeinsam die wirtschaftliche Infiltration westeuropäischer Konzerne in diese Staaten voranzutreiben. Das „Handelsblatt“ schildert das Vorhaben so: „Ihr (der Bank, d. Red.) Ziel soll es vor allem sein, Anlageinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu fördern, den Übergang zu einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft zu erleichtern und die erforderlichen strukturellen Anpassungen zu erleichtern.“

Die Bank, an der die osteuropäischen Staaten, möglicherweise aber auch die USA, Japan und nicht der EG angehörende westeuropäische Länder beteiligt werden, soll möglichst rasch gegründet werden. Die Verhandlungen sollen bereits im Januar aufgenommen werden. Paris hatte ein Kapital von 10 Mrd. ECU (1 ECU etwa 2,06 DM) vorgeschlagen. Die Kapitalmehrheit soll bei der EG und ihren Mitgliedsländern liegen.“

Das wäre eine Art gemeinsame EG-Kolonialbank zwecks gemeinsamer „Erschließung Osteuropas“, eingerichtet, um die Kapitalkraft aller westeuropäischen Monopole zwecks Sicherung marktwirtschaftlicher Einbrüche in die Staaten Osteuropas zu sichern, Widersprüche unter den EG-Konzernen zu dämpfen und zugleich die größten Rivalen im Kampf um die Märkte des Ostens, die US-Monopole und japanische Monopole, möglichst weitgehend aus dem Geschäft herauszuhalten.

Das wäre auch die Einigungslinie, die die Bundesregierung anbieten könnte, ohne ihren Anspruch auf Annexion der DDR aufzugeben, ja selbst ohne ihre darüber hinausgehenden revanchistischen Territorialansprüche gegenüber Polen und der UdSSR aufgeben zu müssen. Denn soviel steht fest: Ohne Beteiligung der BRD wäre diese Ost-Kolonial-Bank der EG deutlich schwächer. Den anderen EG-Staaten muß also daran gelegen sein, sich mit der BRD zu einigen und die aufgebrochenen Widersprüche mittels gemeinsamer Ostexpansion beizulegen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, FAZ, NZZ, 6.12. bis 18.12.89 — (rül, uld)

Dokumente zum EG-Gipfel

Einverleibung der DDR und Annexion Osteuropas — aus der Erklärung zu Mittel- und Osteuropa

Von Tag zu Tag tritt der Wandel in Mittel- und Osteuropa kraftvoller in Erscheinung ... Die Völker bekunden ihren klaren Willen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und den Weg ihrer Entwicklung selbst zu wählen. Eine derart tiefgreifende und schnelle Entwicklung wäre ohne die von Gorbatschow eingeleitete Politik der Öffnung und Reform nicht möglich gewesen ...

Es handelt sich um historische Ereignisse, die gewiß die bedeutendsten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind und zu denen der Erfolg einer starken und dynamischen Europäischen Gemeinschaft, die Lebenskraft des KSZE-Prozesses und die Stabilität auf dem Gebiet der Sicherheit, an der auch die Vereinigten Staaten und Kanada beteiligt sind, einen großen Beitrag geleistet haben.

Die Veränderungen berechtigen zu der Hoffnung, daß die Teilung Europas überwunden werden kann — gemäß den Zielsetzungen der Schlußakte von Helsinki, die darauf abzielt, im Rahmen eines umfassenden, ausgewogenen Konzepts auf der Grundlage einer ganzen Reihe von Prinzipien, die weiterhin ihre volle Gültigkeit behalten, neue Beziehungen zwischen den europäischen Ländern herbeizuführen, sei es auf dem Gebiet der Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder hinsichtlich der menschlichen Dimension.

Wir streben einen Zustand des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk seine Einheit durch freie Selbstbestimmung wiedererlangt. Dieser Prozeß muß sich auf demokratische und friedliche Weise, unter Wahrung der Abkommen und Verträge, auf der Grundlage sämtlicher in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Grundsätze im Kontext des Dialogs und der Ost-West-Zusammenarbeit vollziehen. Er muß in die Perspektive der gemeinschaftlichen Integration eingebettet sein ...

Die Gemeinschaft ist vor allem entschlossen, die in diesen Ländern eingeleiteten Wirtschaftsreformen zu unterstützen und — in Zusammenarbeit mit ihren westlichen Partnern — ihren Beitrag zur Schaffung gesunder, prosperierender Volkswirtschaften im Rahmen geeigneter Strukturen zu leisten ...

In dieser Zeit der tiefgreifenden und raschen Veränderungen bildet die Gemeinschaft — und dies muß auch künftig so sein — einen festen Bezugspunkt mit starker Ausstrahlungskraft. Sie bleibt der Eckstein einer neuen europäischen Architektur und — in ihrem Willen zur Öffnung — der ruhende Pol eines künftigen europäischen Gleichgewichts ...

Zitiert aus: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 11.12.89

*

Aus den politischen Schlußfolgerungen von Straßburg zu Mittel- und Osteuropa sei schließlich noch ein wirtschaftlich interessantes Element herausgegriffen. So wurde die vom französischen Staatspräsidenten vor drei Wochen angeregte Schaffung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gebilligt. Ziel der Bank wird es, „in Absprache mit dem IMF und der Weltbank Anlageinvestitionen und Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in den Staaten Mittel- und Osteuropas zu fördern, gegebenenfalls die mit der Vergabe von Krediten für diese Volkswirtschaften verbundenen Risiken zu verringern, den Übergang zu einer marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft zu erleichtern und die erforderlichen strukturellen Anpassungen zu beschleunigen.“ Das Kapital wird mehrheitlich von den EG-Staaten gezeichnet werden, doch sollen vor allem Staaten aus dem Kreis der OECD zur Teilnahme eingeladen werden. Auch die begünstigten Länder können sich an Kapital und Leitung der Bank beteiligen.

Zitiert aus: *Neue Zürcher Zeitung* v. 12.12.89

Sozialcharta unverbindlich

Die Verabschiedung richtungsweisender sozialer Grundrechte, die für alle Arbeitnehmer der Gemeinschaft in gleicher Weise gelten sollen, sollte ein Glanzstück der nun auslaufenden französischen EG-Präsidentschaft werden. Die vollmundig angekündigte Inszenierung ist ... nicht gelungen ... Das ist vielleicht auch ganz gut so. Denn Anspruch und Wirklichkeit sind bei dem, was in monatelangen Arbeiten ausformuliert wurde, wirklich nicht in Einklang zu bringen. Noch in Straßburg wiederholte die britische Premierministerin Thatcher ihr Argument, mit der Charta werde kein einziger Arbeitsplatz geschaffen und der eigentlich angestrebten Deregulierung in der EG entgegengewirkt. Elf der zwölf nahmen die politische Erklärung an. Angesichts der britischen Haltung wurde auf die ursprünglich vorgesehene „feierliche Erklärung“ verzichtet ... Eine Chance, die soziale Flanke des Binnenmarktes doch noch konkret auszugestalten, besteht, wenn es zu einer entschlossenen Umsetzung des von der Kommission im November vorgelegten Aktionsprogramms kommt.

Zitiert aus: *Handelsblatt* v. 11.12.89

Währungs-Union in Vorbereitung

Eine Regierungskonferenz der EG-Staaten wird im Dezember 1990 unter italienischer Präsidentschaft erstmals zusammen treten, um die Arbeiten für die im Zusammenhang mit dem Ausbau der EG zu einer Wirtschafts- und Währungsunion erforderlichen Vertragsänderungen vorzubereiten.

Auf diesen Kompromiß haben sich elf der zwölf EG-Regierungschefs auf ihrem Straßburger Gipfeltreffen verständigt. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher ist gegen die Einberufung der Regierungskonferenz, hatte aber schon vor dem Gipfeltreffen erkennen lassen, daß ihr Land dennoch an den Arbeiten teilnehmen werde ... Besonders hervorgehoben wird auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Kohl in den Straßburger Vereinbarungen die Bedeutung der demokratischen Kontrolle der Gemeinschaft. Im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode des Europäischen Parlaments, die 1994 beginnt, solle, so heißt es in den Straßburger Texten, darauf geachtet werden, daß die Wirtschafts- und Währungsunion diesem Erfordernis voll Rechnung trage. Frau Thatcher setzte durch, daß auch die parlamentarische Kontrolle in den Mitgliedstaaten betont wurde.

Zitiert aus: *Handelsblatt* v. 11.12.89

*

Die Linie, die die westlichen Staaten in den vergangenen Monaten gegenüber den Umwälzungen in Osteuropa verfolgt haben, wurde am 8. Dezember etwas glaubwürdiger. Für die Uneingeweihten mag die ganze Sache technisch aussehen, aber als die Europäische Gemeinschaft entschied, von Ende 1990 die Instrumente einer ökonomischen und Geldpolitik auszuarbeiten, bekräftigte sie, daß sie ihren Charakter ändern will und beabsichtigt, sich selbst die Mittel zu verschaffen, um ihr Vorhaben zu realisieren, der Kern eines künftigen, größeren Europas zu werden.

Zitiert aus: *Le Monde*, 10./11.12.89

*

Nur Großbritannien wünschte, daß sich die Konferenz von Verfassungsfragen fernhält. Mrs. Thatcher erklärte in Straßburg, daß „wirkliche demokratische Verantwortung durch die nationalen Parlamente“ gewährleistet wird. Ihre Regierung hat sich insofern wenig Gedanken an institutionelle Veränderung gemacht wie sie sich aus der kommenden Konferenz oder den Konferenzen ergeben werden. Aber Britannien wäre unklug, das Thema aus dem Grund zu vermeiden, weil es unangenehme Vertragsänderung durch ein Veto verhindern kann. Am Ende wird es sich selbst dabei finden, wie es dem Druck nachgibt und unterzeichnet — wie es bei der vorherigen Vertragsänderung im Jahr 1985 geschah.

Zitiert aus: *The Economist*, 16.-22. Dezember 1989

DDR

FDGB- und SED-Erklärungen für den Erhalt des Sozialismus

Die Bundesrepublik verlangt in imperialistischer Manier eine kapitalistisch-privateigentümliche „Lösung“ in der DDR. Diese ist auf Brutalisierung und Eskalation der DDR-internen Widersprüche ausgerichtet. Solchen Einmischungen versuchen FDGB und SED verschiedene Antworten entgegenzusetzen. Bei Redaktionsschluß lagen noch nicht die Ergebnisse des SED-Folgeparteitages vor. Insofern können die Ergebnisse des ersten Teils des SED-Parteitages Hinweise liefern, um einige Positionen innerhalb der Partei darzustellen. Soviel steht fest: Roll-back-Hoffnungen des BRD-Imperialismus, die sich an einer Auflösung der SED wesentlich orientierten, sind vorerst einmal stark gedämpft. Die SED hat sich — nach den ersten Eindrücken des Parteitages — stabilisiert. Sie war und bleibt die Hauptkraft innerhalb der DDR, die den Wiedervereinigungsgelüsten der BRD entgegensteht. Das historische Verdienst der SED ist die Enttarnung reichsdeutscher Konzerne, Kapitale und des Junkertums. Mit diesen Verlusten will sich die westdeutsche Bourgeoisie nicht abfinden. Die SED, so geschwächt sie auch ist, kräftigt demgegenüber den auch in anderen Organisationen der DDR vorhandenen Widerstand gegen revisionistische Positionen. In den Fragen zur Wirtschaftsverfassung entsteht bislang der Eindruck, daß die Vollmachten und Rechte der Kombinateleitungen ausgebaut werden sollen. Dadurch wären die Rechte der Belegschaften — vor allem der Arbeiter — eingeschränkt und die geforderte Selbst-

verwaltung in Frage gestellt. Andererseits sprechen die Dokumente des Parteitages auch für eine Stärkung der kommunalen Einflußnahme und Beteiligung an den jeweiligen Kombinen. Damit wäre eine öffentlich, gesellschaftliche Kontrolle über die Wirtschaftseinheiten der DDR gewährleistet und ein zentralisierter Ausbau eingeeignet. Im Bereich des Außenhandels will die SED an dem staatlichen Außenhandels-Monopol festhalten. Verträge und Abkommen mit der BRD — z.B. Joint Ventures — sollen nur mit staatlichen DDR-Betrieben abgeschlossen werden, wobei die BRD-Beteiligung maximal 49 Prozent betragen darf. Im Bereich sozialer Mindeststandards verlangt der FDGB u.a., die Kontrolle über das Sozial- und Versicherungswesen weiterhin zu behalten. In Lohn- und Einkommensfragen zeichnen sich innerhalb der SED noch keine klaren Standpunkte ab. Wichtig sind auch die Aussagen der SED zur Landwirtschaft. Eine Reprivatisierung ist nicht erkennbar. Keine Aussichten für in die BRD geflüchtete Junker, Höfe, Böden und Menschen wieder unter ihre Stiefel zu kriegen. Die SED beharrt als wesentliche Kraft innerhalb der DDR auf dem Antifaschismus. Doch der Druck auf die SED nimmt zu. Im Moment geht es vor allem um das Zusammenhalten der verbliebenen Kräfte innerhalb der SED und um eine Stabilisierung der Partei. Die folgenden Dokumente haben wir dem „Neuen Deutschland“ entnommen. — (mal)

30.11.: Was wollen die Gewerkschaften?

... Der FDGB will eine einheitliche, freie und unabhängige Gewerkschaft sein, in der sich Arbeiter, Angestellte und Angehörige der Intelligenz unabhängig von Weltanschauung und Geschlecht vereinigen können und in dem auch neue Auffassungen über Demokratie und Sozialismus Platz haben ... Die Gewerkschaften sind für einen Staat der Demokratie und des Sozialismus, in dem friedliche Arbeit, soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit gewährleistet sind, ein Staat, in dem die Macht vom Volke ausgeht, ein Staat des Friedens und Antifaschismus ... Die Gewerkschaften werden weiter die Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten garantieren.

8.12.: Für einen alternativen demokratischen Sozialismus — Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei

Antifaschisten und viele Menschen guten Willens haben sich seit dem Ende des zweiten Weltkrieges für den Aufbau eines anderen, besseren Deutschlands eingesetzt. Sie haben das Land aus den Trümmern aufgebaut. Dazu gehören Hunderttausende Genossinnen und Ge-

nossen unserer Partei. Wir müssen aber auch feststellen: Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist verantwortlich für die tiefste Krise in der Geschichte der DDR. Es ist dies die Krise des administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande. Die bisherige Programmatik, das Statut und die Arbeitsweise unserer Partei sind untrennbar mit dieser Krise verbunden. Ein bestimmter Kreis von Parteifunktionären ist in kriminelle oder gesetzlich in keiner Weise geregelte Aktivitäten verwickelt ... Die Krise des administrativen Sozialismus in unserem Lande kann nur dadurch gelöst werden, daß die DDR gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften einen neuen Weg jenseits von administrativem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole geht. Dabei fühlen wir uns besonders den sozialen Interessen der arbeitenden Menschen unseres Landes verpflichtet. Auf individuelle Freiheit und Grundrechte gegründete Solidarität der Entwicklung aller, gleiche Bedingungen zur individuellen Selbstverwirklichung und Bewahrung des natürlichen und kulturellen Erbes der Menschheit — dies sind unsere Grundwerte. Mit ihnen werden wir uns als sozialistische Partei der DDR mit neuem Programm und demokratischem Statut in einen neuen Entwicklungsweg der DDR einbringen. Dieser von uns angestrebte Weg sozialistischer Prägung ist gekennzeichnet durch radikale Demokratie und Rechtsstaatlich-

keit, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Durchsetzung einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter ... Mit dem Ende der Nachkriegsentwicklung eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Lösung der deutschen Frage im Rahmen eines zu schaffenden europäischen Sicherheitssystems. Diese Chance müssen wir nutzen. Wir treten dafür ein, die deutsche Frage nicht deutsch-national, sondern im Sinne der Demokratisierung und Entmilitarisierung Europas zu lösen. Wir sind für vertrauensvolle kooperative Beziehungen zwischen der DDR und der BRD und die praktische Realisierung einer Vertragsgemeinschaft ... Gerade unter den Bedingungen der einzuleitenden radikalen Wirtschaftsreform und der stärkeren Einbindung der DDR-Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung ist eine energische und kompetente Interessenvertretung der Betriebsbelegschaften durch arbeitsfähige Gewerkschaften oder durch Betriebsräte unbedingt erforderlich. Nur so können Leistungsorientierung und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden werden ... Es sind folgende dringliche Aufgaben zu lösen:

1. Bei den Gesprächen am Runden Tisch muß sofort ein Konsens hergestellt werden, mit welchen Mitteln das Leben, die Freiheit, die Würde und die Rechte der Menschen in unserem Land gewährleistet werden ...
2. Wir fordern alle Mitglieder unserer Partei auf, an ihren Arbeitsplätzen für Normalität im Alltags-



Die Betriebskampfgruppen in der DDR werden entwaffnet und aufgelöst. Den westdeutschen Reaktionären war diese der Bewaffnung der Arbeiterklasse in der DDR immer zutiefst verhaßt.

leben zu sorgen. Mit unkonventionellen, unbürokratischen Methoden sind die Versorgung, die medizinische und soziale Betreuung, die Reparaturen und Dienstleistungen zu gewährleisten. 3. ... Wir treten dafür ein, daß alle Reserven zur Stärkung der Wirtschaft genutzt werden. Wir denken dabei an die Reduzierung des gesamten Verwaltungsaufwandes, an die Einbeziehung von Teilen der Staatsreserve bis hin zu allen Möglichkeiten, die sich aus weiteren Abrüstungsschritten ergeben. Die Wirtschaftsreform muß sofort beginnen. Dabei wollen wir das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden und den anderen wichtigen Produktionsmitteln erhalten und vielfältige Formen der tatsächlichen Verfügung der Werktätigen darüber herstellen ... Die Kommunen sind am Ergebnis der wirtschaftlichen Einheiten in ihren Territorien angemessen zu beteiligen. Gleichzeitig ist durch Gesetzgebung die demokratische Mitwirkung der Werktätigen und der Gewerkschaften in den Betrieben in umfassender Weise zu sichern ... Im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung lebt die deutsche Nation in zwei Staaten und Berlin (West). Die Zweistaatlichkeit der Deutschen ist zu einem unverzichtbaren Garanten für Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa geworden. Die Eigenständigkeit der DDR ermöglicht eine historische Chance einer deutschen Alternative des demokratischen Sozialismus in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas ...

11.12.: Bruch mit der machtpolitischen Überhebung der Partei, mit der Diktatur der Führung vollzogen

Die Delegierten des Sonderparteitages

sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat ... Mit den Entwürfen für ein neues Statut sind Garantien für die Überwindung erstarrter Parteistrukturen vorgeschlagen und Wege zu lebendiger Demokratie im Leben unserer Partei gekennzeichnet ... Wir sind fest entschlossen, unsere Partei grundlegend umzugestalten. Wir wollen eine neue, eine sozialistische Partei werden, die die Traditionen der Arbeiterbewegung fortsetzt. Sie knüpft an ein sozialdemokratisches, sozialistisches, kommunistisches, antifaschistisches und pazifistisches Erbe an ... Die Grundorganisationen sind die entscheidende Basis der Willensbildung in unserer Partei und des Parteilebens insgesamt. Alle übergeordneten gewählten Leitungen sind dem mehrheitlichen Willen in ihrer Tätigkeit verpflichtet. Entsprechend sind Arbeitsweise und Struktur des Parteiapparates diesem Anliegen unterzuordnen ... Streiks halten wir in der gegenwärtig äußerst angespannten Lage für verantwortungslos. Wir unterstützen alles, was der Sicherung der Leistungskraft unserer Volkswirtschaft zum Nutzen der Menschen dient. Über die Bedingungen eines Streikrechts in der DDR wird in einem Gesetz zu entscheiden sein, das vor Beschluß durch die Volkskammer durch die Genossen in den Gewerkschaften breit und öffentlich diskutiert wird ... Eine Vereinigung von DDR und BRD steht für uns nicht auf der Tagesordnung. Wir sind für eine souveräne sozialistische DDR, die eine Voraussetzung für politische Stabilität in Europa ist ...

12.12.: Für eine sozialistische Partei der DDR

... Die globalen Probleme werden in allen bestehenden Gesellschaftsordnungen durch staatliche und ökonomische Monopolbildung bis zur Existenzgefährdung verschärft statt gelöst. An die Stelle der rücksichtslosen ökonomischen und machtstaatlichen Ausbeutung der natürlichen Umwelt und unserer eigenen Menschennatur muß weltweit etwas anderes treten: die wirksame Regulierung des wirtschaftlichen und politischen Wettbewerbs nach neuen kulturellen Zwecksetzungen, Normen und Werten ...

Kanada

Gewerkschaften werden stärker

Die kanadischen Gewerkschaften haben im Laufe des Jahres 1988 hunderttausend neue Mitglieder organisiert und hatten zu Anfang 1989 3 944 300 eingeschriebene Mitglieder. Dennoch ist der Organisationsgrad der Lohnabhängigen (ohne Landwirtschaft) geringfügig gesunken, er liegt jetzt bei 36,2 Prozent.

Die kanadische Gewerkschaftsbewegung hatte 1939 360 000 Mitglieder und wuchs im und nach dem Zweiten Weltkrieg, zunächst in fast völliger organisatorischer Einheit mit den US-Gewerkschaften. 1949 wurde die Millionengrenze überschritten, 1969 die Zweimillionengrenze, und seit 1976 sind über drei Millionen Lohnabhängige gewerkschaftlich organisiert. Seit einigen Jahren gibt es die Entwicklung zur organisatorischen Selbstständigkeit.

Die Zahl der Gewerkschaften wächst von Jahr zu Jahr, sie lag 1980 bei 734, Anfang 1988 waren es 840 und ein Jahr später 917 Einzelgewerkschaften, teils innerhalb, teils außerhalb des Dachverbandes CLC. Drei Viertel dieser Gewerkschaften haben unter 10 000 Mitglieder; in den etwas größeren Gewerkschaften sind aber bereits erhebliche Teile der Lohnabhängigen organisiert: jeweils rund 600 000 Mitglieder sind in Gewerkschaften mit 10-30 000, 30-50 000 und 50-100 000 Leuten Gesamtmitgliedschaft vertreten. Gut ein Drittel aller Gewerkschafter gehört den sieben größten Organisationen an, die mehr als 100 000 Mitglieder haben.

Die drei größten Einzelgewerkschaften sind im öffentlichen Dienst tätig: Canadian Union of Public Employees, National Union of Provincial Government Employees und Public Service Alliance of Canada. Vorwiegend im Einzelhandel

organisiert die United Food and Commercial Workers International Union, die viertgrößte. Es folgen die Autogewerkschaft, die Stahlarbeiter und die Transportarbeiter (National Automobile, Aerospace and Agricultural Implement Workers Union of Canada; United Steelworkers of America; International Brotherhood of Teamsters, Chauffeurs, Warehousemen and Helpers of America) — die beiden letztgenannten gehören noch dem alten Organisationsverbund mit den US-Gewerkschaften an, ebenso die Einzelhandelsgewerkschaft.

Unter den weiteren 23 Gewerkschaften mit mehr als 30000 Mitgliedern sind allein fünf Lehrgewerkschaften, die teils regional, teils nach Schultyp organisieren; in Ontario gibt es auch eine Lehrrinnengewerkschaft mit 35000 Mitgliedern.

Mehrere Entwicklungen finden gleichzeitig statt: Es gibt einen Trend zu den großen landesweiten Gewerkschaften, die teilweise auch Belegschaften abwerben; gleichzeitig werden neue Gewerkschaften gegründet; die Zahl der Beschäftigten steigt derzeit schneller als die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten.

Quellen: Collective Bargaining Review, Sept. 1989; Quick Canadian Facts, 36th ed. — (mfr)

Bulgarien

Widersprüchliche Wirtschaftsreformen

Ebenso wie die anderen Staaten des Warschauer Vertrages befindet sich Bulgarien in der Phase einer widersprüchlichen Umgruppierung von Politik und Ökonomie.

So wurde z.B. auf einer der letzten Demonstrationen in Sofia die Fahne der Europäischen Gemeinschaft getragen. Gleichzeitig beklagte sich der Vizechef der Bulgarischen Außenhandelsbank, daß u.a. die bundesdeutsche Wirtschaft eine zu große Zurückhaltung bei Kooperationen mit bulgarischen Firmen zeige. Bei einer Auslandsverschuldung von 8 Mrd. Dollar scheint für einige Kräfte im Land die Rettung nur noch in einem ungehinderten Kapitalfluß aus der EG zu bestehen. Gerade das deutsche Kapital wird sich sicher nicht lange bitten lassen, hat es doch gerade seit den Zeiten des Faschismus an Südost-Europa ein starkes Interesse.

Dagegen formieren sich jetzt die sozialistischen Kräfte. So hat der neue bulgarische Staats- und Parteichef Mladenov in einem Interview mit der sowjetischen Pravda betont, „daß es für die heutige Menschheit keine positive Alternative zum Sozialismus gibt“. Durch die Revolution hätte das bulgarische Volk seine Wahl zugunsten des Sozialismus schon

getroffen. Notwendig sei jetzt ein erneutes Studium der marxistischen Klassiker, das zu einer Erneuerung des Sozialismus als Wiedergeburt des marxistischen Prinzips der Identität zwischen Kommunismus und Humanismus führe.

Dieses ein wenig verquer formulierte marxistische Prinzip soll praktisch zu verwirklichen sein in dem Prinzip der Selbstverwaltung, dem Schlüsselbegriff der bulgarischen Perestroika. Auf dem Plenum des ZK im Juni 1987, noch unter der Führung des jetzt aus der Partei ausgeschlossenen T. Schiwkows, wurde die Selbstverwaltung für Betriebe und Gemeindeverwaltungen festgelegt. Noch im gleichen Jahr wurde durch einen offiziellen Akt der Staatsführung das sozialistische Eigentum an die Belegschaften übergeben.

Ein weiterer (allerdings widersprüchlicher) Schritt ist nun mit dem „Erlaß Nr. 56“ getan worden, der seit Januar 1989 in Kraft ist. Es geht in diesem Erlaß in erster Linie darum, unterschiedliche Eigentumsformen nach dem Prinzip der „sozialistischen Konkurrenz“ zuzulassen. Neben dem Staatseigentum, das vor allem in den Schlüsselsektoren der Ökonomie weiterhin gelten soll, also in der Energieversorgung, im Transportwesen und der Verteidigungsindustrie, wird es eine Vielzahl von Kooperativformen geben, vor allem in der Leichtindustrie und im Dienstleistungsbereich. Neu als Form des Kooperativeigentums ist die Aktiengesellschaft, wobei Aktienbesitz nur für die Arbeiter des jeweiligen Betriebes möglich ist, und die Pachtmöglichkeit an den Produktionsmitteln, die dann von den Arbeitern auf eigene Rechnung betrieben werden. Ein Manko dieser Bestimmungen ist, daß der ganze Bereich der Betriebsverfassung ausgeklammert wird, daß nicht festgelegt wird, welche Möglichkeiten die Arbeiter haben, über die Produktion zu bestimmen.

Ein gewaltiges Einfallstor für das ausländische Kapital ist die Bestimmung, daß es nun möglich ist, ohne Beteiligungsgrenze oder andere Kontrollmöglichkeiten selbständig oder über Filialen in Bulgarien Geschäfte zu treiben. Erst ab Beteiligungen über 49% ist eine Genehmigung des Staates erforderlich.

Die Volksversammlung, die vor kurzem tagte, hat nun beschlossen, daß es im nächsten Jahr zu einer erweiterten Gesetzgebung für den ökonomischen Sektor kommen soll, weil die alten Bestimmungen nicht mehr ausreichen. Geplant ist nun eine stärkere Berücksichtigung der Marktwirtschaft.

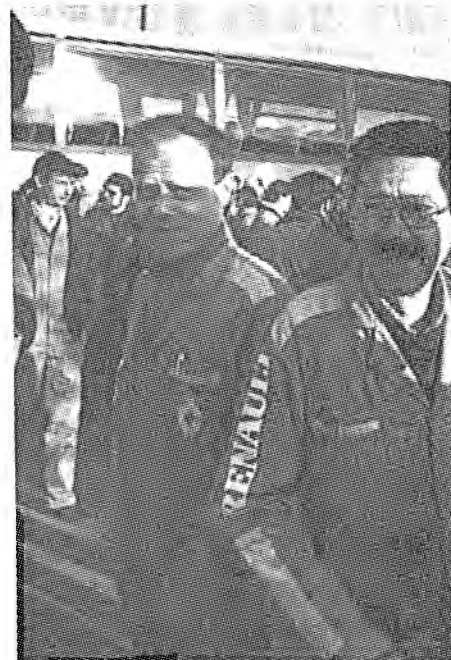
Am gleichen Tage, an dem dieser Beschluß gefaßt wurde, demonstrierten vor dem Parlament Tausende gegen die Abschaffung des Sozialismus. Ob das Ziel der bulgarischen Gesellschaft kapitalistisch oder sozialistisch sein wird, ist also noch längst nicht ausgemacht. — (hav)

Frankreich

Renault-Werk soll geschlossen werden

Nur kurze Zeit nach dem wochenlangen Streik in zwei Peugeot-Werken steht die nächste große Auseinandersetzung auf dem französischen Automobilsektor an. Im Renault-Werk Billancourt (Paris) soll bis Mitte 1992 die Produktion vollständig eingestellt werden. Nur Werke mit einem Ausstoß von über 900 Autos pro Tag will der Konzern erhalten. Im Werk Flins ist sogar die Einführung einer dritten Schicht beabsichtigt.

Noch vor wenigen Jahren war Renault die Nr. 1 auf dem europäischen Markt, inzwischen allerdings Nr. 6. Nachdem aber der französische Staat den Konzern mit 3,6 Mrd. DM wieder flottgemacht hat, häufen sich die positiven Profit- und



Absatzmeldungen. Renault wurde vom französischen Kapitalistenverband mit der Goldmedaille für die Profitsteigerung von 140 % auf 8,9 Mrd. FF 1988 gekürt.

Gerade dieses Ergebnis und die oben genannte Subvention durch die französische Regierung ist den anderen Automobilkapitalisten in der EG ein Dorn im Auge. Es wird von Wettbewerbsverzerrung gesprochen, die EG-Kommission übt Druck auf die französische Regierung aus. Noch unter der Regierung Chirac wurde der EG zugesagt, Renault zu privatisieren und außerdem Werksschließungen vorzunehmen, so daß die EG-Kommission die staatlichen Zuschüsse zunächst genehmigte. Die Umwandlung von Renault, das 1945 wegen der Kollaboration verstaatlicht worden war, in eine private Aktiengesellschaft fand aber in der Nationalversammlung und in der Öffentlichkeit keine Zustimmung. Dennoch erklärte sich der heutige Premierminister Rocard zur Schließung des

Werks Billancourt bereit.

Dieses Stammwerk hatte immer eine besondere Bedeutung in der französischen Arbeiterbewegung. Billancourt, Hochburg der kommunistischen Gewerkschaft CGT, war in vielen Kämpfen Vorreiter, z.B. 1917 der 12-Stunden-Tag, 1936 der bezahlte Urlaub, 1954 der erste große Tarifvertrag. Gerade auch in letzter Zeit versuchen Staat und Kapitalisten, die CGT zu schwächen mit der seit über drei Jahren andauernden, nunmehr gerichtlich ausgetragenen Auseinandersetzung um die „Zehn von Billancourt“. Das sind zehn CGT-Betriebsräte, die gefeuert worden waren wegen ihrer gewerkschaftlichen Aktivitäten. Ein endgültiges Urteil vom Kassationshof soll am 19.12. ergehen.

Seit Bekanntwerden der Schließungsabsichten von Billancourt führt die CGT zusammen mit anderen Gewerkschaften eine Kampagne dagegen. Die Stoßrichtung der CGT ist zu beweisen, daß Billancourt nicht veraltet, sondern modern sei — mit der Aufforderung an die Medien und an die Regierung, in Billancourt die Produktion zu besichtigen —, und daraus folgend die erneute Ausweitung von Renault auf dem nationalen und internationalen Markt zu fordern, d.h. alles unter der Rubrik der Rettung der französischen Automobilindustrie. Kein Wort aber bisher gegen die nunmehr auf EG-Ebene stattfindenden Rationalisierungs- und Intensivierungspläne der Kapitalisten gegen die Arbeiter.

Quellenhinweis: „l'Humanité“ v. 23.11.14.12.89; „Le Monde“ v. 1.12.1989; „Le nouvel économiste“ v. 24.11.1989; „Handelsblatt“, versch. Ausgaben — sur

Ungarn

Viel Zulauf bei den „Kádáristen“

Die militant antikommunistischen ungarischen Liberalen erreichten mit äußerst knapper Mehrheit bei einem von ihnen erzwungenen Referendum ihr Ziel. Bei einer Wahlbeteiligung von 58 % stimmten am 26. November 50,1 Prozent für eine Präsidentenwahl durch das Parlament; 49,9 % wollten, daß das Staatsoberhaupt noch vor den Parlamentswahlen direkt vom Volk gewählt wird, was mit großer Wahrscheinlichkeit zur Wahl des USP-Kandidaten Podzgay geführt hätte.

Darüberhinaus votierten 95 % der Wahlberechtigten, das sind etwa 50 % der Wahlberechtigten, für das Verbot der Parteiorganisationen in den Betrieben, die Auflösung der Arbeiterkampfgruppen und die Offenlegung der Vermögensverhältnisse der früheren USAP.

Konkrete Maßnahmen diesbezüglich

wurden vom Parlament bereits beschlossen bzw. durchgeführt. Das Waffenarsenal der Arbeitermilizen ist inzwischen vollständig in die Lager der Armee überführt. Wer von den Berufsmiliziären nicht zur Armee oder Polizei will, bekommt noch ein Jahr sein Gehalt weiterbezahlt (Budapest Rundschau, 4.12.89). Die Mietverträge der Milizen werden aufgelöst und ihre Immobilien zum Kauf angeboten. Die Einnahmen fließen in den Staatshaushalt. Konkret bedeutet dies, daß z.B. Erholungsheime der Arbeiterkampfgruppen am Plattensee entweder gleich an ausländische Touristikunternehmen verkauft oder in Touristenhotels umgewandelt werden. Dafür hatte die Opposition seit Monaten Propaganda gemacht, indem sie den angeblichen „Luxus“ der Milizen anprangerte. Es darf bezweifelt werden, daß diese Maßnahmen für die ungarischen Werktätigen irgendwie nutzbringend sind.

Nicht nur die Wahl von Podzgay ist jetzt gefährdet, auch von links kommen die Reformsozialisten unter Druck. Von

den ca. 720000 Mitgliedern der vormaligen USAP sind bis heute nur 51000 in die neue Partei eingetreten, obgleich die Frist für die Wiederaufnahme verlängert und mit 500000 Übertritten gerechnet worden war.

Am 17. Dezember beschlossen 800 Delegierte die Fortführung der ihrer Auffassung nach unrechtmäßig aufgelösten USAP. Sie sollen weit über 100000 Mitglieder vertreten. Die westdeutsche Presse ist besorgt, wohlwissend um die Konditionen, die IWF, Weltbank und EG den Ungarn für die erbetenen Kredite diktieren bzw. noch aufzwingen werden: „Mit einiger Sozialdemagogie könnte es den ‚Kádáristen‘ gelingen, sich angesichts der verschärften Wirtschaftskrise und der wachsenden Inflation als ‚Vertreter der Arbeiterinteressen‘ zu profilieren.“ (Welt, dto.).

Außerdem wurde Mitte Dezember eine Ungarisch Kommunistische Partei (UKP) gegründet, die „gegen die neue Aristokratie und gegen Ausbeutung“ vorgehen will. (FR, 11.12.89) — (frr)

Italien

Programmdiskussion in der PCI: Demokratie statt Emanzipation?

Auf allen Ebenen der PCI ist eine heftige Auseinandersetzung um den „Vorschlag“ des Generalsekretärs Occhetto im Gange, die „Konstituierungsphase“ einer neuen Partei einzuleiten. Im ZK hat dieser Vorschlag eine 2/3-Mehrheit gefunden, verbunden mit dem Beschluß über einen außerordentlichen Parteitag zu diesem Vorhaben, der voraussichtlich Anfang März nächsten Jahres stattfinden wird.

Occhetto definierte vor dem ZK die geplante „neue politische Kraft der Linken“, die nicht mehr „kommunistisch“ heißen soll, als Teil „der demokratischen Linken eines großen Europas“. Sie soll im Rahmen der Sozialistischen Internationale tätig sein. Er stellte die Programmdiskussion der PCI ausdrücklich in einen Zusammenhang mit der Diskussion der SPD über ein neues Grundsatzzprogramm und mit der Programmdiskussion in der Sozialistischen Partei Frankreichs, der spanischen PSOE und der britischen Labour Party.

Die Mehrheitsverhältnisse in der PCI in dieser Frage und der Ausgang der Auseinandersetzung sind kaum abzuschätzen. Die Berichterstattung in der Parteizeitung deutet darauf hin, daß viele Einheiten und Leitungen über das Vorhaben gespalten sind, teilweise mehrheitlich für das Vorhaben stimmen, verschie-

dentlich aber auch dagegen.

Aus dem umfangreichen Referat Occhettos sind im folgenden Passagen dokumentiert, die sich auf die Frage der Demokratie beziehen. In der Politik der geplanten neuen Partei und in deren theoretischer Begründung spielt die Demokratie eine zentrale Rolle. Die „konsequente Demokratisierung“ aller Bereiche ist das oberste Ziel, dem alles unterzuordnen ist. Demokratie, Volksherrschaft ist in diesem programmatischen Konzept nicht mehr Mittel zur Erreichung sozialer Zwecke, Aufhebung der Ausbeutung, Emanzipation der Arbeit, sondern wird selber zum Zweck. Das „sozialistische Ideal“ hat der Erreichung der Demokratie zu dienen. Die sozialen Zwecke des Sozialismus, die Emanzipation der Arbeit, gehen dabei unter. Eine Kritik der kapitalistischen Ausbeutung findet sich in dem langen Vortrag nicht mehr.

Zugleich entfällt alle grundsätzliche Kritik an Herrschaft und Staat überhaupt. Occhettos programmatisches Konzept begreift die Demokratie nicht mehr als eine Form von Herrschaft, von Unterordnung der einen durch die anderen, von Staat, die wie alle Herrschaft durch die Beseitigung ihrer sozialen Grundlagen überwunden werden muß. Nicht die Schwächung und Überwindung von Herrschaft und Staat würde damit zum



Der neugegründete Dachverband der japanischen Gewerkschaften, Rengo, hat jetzt die Forderungen für die Lohnauseinandersetzungen 1990 festgelegt. Hauptforderung ist die Forderung nach Lohnerhöhungen zwischen 8 und 10%. Angesichts einer erwarteten Teuerungsrate von etwa 3% wäre das gleichbedeutend mit einer spürbaren Reallohnerhöhung. In diesem Jahr haben die japanischen Gewerkschaften bereits Lohnerhöhungen von nominal durchschnittlich 5,2% durchgesetzt, bei einer Teuerungsrate von 0,8%. Außerdem wollen die Gewerkschaften 1990 „spürbare Fortschritte“ bei der bis 1990 angestrebten Verringerung der jährlichen Arbeitszeit von 2100 Stunden jetzt auf 1800 Stunden durchsetzen. (Quelle: Handelsblatt, 15.12.89) — (rül)

Polen: Fünf Tote bei Gefangenerevolten

Bei Revolten in mehreren polnischen Gefängnissen sind nach Angaben des polnischen Justizministeriums mindestens fünf Gefangene durch brutales Eingreifen der Sicherheitsorgane ums Leben gekommen. Der polnische Rundfunk berichtete sogar von sieben Toten. Soweit bisher bekannt ist, begannen Gefangene in Goleniwo und Czarne die Protestaktionen. Sie forderten unter anderem ihre Einbeziehung in eine am 16. Dezember von der Regierung angekündigte Amnestie, von der Rückfalltäter und sog. Schwerverbrecher ausgeschlossen werden sollen. Sicherheitskräfte schlugen diese Revolten brutal nieder. In Nowogard und in Lodz sollen weitere 1400 Häftlinge für

die gleichen Forderungen im Ausstand sein, in Kamiensk etwa 1000 Gefangene. — (rül)

Chile: Juntafreund wird Pinochet-Nachfolger

Der Führer der chilenischen Christdemokraten, Carlos Alwyn, nach dem Putsch der Militärs 1973 einer der ersten Förderer der Putschisten, wird Nachfolger Pinochets als Staatschef. Seine Koalition erzielte 55,2% der Stimmen. Befriedigt wird in der imperialistischen Presse vermerkt, daß das Wahlergebnis keine Änderung der von der Junta eingeführten Verfassung erlaubt. Alwyn hat angekündigt, daß er die Wirtschaftspolitik des Regimes im wesentlichen fortsetzen will. — (rül)

El Salvador: FMLN zum Präsidentschaftstreffen

Die FMLN hat sich in einem Kommuniqué entschieden gegen die Aufforderung des Treffens zentralamerikanischer Präsidenten verwahrt, die Waffen niederzulegen. In dem Kommuniqué heißt es: „... Mit Empörung weisen wir die Erklärung der Präsidenten zurück, denn sie steht vollkommen im Widerspruch zu der internationalen Dynamik und auch zu den Klagen der demokratischen und sozialen Kräfte wie auch der Kirche unseres Landes. Diese Erklärung enthält eine bedingungslose Rückendeckung für den grundsätzlichen Menschenrechtsschänder in der Region, eine Regierung, die Kirchenmitglieder umbringt und verfolgt und die Zivilbevölkerung bombardiert ... 3. Das Abkommen von San José trägt nicht dazu bei, eine Verhandlungslösung in El Salvador anzustreben. Die FMLN kann nicht aufgrund eines Abkommens verschiedener Regierungen aufgelöst werden, vor allem nicht zum jetzigen Zeitpunkt, wo sie als legitime Kraft im gesamten salvadorianischen Territorium ihre Wurzeln in der Bevölkerung verankert hat, was in den vergangenen zehn Jahren die enorme, von den USA unterhaltene Kriegsmaschinerie nicht verhindern konnte. 4. Die FMLN ist damit einverstanden und hat dies auch bereits in privaten Gesprächen manifestiert, daß der UNO-Generalsekretär ... als Vermittler beauftragt wird, ernsthafte Verhandlungen zwischen allen politischen und sozialen Kräften des Landes in die Wege zu leiten. 5. Wir rufen die internationale Solidarität auf, sich unverzüglich zum Schutz der salvadorianischen Bevölkerung zu organisieren. Die Bevölkerung ist der Gefahr ausgesetzt, daß der Vernichtungskrieg gegen sie zunimmt ...“ — (rül)

Programm erhoben, sondern im Gegenteil die Verewigung von Demokratie, also eine Verewigung von Herrschaft und Staat. — (rok)

Eine konstituierende Versammlung, um eine neue Perspektive der Linken zu eröffnen

— Referat Achille Occhetto vor dem ZK der PCI (Auszüge) —

(...) Alle sind also betroffen von den neuen Entwicklungen, die uns umgeben. Auf unserem Parteitag haben wir die Zeichen vom Ende einer Epoche begriffen: der Epoche der Blöcke, des kalten Kriegs, der gegensätzlichen Systeme. Und wir haben in der demokratischen Entwicklung, der fortschreitenden Demokratisierung unserer Gesellschaft, der verschiedenen sozialen Ordnungen, der Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten den einzigen Weg erkannt, der uns erlaubt, die gegenwärtige Si-

tuation zu meistern und uns jener Idee der Weltregierung zu nähern, die heute immer mehr das einzig mögliche konkret-historische Ideal zu werden scheint.

Die Ereignisse dieser Monate haben den Tendenzen in Wirklichkeit eine eindrucksvolle Beschleunigung verliehen. In heftiger Bewegung ändert sich das Erscheinungsbild der Weltordnung, nämlich die Aufteilung der Welt, die in Jalta festgelegt wurde. Während der Süden der Welt drängt, beginnen die sozialen und politischen Ordnungen in dem einen der beiden Blöcke, auf denen bis heute die internationale Ordnung basierte, in die Krise zu kommen und zu zerfallen. Wir sind also jetzt schon mitten in einer neuen historischen Phase des Kampfs für die Demokratie, des Einsatzes für den Frieden und für die Leitung der Welt. (...)

Wenn wir unsere Geschichte ansehen, den Weg von der Partei Bordigas zu der

Gramscis und dann zum neuen Parteidmodell Togliattis, zur Wende des 8. Parteitags, zum Standpunkt zur CSSR 1968 und dann zum Bruch über die Entwicklung in Polen — in allen diesen Übergängen finden wir diese große Fähigkeit zur Erneuerung wieder; eine Erneuerung, die nicht nur organisatorisch war und nicht nur die politische Linie betraf, sondern eine tiefe und lebenswichtige innere Änderung bewirkte, Schritt für Schritt unseren Aufbau und selbst unsere konkreten Ziele änderte, Schritt für Schritt uns selbst änderte. Eine Erneuerung, die sich auf das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus bezieht, angefangen von den Überlegungen Gramscis zu diesem Thema, über die späteren Ausführungen Togliattis bis zur Bejahung der Demokratie als universalem Wert durch Berlinguer. Eine Erneuerung, die in diesem Punkt selbst mit der Auffassung von

Paraguay: Polizei erschießt streikende Arbeiter

Polizeieinheiten haben in Paraguay versucht, einen Streik von Kraftwerksarbeitern gewaltsam zu brechen. Seit Anfang Dezember streiken die Beschäftigten am Staudamm Itaipu, 400 km südöstlich der Hauptstadt Asuncion, für Lohnerhöhungen. Als die streikenden Arbeiter am 12. Dezember versuchten, von der Geschäftsleitung herbeigeschaffte Streikbrecher am Betreten des Kraftwerkskomplexes zu hindern, griff die Polizei gewaltsam ein. Dabei wurden zwei der streikenden Arbeiter getötet und zehn weitere verletzt. (Quelle: UZ, 14.12.89) — (rül)

USA: Bergarbeiterkandidat ins Parlament gewählt

Der Präsident des Distrikts 28 der Bergarbeitergewerkschaft UMW, Jackie Stump, gewann mit über 65% der Stimmen einen Sitz im Parlament von Virginia. Der Sieg ist umso mehr beeindruckend, wenn man berücksichtigt, daß Stump seine Kandidatur erst drei Wochen vor der Wahl ankündigte. Stump repräsentiert einen Bezirk im Kohlebezirk im Südwesten Virginias. Die Gewerkschaftsmitglieder, die seine Wahlkampagne durchführten und fast jeden Haushalt besuchten, mußten den Wählern erst schnell erklären, wie man einen Kandidaten, der nicht auf dem Wahlzettel steht, einschreibt. Eine ähnliche Strategie hatte 1986 während des Streiks gegen die Massey-Kohlekapitalisten sechs Bergarbeiter ins Parlament und in lokale Ämter in West-Virginia gebracht. Das West-Virginia Parlament hat Versuche, ein anti-gewerkschaftliches „Recht auf Arbeit“ ein-

zuführen, abgelehnt. — (her, ger)

Algerien: Demonstrationen gegen Fundamentalismus

In Algerien nehmen die Auseinandersetzungen zwischen islamisch-fundamentalistischen Kräften und fortschrittlichen Kräften zu. Am 14. Dezember demonstrierten erneut mehrere tausend Menschen gegen die fundamentalistischen Gruppen und die staatliche Duldung dieser Gruppen und ihrer Propaganda.

Zu dieser zweiten Kundgebung dieser Art innerhalb eines Monats hatten die Sammlungsbewegung algerischer Künstler, Intellektuellen und Wissenschaftler, Frauenverbände sowie mehrere Berufsverbände, darunter die der Rechtsanwälte, aufgerufen. Am 23. November hatten an der gleichen Stelle schon einmal mehrere tausend Menschen gegen die fundamentalistischen Strömungen, ihre reaktionäre Propaganda, insbesondere ihre Frauenfeindlichkeit demonstriert. — (rül)



Die EG-Kommission soll sich entschieden haben, den Beitrittsantrag der Türkei zur EG abschlägig zu bescheiden, meldet die „FAZ“ am 16.12. Am 19.12. soll der Vertreter der türkischen Regierung offiziell über diese Entscheidung unterrichtet werden. Zur Begründung wird von der Kommission u.a. auf das hohe Einkommensgefälle zwischen der EG und der Türkei hingewiesen. Offenbar befürchtet man durch einen EG-Beitritt der Türkei zu starken Druck auf die türkischen Hungerlöhne. Die Türkei soll als Niedrigstlohnland im Status einer EG-Halbkolonie verbleiben, lautet die Formel, auf die sich die EG-Kommission und die großen Konzerne der EG geeinigt haben. Gleichzeitig kann damit der Beitrittsantrag Österreichs, das im Sommer förmlich die Aufnahme beantragt hatte, schneller bearbeitet werden, woran insbesondere der BRD gelegen ist. (rül)

Marx offen im Widerspruch stand, nach dessen Meinung die Überlagerung des Staats über die bürgerlichen Gesellschaft eine Entfremdung des Menschen bildet, und daß es deshalb vollständige Freiheit nur mit der völligen Auflösung der politischen Dimension und mit ihr der Demokratie geben wird. (. . .)

Wenn wir wissen, daß die Demokratie, wenn sie sich nicht selbst widersprechen will, die Gleichheit zwischen den Individuen und die Ausübung der Freiheit einschließt, schließt das nämlich die Bestätigung des sozialistischen Ideals ein. Und wir wissen aber gleichzeitig, daß dieses Ideal, um sich durchzusetzen, sich bis auf den Grund von Ideologien befreien muß, die die Demokratie verneint haben. Deshalb sprechen wir von einem neuen Anfang, der sich auf unser Ideal gründet und das beste einschließt, was es in unserer Tradition gibt. Noch einmal wollen wir

uns verändern, um uns nicht selbst zu verraten. Aber um das zu tun, müssen wir alle Konsequenzen aus der Feststellung ziehen, die wir auf dem Parteitag getroffen haben: daß die Demokratie der Weg des Sozialismus ist. Das bedeutet nicht mehr nur, daß keine chinesische Mauer zwischen Demokratie und Sozialismus steht, sondern daß der Sozialismus selbst nur als immer und unbegrenzt offener Prozeß begriffen werden kann, der im demokratischen Mechanismus fortwährend die Veränderung, die heranreift, zuläßt und fördert, um sie zu steuern, und so die zielstrebige und konsequente Demokratisierung unserer Gesellschaft verwirklicht. Es bedeutet, daß wir nicht an ein gelobtes Land glauben, sondern daß wir in dieser Gesellschaft arbeiten, um sie umzuwandeln, um sie gerechter und menschlicher zu machen. (. . .)

Es bedeutet das ständige Eingreifen der

Demokratie, als demokratische Regierung, auf dem Markt, um den sozialen Problemen entgegenzutreten, die der Markt selber nicht sieht, oder denen er nicht entgegenreten kann oder die er sogar erzeugt.

Gerade deshalb bejahen wir gleichzeitig, daß der Markt ein unersetzlicher treibender Faktor der Wirtschaft ist, aber daß der Markt selber dauernd regulierende und erneuernde Eingriffe aus der Politik braucht. Die Gerechtigkeit und die soziale Solidarität, die Arbeitslosigkeit, die Umwelt, die Probleme aller Menschen, die im Norden der Welt vom Süden her ankommen, sind strukturelle Probleme, die auch aus den Erfolgen des Marktes erwachsen, die der Markt allein aber nicht und immer weniger imstande ist zu lösen, die also ein regulierende Eingreifen des Staats verlangen

Quelle: L'Unità, 21.11.89

Veröffentlichungen

Bärbel Bohley u.a.: „40 Jahre DDR . . .“

In dem Begleitschreiben der Büchergilde Gutenberg zu diesem Buch heißt es: „In atemberaubendem Tempo vollziehen sich in der DDR Umwälzungen, die sich noch vor wenigen Monaten kein Mensch hätte vorstellen können. Und doch kommt die Entwicklung — daß ein so lange stummes Volk aufsteht und seine Forderungen an die ‚Führung‘ präzise stellt — nicht von ungefähr. In diesem Buch — einer Gemeinschaftsausgabe der Büchergilde Gutenberg und des Carl Hauser Verlages — das in den Wochen vor dem 40. Jahrestag der DDR-Staatsgründung entstanden ist, melden sich DDR-Bürger aus allen Schichten, Berufen und Regionen und Altersstufen zu Wort, fassen ihre Erfahrungen zusammen und stellen ihre Forderungen. Das Buch ist eine Plattform der freien Meinungsäußerung und nimmt damit vorweg, was die bedeutendste oppositionelle Gruppierung in der DDR, die Demokratiebewegung *Neues Forum* sein will, zu deren Initiatoren die Autoren Bärbel Bohley, Rolf Heinrich und Katja Havemann gehören. Ihre Stellungnahmen und die Aussagen der interviewten DDR-Bürger fügen sich zu einem Dokument zusammen, das an Konkretheit, Offenheit, Glaubwürdigkeit und Informationsdichte kaum zu übertreffen ist. Als die Botschaft von Menschen, die um der Zukunft ihres Gemeinwesens willen die Sprachlosigkeit und das Verschweigen verweigert haben, ist dies Buch eines der bewegendsten Zeugnisse der deutschen Zeitgeschichte.“

Bärbel Bohley verfaßte das Vorwort dieses Buches und schreibt u.a.: „Ich möchte genausowenig Bürger eines Staates sein, der asylbeantragende Kurden in den Tod springen läßt, wie ich Bürger eines Staates sein möchte, der seine Bürger entmündigt und einsperrt . . . Dieses Heft soll wie ein Zuruf sein: Entlaßt euch endlich selbst in die Mündigkeit. Ihr seid alt genug. Es lohnt sich nicht zu schweigen. Nichts, kein Kompromiß wegen eines Passes oder der eigenen Ruhe, wegen eines Berufes, nicht des eigenen und nicht dem des Kindes, lohnt das Schweigen, denn vom Arbeiter bis zum Arzt fühlt sich niemand in dieser Gesellschaft wohl.“

Die Lektüre des Buches lohnt insofern, da in den Aussagen vieler Interviewter zum einen die Kritik an der völligen Verschmelzung von Partei und Staat zum Ausdruck kommt und andererseits die Einmischungen und Infiltrationen der westlichen Staaten — vor allem der BRD — strikt abgelehnt werden. So auch die Ablehnung gegenüber jedem „Wiedervereinigungs-Streben“ bzw. einer Vereinnahmung durch das imperia-

listische Westdeutschland. Anregungen und Vorstellungen, wie denn eine neue DDR aussehen könnte, nehmen in den Beiträgen großen Raum ein. Die Kritik an der Führungsrolle der SED macht sich wesentlich an Versäumnissen und Fehlentwicklungen in wirtschaftlichen und reproduktiven Bereichen fest. Lösungsmöglichkeiten werden nicht — wie schnell zu vermuten wäre — in einer kapitalistisch oder marktorientierten Gesellschaft gesucht. Vielmehr bauen die Beiträge der DDR-Bürger auf einen zu erneuernden Sozialismus. Was in dem Buch weiterhin Interesse erzeugt, ist die erfrischende Absage vieler Interviewter an westliche Konsum- und Glitzerstandards — an Kaufkraftüberschüsse, die kein Mensch aus eigener Arbeit erwirtschaften kann. Außerdem kommen natürlich auch Menschen zu Wort, die den Sozialismus aufheben wollen, die eine sogenannte pluralistische Demokratie



Privatbesitz soll in der DDR wieder salonfähig gemacht werden. Bild: Gaststätte.

anstreben. Es sind Minderheiten-Meinungen von Ärzten, Wissenschaftlern und anscheinend überzeugten Christen. In einem Schlußwort schreibt Walter Benjamin: „Die Konstruktion des Lebens liegt im Augenblick weit mehr in der Gewalt von Fakten als von Überzeugungen. Und zwar von solchen Fakten, wie sie zur Grundlage von Überzeugungen fast nie und nirgend geworden sind . . . Nur diese prompte Sprache zeigt sich im Augenblick wirkend gewachsen. Meinungen sind für den Riesenapparat des gesellschaftlichen Lebens, was Öl für Maschinen; man stellt sich nicht vor eine Turbine und übergießt sie mit Maschinenöl. Man spritzt ein wenig davon in verborgene Nieten und Fugen, die man kennen muß.“

Der Aufruf zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse bekam durch dieses Buch keine neue Dynamik. Die Autoren verschweigen, daß es innerhalb der SED schon seit Jahren Reformvorstellungen gab. — (mal)

„Kommunen wie einen Konzern organisieren und steuern“

Diese Forderung stellte Prof. Gerhard Banner von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) auf. Seine konkreten Vorstellungen trug er auf dem Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik im Oktober 1989 vor, das unter dem Titel lief „Steuern wir unsere Städte richtig?“ Das Mitteilungsblatt dieses Instituts faßt seine Ausführungen so zusammen:

„— Aus den einzelnen Fachbereichen werden ‚Betriebe‘, die im Rahmen ihres Budgets weitgehend autonom über Produktionsprozesse und Ressourceneinsatz disponieren und ihre ‚Produkte‘ entsprechend der jeweiligen Nachfrage selbst verantworten.

— Einem kleinen, beim Verwaltungschef angesiedelten ‚Steuerungsdienst‘ obliegt die Unterstützung der Steuerungspolitik wie der ‚Betriebe‘, die Rahmensetzung und Koordinierung sowie die Kontrolle.

— Zwischen den ‚Betrieben‘ und dem ‚Steuerungsdienst‘ wird ein ständiges Gespräch über Produkte, Produktgestaltung und Ressourcen organisiert (Controlling).“

In der Vergangenheit war die KGSt recht erfolgreich bei der Umsetzung ihrer Vorschläge. Auf der Grundlage ihrer Modelle wurden sämtliche Kommunalverwaltungen durchrationalisiert und der Angriff auf freiwillige kommunale Leistungen organisiert. Die heutigen Vorschläge aber gehen den Kommunalwissenschaftlern und Verwaltungsleuten doch zu weit. Das Difu-Blatt berichtet über die Diskussion:

„Dieses Modell ist offenbar zu radikal, als daß es alle Seminarteilnehmer akzeptieren könnten. Sowohl die Richtigkeit des Gesamtansatzes als auch die Funktionsfähigkeit des Modells wurden bezweifelt. Die Kommunalverwaltung könne nicht als Konzern definiert werden. Sie folge grundlegend anderen Zielvorstellungen und Prinzipien und erstelle völlig andersartige und weit differenziertere ‚Produkte‘ als die gewerbliche Wirtschaft. Außerdem könne eine so weitgehende Dezentralisierung der Kommunalverwaltung deren Einheit gefährden, und der Rat würde auch bei einem solchen Modell seiner Neigung, sich in Einzelfallentscheidungen einzuschalten, wohl kaum völlig abschwören. Gefragt wurde auch, wie man sich überhaupt an einem Vorbild orientieren könne, das — wie die Verwaltung von Konzernen zeigt — kaum weniger Bürokratie produziere als die öffentliche Verwaltung.“

Aus diesem Bericht wird deutlich, auf welche Angriffe sich kommunale Gruppen einstellen müssen. Die bisherige Verpflichtung der Gemeinden, eine Daseinsvorsorge im Interesse aller Einwohner durchzuführen, würde aufgehoben und unsozialen Prinzipien zum Durchbruch verholfen, wenn die Versorgung

nach Maßstäben des kapitalistischen Produktionsprozesses abliefe. Die derzeit noch bestehenden Möglichkeiten der öffentlichen Auseinandersetzung um kommunale Versorgungsansprüche würden durch die Einrichtung abgeschotteter „Steuerungspolitiker“ beseitigt. Die Aufrechterhaltung der Kritik an diesen Plänen wird von der Entwicklung linker kommunaler Politik abhängen.

Berichte 4/89, Deutsches Institut für Urbanistik, Straße des 17. Juni 110, Berlin 12 — (baf)

Arbeitszeitregelung zur Eigenständigkeit von Frauen

Das Ziel der hier besprochenen Arbeit von Birgit Meiners „Gesellschaftlich unsichtbar: Frauen von Schichtarbeitern“ hat zum Ziel, gegen die Absichten der Bundesregierung die Flexibilisierung noch weiter zu treiben, Einhaltungspunkte zu geben. Durch die Aufhellung der Lage der Frauen/Partnerinnen von Schichtarbeitern werden nützliche Argumente geliefert für die Forderung: „Gegen Festschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitszeit!“ An die Gewerkschaften gerichtet: „(sie) müssen aber endlich aufhören, alle Zeit in ‚Arbeitszeit‘ und ‚Freizeit‘ aufzuteilen“ und die notwendige Reproduktionsarbeit nicht zu berücksichtigen.

Bei dem ausdrücklich gewählten Ansatz, das Leben der Partnerinnen von Schichtarbeitern unter dem Vorzeichen der eigenständigen Lebenserwartungen und nicht als reines Anhängsel ihrer Männer zu untersuchen, mußte B. Meiners neues Material erstellen, konnte auf nichts zurückgreifen. Durch Interviews mit 23 Frauen von Schichtarbeitern — 10 erwerbstätigen, 10 nicht-erwerbstätigen und 3 geschiedenen, ehemals mit Schichtarbeitern zusammenlebenden Frauen — wurde das Material erstellt. Sie waren zwischen 20 und 51 Jahre alt, 7 hatten keine Berufsbildung, 14 eine abgeschlossene Lehre, einige das Abitur. Die konkreten Fragen zur Alltagsbewältigung betreffen das Wohnen, die Mahlzeiten, die Hausarbeit und Kinderbetreuung, die Freizeit mit und ohne Partner, schließlich die Beziehung und Fragen nach möglichen individuellen oder kollektiven Veränderungen. Größter gemeinsamer Nenner ist: Der Wunsch nach einem überschaubareren Familienleben, keine Wochenendarbeit. Dann beginnt bereits die unterschiedlich empfundene Situation. Die bewußten Frauen (alle berufstätig) versuchen die schwierige Lebenssituation mit ihren Familienmitgliedern zu meistern, haben eigene Interessen, sagen aber nicht glatt NEIN zur Schichtarbeit wegen der häuslichen Reproduktion, die bei einem viel zu langen Normalarbeitstag keine Besserung verspricht. Kollektive Verbesserungen werden erwünscht. Die überzeugten Hausfrauen sind isoliert und orientierungslos.

WSI Mitteilungen II/1989 — (tis)

IGM Gewerkschaftstag, Teil 2

Kaum Kritik an Konzernen noch an DDR-Einverleibung

Auf der Fortsetzung des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall am 20. und 21.11. überraschte der Hamburger Bezirk wohl mit Zustimmung des Vorstands die Delegierten mit unten abgedruckter Resolution „zur Entwicklung in der DDR“. Sie wurde einstimmig verabschiedet und liegt völlig auf der Linie der übrigen Entschlüsse dieses Kongresses, in denen man Kritik an den Verhältnissen hier ebenso mit Lupe suchen muß wie Kritik der Konzern- und Regierungstätigkeit. In der Debatte um die Resolution hatte der 1. Vorsitzende Steinkühler geäußert, es ginge darum, den Menschen in der DDR „ohne Auflagen und ohne Vorbedingungen“ zu helfen und vorgeschlagen, die Regierungen „Europas“ sollten eine Art Marshallplan für Osteuropa auflegen. Schließlich gar brachte er einen „gemeinsamen Nationalfeiertag“, den 8. Mai, ins Gespräch. Der 2. Vorsitzende Zwickel, voll „uneingeschränkter Freude“, gab als Ziel die Änderung der Nachkriegsordnung ohne Änderung der bestehenden Grenzen vor. Hätte die Resolution Stellung genommen gegen die DDR-Einverleibungspolitik der BRD und die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gefordert, könnte man die Vorstandsreden noch irgendwie hinnehmen. Sie tut es nicht und es bleibt der Verdacht des Versuchs der Beteiligung und Einmischung in die Politik gegen die DDR seitens der IGM, zumindest gegenüber dem FDGB. Die umseitig abgedruckte Karrikatur aus der Funktionszeitschrift sowie Beschlüsse untergeordneter Körperschaften der IG Metall lassen hoffen, daß mit dieser

Resolution die gewerkschaftliche Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Ein Weiterführung ist vielmehr dringend erforderlich, um den Kräften eine Absage zu erteilen, die die IGM zu einem Ordnungsfaktor im „zukünftigen Europa“ machen wollen.

Ein weiterer Höhepunkt des zweiten Teils des Gewerkschaftstages war ein Zusatzantrag zur Entschlußung 22, politischer Extremismus, der die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft bei den „Republikanern“ und bei der IGM feststellte. Nach der Aussage derselben Entschlußung, daß den „Republikanern“ mit Verboten allein nicht beizukommen sei und nach der Beerdigung eines Antrags als „Material zur E 22“, der verlangt hatte, die „Republikaner“ in die Reihe der nach Art. 139 GG zu verbietenden Organisationen aufzunehmen, hat sich so die IGM eine Möglichkeit der öffentlichen Debatte über die Programmatik der REP und über Ursachen und Betreiber von Faschismus selbst genommen.

Quellenhinweis: Der Gewerkschafter. 12/89: Delegiertenmaterial — (has)

★

Resolution zur Entwicklung in der DDR

Wir sind Zeugen des wohl tiefsten Einschnitts in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die bisherige, auf Unfreiheit und Bevormundung, auf Zwang und die Mißachtung elementarer Menschenrechte begründete Ordnung in der DDR ist durch den geschlossenen, gewaltfreien Widerstand der Bevölkerung weitgehend zum Einsturz gebracht worden. Zu welcher neuen Ordnung diese Entwicklung



Möchtegernordnungspolitiker der Nachkriegsordnung. v. l.: Steinkühler, Zwickel, Kemmeth auf dem 16. IGM Gewerkschaftstag.

(für die die Reisefreiheit für DDR-Bürger nur ein erstes Symptom ist) führen wird, ist gegenwärtig kaum absehbar.

Der 16. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall wendet sich gegen die zahlreichen Versuche, vor allem von konservativer Seite, den Bürgern der DDR von außen Vorstellungen für ihr politisches und wirtschaftliches System aufdrängen zu wollen oder gar mit ökonomischem Druck durchsetzen zu wollen.

Gleichzeitig verbinden die Delegierten mit der Demokratiebewegung in der DDR Hoffnungen und Erwartungen. Diese sind auch für die Verhältnisse bei uns und in Europa von Bedeutung.

Wir erwarten entscheidend verbesserte Voraussetzungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung in Mitteleuropa. Dies könnte endlich zu einer deutlichen Reduzierung der Waffenpotentiale und zum Verzicht auf neue Rüstungsprogramme führen, wie es von den Gewerk-

entwickeln. Unsere Unterstützung für den Fortschritt in der DDR ist dann am stärksten, wenn auch bei uns eine Bewegung für sozialen Fortschritt in Europa entsteht.

Wir fordern eine Stärkung des Prinzips der freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, einschließlich des Streikrechts. Wer in der DDR dieses kollektive Grundrecht einfordert, der kann die offene und schleichende Einschränkung dieses Rechts bei uns nicht billigen.

Die nach dem Industrieprinzip organisierte Einheitsgewerkschaft ist kein „Weltmodell“. Aber wir werden unsere Erfahrungen und unsere Vorstellungen dort zur Verfügung stellen, wo sie von Nutzen sein können.

Denjenigen Bürgern der DDR, die sich entschließen, in der Bundesrepublik zu bleiben, bieten wir die Hilfe und den Schutz unserer gewerkschaftlichen Organisation. Die Entwicklung in der DDR

und Gewalt, aus welcher politischen Richtung sie auch immer kommen mögen, entschieden ablehnt. 1989, fünfzig Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges durch den deutschen Überfall auf Polen, ist es erneut erforderlich, die Stimme zu erheben gegen antidemokratische, nationalistische Töne, wie sie immer häufiger zu hören sind, gegen Ausländerhaß und Antisemitismus.

Noch immer herrschen in der industriell hochentwickelten und wohlhabenden Bundesrepublik Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau, gibt es Wohnungsnot und Verarmung ganzer Bevölkerungsgruppen, leben viele ältere Menschen isoliert für sich allein, sehen zahlreiche Jugendliche skeptisch, ja pessimistisch in die Zukunft. Politische Perspektivlosigkeit und individuelle Zukunftsängste angesichts unbewältigter gesellschaftlicher Probleme sind der Boden, auf dem ausländerfeindliche und antidemokratische Gesinnung gedeiht. Rechtsradikale Parteien profitieren von dieser Grundstimmung und dem unzureichenden Umgang der Politik mit den zugrundeliegenden Problemen.

Vor allem die Republikaner konnten sich als Partei auch bundesweit — bei deutlichen regionalen Schwerpunkten — etablieren. Gerade dieser Partei, die sich in ihrem Programm selbst als „neue, unabhängige konservativ-liberale Volkspartei“ bezeichnet und angeblich einen „geläuterten Patriotismus“ vertritt, ist weder mit Abgrenzung und Protesten allein, noch mit Verboten beizukommen. Vielmehr muß alles getan werden, um durch glaubwürdige Politik und politische Überzeugungsarbeit diesen Kräften den Boden zu entziehen. Dies erfordert vor allem Aufklärung über die trotz aller Bemäntelungsversuche zutiefst undemokratische und antigewerkschaftliche Gesinnung unter den führenden Kräften der „Republikaner“, die besonders deutlich wird in ihrer Haltung gegenüber Ausländern, zu den Aufgaben der Medien und zu den Rechten und Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften in der Gesellschaft. Gesinnung und Haltung der „Republikaner“ lassen sich mit den gewerkschaftlichen Grundvorstellungen in keinem Punkt in Übereinstimmung bringen.

Die Delegierten des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages erklären die Partei „Die Republikaner“ zur gegnerischen Organisation und stellen die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der IG Metall mit der Zugehörigkeit zur Partei „Die Republikaner“ fest.

Mißstände einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft und Fehlleistungen konservativer Politik haben zur Zerstörung der ersten deutschen Republik geführt. Die IG Metall wird im Bündnis mit allen demokratischen Organisationen alles tun, um den Bestand der zweiten Republik auf deutschem Boden zu sichern und ihre Weiterentwicklung zu fördern ...



Aus: Der Gewerkschafter 12/89

schaften seit Jahren gefordert wird.

Die IG Metall will mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften, mit gesellschaftlichen Gruppen und Parteien über Vorstellungen und Erfahrungen im Bereich der Umstellung von Rüstungsproduktion auf sozial sinnvolle Produkte diskutieren.

Wir erhoffen von der Entwicklung in der DDR eine Stärkung des Gedankens der gesellschaftlichen Demokratie. Der Kampf der Menschen in der DDR für eine neue Wirtschaftsordnung, für Meinungsfreiheit und umfassende Mitbestimmung auf allen Ebenen hat auch für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in Europa erstrangige Bedeutung. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie in der DDR muß von uns unterstützt und gleichzeitig bei uns und in Europa der Verwirklichung näher gebracht werden.

Die IG Metall will ihre Erfahrungen einbringen. Sie will gleichzeitig lernen und ihre eigenen Vorstellungen weiter-

wollen wir überall dort begleiten und unterstützen, wo sie zu mehr sozialer Demokratie und zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer beiträgt.

Die Delegierten des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen die Bewegung, die die Menschen in der DDR in die starren Fronten der alten Politik gebracht haben. Diese Bewegung muß auch auf weitere Länder übergreifen. Kleinmütige Ängste vor Änderungen des Bestehenden, Hoffnungen der Konservativen auf sozialen Rückschritt, wollen wir durch Verstärkung der Kontakte mit Kollegen der DDR und anderen osteuropäischen Ländern, durch Verstärkung der Information unserer Mitglieder und verstärkte Propagierung der gemeinsamen Ziele, beugen.

Entschließung 22: Politischer Extremismus

Die IG Metall hat nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie Extremismus, Terror

CDU hetzt gegen Autonome Faschisten helfen nach

Göttingen. CDU, FDP, Polizeiführung und lokale Presse versuchen die Diskussionen um die Demonstration vom 25.11. zu benutzen, das Polizeiverhalten zu rechtfertigen und massiv gegen Autonome und Linke mobil zu machen. Dabei werden Tatsachen unterdrückt oder umgelogen. In aufgeputschter Stimmung verstärken FAP-Faschisten ihren Terror. Ein Unbekannter stach einen Demonstrationsteilnehmer auf dem Nachhauseweg schon am 25.11. mit zwei Messerstichen lebensgefährlich nieder, 80 Faschisten zogen am 9.12. mit „Ausländer- raus“-Rufen und einem Transparent „Deutsche macht euch frei — schlägt das Juzi zu Brei“ durch die Fußgängerzone und griffen mit Steinen, Flaschen und Signalmunition das Juzi an, ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. 400 demonstrierten sofort dagegen. Bei einer Gerichtsverhandlung haben Faschisten mit Gasrevolvern und Signalmunition auf Autonome geschossen. Ein antifaschistischer Kreis hat sich gebildet, an dem Volksfront, Falken, DKP, VVN, Sozialdemokraten, Fachschaftsräteversammlung der Uni, SHB, Grüne, KB u.a. teilnehmen. — (kek)

REP geben Volksentscheid gegen Wahlrecht auf

Westberlin. Die „Republikaner“ haben ihren Versuch, die Einführung des Einwohnerwahlrechts durch die SPD/AL-Koalition mit einem Volksentscheid zu verhindern, aufgegeben. Nach ca. fünf Wochen wollten sie 25000 Unterschriften gesammelt haben (80000 wären in der ersten Phase nötig gewesen), nach drei Wochen sollten es 13000 gewesen sein. Die Parteikrise in Westberlin dürfte damit verstärkt werden. Seitdem der abgesetzte Parteivorsitzende Andres die Partei verlassen hat und eine eigene Partei (DDD) gegründet hat, ist ein Landesparteitag nicht zustande gekommen. Den vom provisorischen Vorsitzenden Straube einberufenen Parteitag hat die Clique um Pagel wegen formeller Mängel verhindert, umgekehrt hat Straube den von Pagel initiierten Parteitag nicht stattfinden lassen. Nach dem Austritt des Abgeordneten Rieger ist die Fraktion nun von 11 auf 8 Mitglieder geschrumpft. In der Haushaltsdebatte haben sich nur die REP-Abgeordneten die Peinlichkeiten von Pagel über ein moderneres Berlin angehört, alle anderen Fraktionen haben aus Protest den Saal verlassen. Das mit 70000 Auflage im Oktober erschienene Parteiblatt scheint ziemlich vollständig remittiert zu sein, im November ist es nicht herausgekommen, im Dezember bislang auch nicht. Die Ankündigung von Pagel, im neuen Jahr den Senat mit einem Volksentscheid, diesmal zur Deutschlandpolitik, zu stürzen, scheint wenig aussichtsreich. — (chk)



„KFH — Repfreie Zone“ stand auf Transparenten, mit denen rund 200 Studenten und Lehrkräfte der Katholischen Fachhochschule in Köln gegen das Auftreten der Republikaner protestierten. Sie blockierten die Eingänge und verhinderten die Werbung für das Programm der Republikaner. Politikprofessor Wiesner hielt an seiner Einladung fest, auch nachdem sich Rektor Baltes davon distanziert hatte. — (anl)

Atomtransporte nach La Hague

Norderstedt. Per Bahn werden z.Z. fast jeden Montag CASTOR-Behälter mit hochradioaktiven Abfällen aus dem AKW-Krümmel bei Hamburg zur Wiederaufbereitungsanlage La Hague in der Normandie (Frankreich) gebracht. Dienstags erreichen diese Transporte den Güterbahnhof Köln-Gremberg. Von Köln aus geht die Route weiter nach Koblenz, Wittlich, Trier und bei Perl/Apach über die Grenze. Der „Arbeitskreis gegen Atomanlagen“ informiert die Öffentlichkeit regelmäßig über geplante Aktionen. AKW-Gegner haben sich in den vergangenen Wochen bereits mehrfach darangemacht, diese gefährlichen Transporte zu blockieren. Entsprechend schlaue Versuche der Betreiber der AKWs Termine zu ändern. Zu ihrer Unterstützung hat die Umweltbehörde jetzt ein Faltblatt über „Kernbrennstofftransporte durch Hamburg“ herausgebracht, um endlich „grundlegend“ alle Fragen zu beantworten. — (hel)

VVN/BdA als gemeinnützig wieder anerkannt

Stuttgart. Auf Betreiben des Finanzamtes war der VVN/Bund der Antifaschisten 1985 die Gemeinnützigkeit aberkannt worden. Beanstandet wurde vor allem das Eintreten gegen Berufsverbote, Raketensstationierung und die Strauß-Kandidatur 1980. Das Finanzgericht Baden-Württemberg hat jetzt der Klage der VVN rechtgegeben, wobei allerdings der von den Finanzbehörden konstruierte Widerspruch zwischen „politischer“ und „gemeinnütziger“ Zielverfolgung weitgehend aufrechterhalten wird. In der Presseerklärung der VVN heißt es: „Dies ist ein wichtiger Erfolg gegenüber

den Finanzbehörden und der Landesregierung bei deren Versuch, die VVN-BdA mundtot zu machen ... Die VVN-BdA fühlt sich bestätigt in ihrem Engagement gegen alle Neonazis und Rechtsextremisten. Sie wird sich in diesem Kampf von niemandem abschrecken lassen.“ — (evc)

Flüchtlinge schneller ab- schieben: Erste ZAST in NRW

Düsseldorf. Die erste „Zentrale Anlaufstelle“ (ZAST) für Flüchtlinge in NRW wird in Düsseldorf für den gesamten Regierungsbezirk ab 1.1.90 auf Betreiben von NRW-Innenminister Schnoor (SPD) eingerichtet. Flüchtlinge aus Jugoslawien, Polen und der Türkei müssen Asyl- und Asylfolgeanträge dort stellen. Die angestrebte Verkürzung des Asylverfahrens wird, auch wenn Schnoor dies abstreitet, dazu führen, daß die Antragsteller ihre Rechte nicht umfassend wahrnehmen können. Eine Lagerunterbringung ist zunächst nicht geplant, allerdings rechnet das Innenministerium damit, daß Düsseldorf verstärkt Flüchtlinge aus den o.g. Ländern aufnehmen muß. Deshalb werden der Stadt seit November 1989 keine Flüchtlinge mehr zugewiesen. Bei abgelehnten Antragstellern soll schneller über Abschiebung oder Bleiberecht entschieden werden. Die Oberstadtdirektoren der neun größten NRW-Städte setzten jetzt nach und fordern Schnoor auf, den Abschiebestopp für „Defacto-Flüchtlinge“ bei „Mißbrauch“ des Asylrechtes aufzuweichen. Ihre chauvinistische Argumentation: Wegen des gestiegenen Zuzugs von „Deutschen“ sei kein Platz mehr da für Flüchtlinge aus anderen Ländern. In Düsseldorf organisiert sich der Widerstand, so wurde während einer Veranstaltung ein Vertreter des Innenministeriums heftig angegriffen. — (syb)

Gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus, Deutschtümelei

Lebendige Demonstration gegen REP im Gemeinderat

Freiburg. Knapp 2000 Menschen beteiligten sich am 5.12. an einer Demonstration und Kundgebung gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus und Deutschtümelei anlässlich der ersten Sitzung des neuen Gemeinderats, in dem drei „Republikaner“ sitzen. Über 30 Gruppen und einzelne Stadträte der Grünen hatten zu der Demonstration aufgerufen (u.a. ADW, Antifagruppe, Antifa-Koordination, Bezirksschülerrat, BWK, DKP, die Grünen, Infoladen Subito, Jungdemokraten, Jungsozialisten, Linke Liste, MLPD, u-AStA VVN/BdA, Volksfront, Punks gegen Langeweile, Kuhle Wampe, Stadtteilinitiative Stühlinger sowie die Gemeinderätinnen Krebs, Federer, Meyer und Guzzoni).

In dem gemeinsamen Aufruf, der in einer Auflage von über 10000 u.a. auch

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Wir wenden uns gegen den staatlichen Rassismus einer Regierungspolitik, die Übersiedler gegenüber AsylbewerberInnen bevorzugt behandelt.

Wir fordern vom Gemeinderat eine offensive Aufklärungspolitik über die REP. Wir fordern die Unterstützung derjenigen, die bereits eine aktive antifaschistische Politik betreiben.

Wir wenden uns gegen die Haltung der Universität, die faschistische Tendenzen dadurch unterstützt, daß sie rechtsextreme Profs beruft bzw. Räume an den nationalistischen „Arbeitskreis Studierender Reservisten“ vergibt.

Wir fordern die Stadt auf, sich aktiv auf Landesebene für das AusländerInnenwahlrecht als praktische Umsetzung der Gleichberechtigungsforderung einzusetzen.



Viele Jugendliche beteiligten sich an der Demonstration: „Keine Faschisten an unserer Schule!“

an Schulen verteilt worden war, heißt es u.a.: „Die ‚Republikaner‘ werden versuchen, den Gemeinderat als Forum ihrer rassistischen, menschenverachtenden, faschistischen und deutschnationalen Politik zu nutzen ... Die Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien beflügeln militaristische und gewalttätige Gruppierungen aus der rechtsextremen Szene: Gewalttätige Übergriffe auf AusländerInnen und AntifaschistInnen nehmen zu ... Die Diskussion um die Wiedervereinigung und die polnische Westgrenze fördert Deutschtümelei und Nationalismus. Aber auch eine menschenverachtende Asylpolitik und die Unterscheidung von deutschen und anderen Flüchtlingen fördern

zen.

Antifaschismus richtet sich gegen jede Art von Diskriminierung und Unterdrückung ... Wir rufen auf, den Faschismus in Betrieben, Schulen, Universitäten, Parlamenten und auf der Straße aktiv zu bekämpfen.

Wir setzen gegen Rassismus, Sexismus und Nationalismus die Freiheit und Gleichheit und die internationale Solidarität aller Menschen.“

Erfreulich war, daß an der Demonstration sehr viele Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Die Jungdemokraten wiesen in einem Redebeitrag auf zunehmende faschistische Tendenzen an den Schulen hin: „Deutschnationalen Stimmungen

wird durch die Gestaltung der Lehrpläne Vorschub geleistet ... In der Unterrichtseinheit Jugendliche und Arbeitswelt wird auf Vorstellungen von Betriebsgemeinschaften zurückgegriffen, eigene Interessen der Lohnabhängigen werden nicht anerkannt. Gewerkschaften tauchen nicht einmal in einem Nebensatz auf.“ Weitere Redebeiträge kamen von Autonomen und VVN; Jusos und Volksfront wiesen in einem gemeinsamen Beitrag auf die gewerkschafts- und arbeiterfeindlichen Positionen der Faschisten hin.

Die IG Medien verfaßte eine Grußadresse an die Kundgebung, in der u.a. von der Stadtverwaltung erwartet wird, „alles zu tun, um ein weiteres Anwachsen des Faschismus zu verhindern. Am Raumverbot für rechtsradikale und faschistische Gruppen muß festgehalten werden.“ Weniger erfreulich: Der DGB und die SPD schwiegen.

Etliche Flugblätter, Beiträge und Transparente richteten sich gegen großdeutschen Chauvinismus. Auf Transparenten war u.a. zu lesen: „Nie wieder Großdeutschland! Nie wieder Faschismus und Krieg!“ und „Nie wieder Deutschland!“

Die Badische Zeitung verbreitete über die Demonstration bewußt Falschmeldungen: „Rund 1200 Demonstrations Teilnehmer folgten dem Aufruf der ‚Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg‘ zu einer Kundgebung“, hieß es. Die BZ verweigerte den Abdruck einer Gegendarstellung.

Auf einem Treffen im Januar soll jetzt über Möglichkeiten und Ziele einer antifaschistischen Koordination auf Stadtebene diskutiert werden. — (ulb)

Fuba

Widerstand gegen Expansionismus

Hildesheim. Der unaufhörliche Expansionsboom trifft bei Fuba auf immer mehr Widerstand. Seit einem Jahr ist die Firma Hoesch am Unternehmen Hans Kolbe & Co. (Fuba) mit über 30 Prozent beteiligt. Die Beschäftigtenzahlen liegen wieder im Bereich der frühen 70er Jahre — auch damals umfaßte die Belegschaft etwa 3000 Menschen.

Die extreme Ausdehnung der Zeitverträge, der Schichtarbeit und die Zunahme der Wochenendarbeit (s.a. Politische Berichte 13/89) treffen auf ständig wachsenden Unmut und Widerstand. Die Verhandlungsbasis des Betriebsrates ist nicht schlecht, die Unterstützung durch die Beschäftigten nimmt zu. So konnte kürzlich die einmalige Sonderzahlung von einheitlich 750 DM für alle Belegschaftsmitglieder, die mindestens seit drei Monaten dem Betrieb angehören, gegen eine stark blockende Geschäftsführung ausgehandelt werden (s.a. Politische Berichte 25/89).

In verschiedenen Abteilungen, die einen hohen Anteil von Facharbeitern aufweisen, nehmen die Überstunden rapide ab. So im Werkzeug- und Musterbau, in den Prüfungsabteilungen, in der Entwicklung und in der Konstruktion. Die Geschäftsführung versucht über die Vorgesetzten, Druck gegen diese Entwicklung auszuüben. Doch bislang erzeugte der nicht den erwarteten Erfolg. Ganz im Gegenteil. Der Betriebsrat hat von etwa 10000 beantragten Überstunden im letzten Quartal nur 4000 zugestimmt. Die Geschäftsleitung nahm dies nach längeren Verhandlungen dann doch in Kauf. Von den genehmigten Überstunden wiederum wurden nur 2800 bislang auch abgeleistet.

Vor allem in den Montagebereichen, in denen der Anteil der mit Zeitverträgen beschäftigten Frauen überproportional hoch ist, sind die meisten Überstunden (ca. 2000) durchgeführt worden. Der Betriebsrat ringt in den Verhandlungen mit der Geschäftsleitung um die Umwandlung der Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverträge. Bisher sind von den 500 im letzten halben Jahr mit Zeitverträgen eingestellten Beschäftigten (450 davon Frauen) nur 100 „unbefristet“ übernommen worden. Darunter auch nur 50 Frauen.

Der Betriebsrat hat anklingen lassen, daß er der für 1990 erwarteten erneuten Ausdehnung der Überstunden teilweise zustimmen werde, wenn keine weiteren befristeten Arbeitsverträge mehr abgeschlossen werden. Außerdem müßten die bestehenden Zeitverträge in unbefristete Arbeitsverhältnisse geändert werden. — (mal)

Tiefdruckerei maul-belser: Längste Maschinen- laufzeit erpreßt

Nürnberg. Von der Geschäftsleitung der Tiefdruckerei maul-belser in Nürnberg wurde vor kurzem für die im Sommer 1990 beginnende „Spiegel“-Produktion ein neues tarifwidriges Vier-Schicht-Modell für ca. 300 Beschäftigte erzwungen, „das als das schlechteste uns bekannte Vier-Schicht-Modell in der Druckindustrie europaweit bezeichnet werden muß“ (aus Kontrapunkt der IG Medien, 20. Nov. 1989). Diese Tiefdruckerei ist mit 1500 Beschäftigten eine der zehn größten Druckereien der BRD und gehört zum Bertelsmannkonzern. Zur Vorgeschichte: Bis jetzt wird der „Spiegel“ noch vom Springerkonzern in Ahrensburg mit 120 Betriebsnutzungsstunden pro Woche von dienstags bis samstags gedruckt. Ab 1. Juli 1990 wird der „Spiegel“ von der Bertelsmann-Tiefdruckerei Gruner + Jahr in Itzehoe technisch hergestellt und zu zwei Dritteln gedruckt. Ein zweiter Druckort ist maul-belser für Süddeutschland.

Die Arbeitszeit bei maul-belser an den zwei „Spiegel“-Rotationsmaschinen wurde als normale Drei-Schicht-Arbeit von Dienstag bis Samstag vereinbart. Eine zweite Vereinbarung regelt, daß „freiwillig“ auch am Montag gearbeitet wird. Nach jeweils drei Wochen werden diese „vorgeholten“ Arbeitstage in der vierten Woche von Dienstag bis Donnerstag abgefeiert. Eine komplette freie Woche ergibt sich jeweils durch zwei weitere freie Tage aufgrund von Arbeitszeitverkürzung. Dies führt im Ergebnis zu drei Wochen Arbeit an jeweils sechs Tagen und einer anschließenden freien Woche. Es muß an 39 Samstagen gearbeitet werden. Die Maschinenlaufzeit beträgt 144 Stunden pro Woche.

Die Mitglieder der IG Medien im Betriebsrat kamen im Laufe der Auseinandersetzung in die Minderheit. Die Mehrheit des BR stimmte dieser tarifvertragswidrigen Betriebsvereinbarung zu. Tarifvertragswidrig ist, daß die Beschäftigten, die von Dienstag bis Samstag dreischichtig arbeiten auch den Montag derselben Woche arbeiten. Nach MTV muß der Sonntag und Montag der jeweiligen Woche, an der am Samstag gearbeitet wird, arbeitsfrei sein. Aus dem Betrieb hat sich bisher kein Beschäftigter für eine Klage bereitgefunden. Damit gibt es einen zweiten großen Tiefdruckbetrieb in der BRD, der eine tarifvertragswidrige Betriebsvereinbarung seit Abschluß des neuen MTV im März 1989 mit dem Betriebsrat vereinbart hat. Die Tiefdruckerei Burda in Offenburg war die erste und hat damit 139 Betriebsnutzungsstunden pro Woche erreicht.

Nach einem neuen Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist es nicht zulässig, daß eine Gewerkschaft den Betrieb verklagen darf, der die Tarifbestimmungen nicht einhält, obwohl er im Verband ist. Nur der Unternehmerverband darf Maßnahmen treffen, um den Betrieb wieder zur Einhaltung des Tarifs zu bringen. Der Bundesverband Druck unternimmt aber weder gegen Burda noch gegen maul-belser etwas. — (nir)

Antifaschismus

250 Leute auf Antifa-Konferenz

Hamburg. Die Abschlusserklärung der von der Antifaschistischen Koordination organisierten Konferenz hat folgenden Wortlaut: „Am 2./3. Dezember 1989 hat mit 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Antifaschistische Arbeitskonferenz stattgefunden. Das ist ein wichtiger Schritt für die Entwicklung der Zusammenarbeit der Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hamburg. In 20 Arbeitsgruppen haben Diskussionen über Fragestellungen und Aufgaben stattgefunden, die für die Stärkung des antifaschistischen Widerstandes von Be-

deutung sind. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in Protokollen festgehalten. In allen Arbeitsgruppen hat es Diskussionen gegeben, die zum Ergebnis haben, daß Fragestellungen und Kontroversen klarer geworden sind, die die Hamburger Antifaschistinnen und Antifaschisten jetzt weiter gemeinsam bearbeiten und klären müssen (siehe Protokolle der AGs). Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Konferenz begrüßen die bisherige Arbeit der Antifaschistischen Koordination und wünschen die Weiterführung ihrer regelmäßigen Arbeitstreffen. Sie sprechen sich dafür aus, Mitte nächsten Jahres eine weitere Tagung durchzuführen, um die Zusammenarbeit der zahlreichen Kräfte im antifaschistischen Widerstand in Hamburg zu entwickeln.“ Auffällig war die Teilnahme von vielen jüngeren Leuten. Sie kamen häufig nicht aus den Reihen einer der an der Vorbereitung beteiligten Organisationen. Die Zusammenarbeit verschiedener organisierter Strömungen im antifaschistischen Kampf bewirkt also auch die Zusammenführung und Sammlung vieler Antifaschistinnen und Antifaschisten. Zum Teil waren in den Arbeitsgruppen bis zu 50 Leute. Neben kontroversen Standpunkten sind auch Gemeinsamkeiten in dem, was man verurteilt, und dem, was man will, vorhanden. Dafür nur einige Beispiele aus den Protokollen: — Die REP wurden eindeutig als faschistische Partei kritisiert, u.a. wegen ihres Nationalismus und ihrer Gewerkschaftsfeindlichkeit. — Rassismus wurde als grundlegender Bestandteil bürgerlicher Ideologie verurteilt. — Dem Revanchismus, insbesondere der momentanen Destabilisierungspolitik gegenüber der DDR, wurde der Kampf angesagt: Keine Wiedervereinigung!

Auf dem Abschlußplenum wurde eine Resolution gegen den Kurdenprozeß in Düsseldorf angenommen. — (ana)



Jeden Montag in Hamburg: Kundgebung gegen Wiedervereinigung.

Braunschweiger Haushalt 1980-90

Immer mehr für die Konzerne

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus dem „Kommuneblatt“ vom Oktober 1989 ab, welches von dem Koordinationsausschuß der Kommunalpolitischen Konferenz Braunschweig herausgegeben wird. Inzwischen wurde der Haushalt 1990 mit geringfügigen Änderungen — zum ersten Mal seit Jahren — von allen vier Ratsfraktionen, einschließlich der Grünen, verabschiedet. Zwei Tage nach der Ratssitzung hat die Niedersächsische Landesregierung beschlossen, die Getränkesteuer in Niedersachsen abzuschaffen, von der hauptsächlich Braunschweig Gebrauch macht. Damit fehlen 1990 zwei Mio. DM und bis 1994 20 Mio. DM. — (iss)

„Das Wehklagen über leere Kassen werden wir uns auch in diesem Jahr

wird erwartet mit 122,2 Mio. DM (16,3% der Einnahmen). Dieses drastische Absinken des Gewerbesteueranteils bei den Stadteinnahmen — es fehlen jedes Jahr satte 45 Mio. DM von den Großbetrieben — das ist die eigentliche Ursache für die leere Stadtkasse.

Gebührenerhöhungen für die privaten Haushalte

Schadlos gehalten hat sich die Stadt dagegen in den letzten zehn Jahren an den privaten Haushalten. Die Gebühreneinnahmen der städtischen Ämter von Entwässerungs- bis zu den Friedhofsgebühren wurden beinahe verdoppelt, von 53,3 Mio. DM im Jahre 1980 auf 98 Mio. DM im kommenden Jahr 1990! Damit erhöhte sich der Anteil an den effektiven

Gas kräftig drehen, dann wirft das ein Schlaglicht auf die schlimme Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt. Die Preistreiberei bei Mieten und Mietnebenkosten macht die Wohnung zu einem Luxusgut. Die Stadt ist an dieser Preistreiberei direkt beteiligt.

Personalkosten nur geringfügig gewachsen

Das übergroße Wehklagen über Personalkosten und Sozialhilfekosten bei Parteien und Unternehmensverbänden ist — von den eigentlichen Zahlen her gesehen — nicht gerechtfertigt. Der Personalkostenanteil (bezogen auf die effektiven Einnahmen) ist in den letzten Jahren von 30,1% auf 31,5% gestiegen. Allein die Arbeitszeitverkürzung hätte eine stärkere Steigerung erwarten lassen und gerechtfertigt; stattdessen stagniert der Personalkostenanteil bei ständig gewachsenem Arbeitsanfall in der Stadt (Abwicklung der Sozialhilfe, Altenpflege etc.).

Die Sozialhilfekosten bei der Stadt haben sich zwar verdoppelt, der Anteil bezogen auf die Einnahmen der Stadt hat sich aber nur von ca. 7% auf 10,7% erhöht.

Wirtschaftsförderung auf neuen Schleichwegen

Der neue Oberstadtdirektor Dr. Bräcklein hat sich vor vier Jahren — als er noch Stadtkämmerer war — mächtig ins Zeug gelegt und dem damaligen Oberstadtdirektor Dr. Körner wegen der Zahlungen in Millionenhöhe an Großkonzerne wie VW, Toshiba, LSI und TEC *Subventions-Prostitution* vorgeworfen. Bei der jetzt vorgesehenen Millionenspende der Stadt an den Computermulti Commodore klagte der Wirtschaftsausschuß Mitte des Jahres, die Preise bei der Wirtschaftsförderung seien wegen der früheren Sünden verdorben. Er sei heilfroh, bei Commodore neben dem fast geschenkten Grundstück nicht auch noch zwei Millionen Bares obendrauf legen zu müssen, wie unter seinem Vorgänger üblich.

Nicht gesagt hat Dr. Bräcklein, daß die Stadt dem Konzern Commodore über einen neu geschaffenen Sozialhilfe-Ausgleichstopf die noch fehlenden rd. 5 Mio. DM verschafft, die auch bei seinem Vorgänger üblich waren. Wie das ganz genau geht, ist in der Stadtzeitung Oktober 89 auf S. 13 nachzulesen.

Commodore und übrigens auch noch über Umwege der Elektrokonzern AEG bekommen hier Gelder geschenkt, die in der Öffentlichkeit als Ausgleich für die gestiegenen Sozialhilfekosten der Stadt dargestellt worden sind. Anstatt mit diesen Geldern den strapazierten Haushalt der Stadt zu entlasten, wird dieses Geld — getarnt als Strukturhilfe Fond — zur Profiterhöhung in die Taschen von Großkonzernen umgelenkt. Wahrlich eine Meisterleistung in Sachen Wirtschaftsprostitution . . . (P.R.)“



wieder anhören müssen; auch der Grund, weshalb das so sei, die gestiegenen Personalausgaben und vor allem die Sozialhilfekosten wird bis zum Erbrechen in der Öffentlichkeit ausgewalzt werden. Die Sache hat nur einen Haken: Es stimmt nicht! Die Öffentlichkeit wird getäuscht — und das hat mittlerweile Methode. Genau zehn Jahre zurück, da war der Haushalt der Stadt noch ausgeglichen, es gab sogar Rücklagen. Zu den effektiven Einnahmen der Stadt in Höhe von 540 Mio. DM trugen die Unternehmen der Stadt in Form der Gewerbesteuer 122,7 Mio. DM (22,6%) bei. Das war im Jahre 1980. Im Jahr 1990 soll das nun folgendermaßen aussehen: Als effektive Einnahmen der Stadt werden 749 Mio. DM erwartet, die Gewerbesteuer

Einnahmen in den letzten 10 Jahren von 9,8% auf nunmehr 13,1%.

Mietpreistreiberei bei den Mietnebenkosten

So wurden für das kommende Haushaltsjahr bereits wieder Gebührenerhöhungen in den städtischen Haushalt eingeplant: die Entwässerungsgebühren sollen 1990 um ca. 8% steigen, nachdem sie bereits in diesem Jahr um rund 15% gestiegen sind; und die Friedhofsgebühren sollen im Jahre 1990 sogar um 18% steigen. Berücksichtigt man zusätzlich, daß die Grundsteuererhöhung des letzten Jahres jetzt gerade auf die Mieten abgewälzt wird, berücksichtigt man außerdem, daß neben der Stadt auch die Stadtwerke an der Preisschraube für Wasser, Strom und

AMK

ITB ohne Südafrika gefordert

Westberlin. Obwohl es seit Jahren Proteste gegen die Beteiligung Südafrikas an der Internationalen Tourismusbörse (ITB) gibt, hat die Messegesellschaft AMK die Teilnahme Südafrikas an der Messe im Frühjahr 1990 beschlossen. Der Hauptgesellschafter der AMK ist der Westberliner Senat.

Fast 3000 Aussteller aus mehr als 150 Ländern waren im März 1989 auf der ITB vertreten. Der Geschäftsführer der AMK, Busche (CDU-Mitglied), setzt sich für die Teilnahme Südafrikas an der ITB ein, die 1989 von 30000 Fachleuten besucht wurde.

Auf einer Kundgebung am 4. März 1989, dem Eröffnungstag der ITB, hatte der SPD-Vorsitzende Momper erklärt, unter ihm als Regierendem Bürgermeister gäbe es keine Teilnahme Südafrikas an der ITB mehr. In einem offenen Brief erinnerte jetzt die Anti-Apartheid-Koordination den Regierenden Bürgermeister an seine Worte. Momper wird aufgefordert, noch einmal zu prüfen, ob sich der Senat als Hauptgesellschafter der AMK sowie SPD und AL als Mehrheit im Abgeordnetenhaus nicht politisch gegen die AMK durchsetzen können. Kritisiert wird weiter die Informationspolitik des Senats wie der Koalitionsparteien, die den Eindruck der Mausechlei entstehen lasse, weil bisher nicht über die von der AMK beschlossene Teilnahme unterrichtet worden sei. Die Argumentation der AMK laufe seit Jahren auf das unhaltbare Argument hinaus, der Ausschuß Südafrikas würde Westberlin als Standort für die ITB gefährden. Dem könne die Anti-Apartheid-Koordination schon deshalb nicht folgen, weil es sich bei Südafrika um das einzige Land handle, in dem Rassismus, die Herrschaft einer Rasse über die andere, gesetzlich und verfassungsmäßig verankert ist. Daran wolle auch der neue Präsident De Klerk nichts ändern. Dagegen könne Westberlin mit dem Ausschuß des Rassistestaates ein positives Zeichen setzen.

Der DGB in Westberlin hat den Senat ebenfalls aufgefordert, sich bei der AMK durchzusetzen, um eine Kündigung zu erwirken. Der DGB-Landesvorstand bezeichnet es als scheinheilig, wenn ein Senat, der sich offiziell zu den Zielen der Antiapartheidsbewegung und der Demokratie bekenne, aus Geschäftemacherei heraus sich nicht gegenüber dem AMK-Vorstand durchsetzen wolle. Weiter heißt es, Tourismuspropaganda für ein Land, in dem noch im August und September Menschen an den Stränden, die Weißen vorbehalten sind, verprügelt wurden, nur weil sie gegen die Strandapartheid protestierten, wäre ungeheuerlich.

Auch kirchliche Kreise wollen sich wie



im letzten Jahr für die Nichtzulassung Südafrikas an der ITB einsetzen. Geplant sind Mahnwachen sowie Petitionen an den Senat. Anfang November hatte die evangelische Synode des Kirchenkreises Zehlendorf ihre Forderungen an den Senat und die Kirchenleitung gestellt, Südafrika von der ITB auszuschließen. Die Synode entsprach mit ihrem Beschluß einer Bitte der südafrikanischen Kirchen.

Quellenhinweis: Die Wahrheit, div. Ausgaben; Neue Zeitung Berlin (West), 1. u. 5.12.89. — (ann)

Roma

Stadt Gelsenkirchen lenkt ein

In Gelsenkirchen gab es in den letzten Wochen Auseinandersetzungen über die Politik der Stadt Gelsenkirchen einer Gruppe von 44 Roma gegenüber. Diese sind gezwungen seit Ende letzten Jahres in einer ehemaligen Hauptschule in Gelsenkirchen-Schalke ihr Dasein zu fristen. Die Faschisten betrieben dort rassistische Propaganda und initiierten eine Demonstration unter dem Motto: „Schalke muß sauber bleiben.“ Die Roma müssen bis Ende dieses Jahres aus der Schule, weil dann dort Wohnungen für DDR-Übersiedler gebaut werden sollen. Dieser Chauvinismus ist bisher leider noch kaum Gegenstand öffentlicher Kritik. Die Stadt schlug zwei Konzepte vor, die aber beide auf Widerstand stießen. Der erste Plan, die Roma in eine Sinti-Siedlung in Container zu stecken wurde von den Sinti und Roma abgelehnt. Der zweite Plan, eine Unterbringung in Container in Gelsenkirchen-Ückendorf, führte auch dort zu Aktivitäten der Faschisten. Sie sammelten dort ca. 1.000 Unterschriften dagegen. Vor allem Kauf-

leute hetzten aus Angst vor „Kaufkraftverlust“. Ende November fand in Ückendorf eine Bürgerversammlung statt, an der sich ca. 300 Leute beteiligten. Faschisten von REP, DVU und NPD putschten die Stimmung mit Volksverhetzung hoch. Gegen die ca. 20 anwesenden Antifaschisten wurde eine bedrohliche Haltung eingenommen. Eine Rednerin der MLPD verwies auf die Nutznießer einer Spaltung der Werktätigen, konnte aber nur mit Mühe zu Ende reden. Andere Antifaschisten kamen erst gar nicht zu Wort.

Am Volkstrauertag demonstrierten ca. 250 Menschen, unter dem Motto: „In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt“, für ein Bleiberecht von Sinti und Roma. In einem Redebeitrag wurde die Stadt aufgefordert, die Roma nicht abzuschieben und ihnen anständige Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Der Hauptausschuß des Rates der Stadt Gelsenkirchen hat mittlerweile ein Konzept der SPD genehmigt, wonach die Roma dezentral in Einzelwohnungen in verschiedenen Stadtteilen wohnen sollen. Dieses entspricht auch den Vorstellungen der Roma. Die Grünen enthielten sich bei der Abstimmung ihrer Stimme, weil ihr Antrag, den Roma ein Bleiberecht zu gewähren, abgelehnt worden ist. Laut Sozialdezernent Neumann soll auch nach Aufhebung des Abschiebestopps für Roma durch die Landesregierung es bei der beschlossenen Konzeption bleiben. Ob Neumann die Wahrheit sagt, wird sich zeigen, wo er doch noch vor ein paar Wochen nach Düsseldorf gefahren ist, um diese Aufhebung des Abschiebestops zu erreichen. Die REP wollten einen Antrag vorlegen, wonach es „Ausländern, die nicht integrationswillig oder fähig sind“, verboten werden soll, in der Nähe von Deutschen zu leben. Dieser Antrag wurde aber nicht behandelt. — (tja)



Schul-/Jugend-Info:

Wo man ist, kann man auch was verändern!

Das Schul-/Jugend-Info (SJI) ist eine Zeitung, die in Schleswig und Umgebung (Husum, Rendsburg, Flensburg) monatlich 12-seitig in einer Auflage von 1350 Stück kostenlos verteilt wird und es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine fortschrittliche Opposition unter der schulpflichtigen Jugend (und nicht nur der!) zu schaffen und zu fördern.

Aus dem Bedürfnis nach politischer Zusammenarbeit mit Wirkung taten sich Ende 1985 einige Leute, die alle noch zur Schule gingen, zusammen, um ein regelmäßiges, linkes Infoblatt herauszugeben. Wichtig war der konkrete Bezug zur konkreten Lebenssituation, nämlich der Schule. Im November 85 erschien das

engagierter Jugendlicher mit antifaschistischen, fortschrittlichen Inhalten überhaupt nicht mehr wegzudenken ist.

Bewußt wurde und wird vom Konzept einer „herkömmlichen“ Schüler- oder Stadtzeitung abgesehen, da bisherige Erfahrungen gezeigt haben, daß sich diese — zumindest auf *lange* Sicht — meist nicht bewähr(t)en, was u.a. mit unregelmäßigem Erscheinen, Finanzproblemen, Zensur beim Direktor, aber auch mit der oft diffusen, widersprüchlichen inhaltlichen Ausrichtung zu tun hat und hatte.

Beim SJI hat sich mit der Praxis eigentlich von selbst ein unausgesprochenes Konzept entwickelt: Wichtig ist das *regelmäßige*, kostenlose Erscheinen; die

Artikeln vorzogen, nämlich analytische Artikel zum Schulsystem, -unterricht etc. Ungefähr gleich wichtig nehmen wir Artikel zu Arbeits- und Lebensbedingungen anderer Jugendlicher, die z.B. eine Berufsausbildung machen, im Heim leben müssen o.a. Dieser Schwerpunkt hat bislang nie dazu geführt, daß wir den Abdruck von uns zugegangenen anderen Artikeln ablehnen mußten; glücklicherweise war diese Sichtweise so einheitlich, daß der konkrete Bezug zu Schülern/Jugendlichen meist da war. Die Ausrichtung des SJI auf diesen konkreten Bezug kann man gar nicht genug betonen! Die Sturheit, mit der wir an diesem Schwerpunkt festhalten, kostet uns nicht selten spontane Sympathien. Schließlich sind doch oft ganz andere Themen „in“, ob es nun der FC St.Pauli oder Palästina ist, was die „Szene“ gerade so bewegt. Wenn wir dann trotzdem auf Seite 1 einen Artikel zur Kultusministerpolitik im Lande hatten, wurde oft gefragt: Wer will denn sowas lesen?

Die praktischen Erfahrungen mit steigender Auflage, stark expandierender Verteilerzahl usw. hat glücklicherweise gezeigt, daß das Hinterherrennen hinter „In-Themen“ keineswegs Voraussetzung für dauerhafte Wirkung einer Publikation ist. Ganz im Gegenteil: Viele politische Gruppen, Initiativen etc. hat es in Schleswig schon gegeben, ob es nun im Zusammenhang mit der Startbahn West, der Friedensbewegung oder des Freien Kommunikationszentrums oder was auch immer war. Keine davon, auch keine politische Partei links von der SPD, hat jedoch über einen so langen Zeitraum hinweg regelmäßig eine Veröffentlichung herausbringen können. An den Schulen hat sich inzwischen einiges getan, was auch im SJI behandelt wurde, und es haben sich mittlerweile mehr jugendliche politisch organisiert. Dies zeigt sich in erster Linie daran, daß trotz des „Abwanderns“ vieler Gründungsredakteure, ein neuer, größerer Redaktionsstamm entstand und somit die Existenz des SJI für einige Zeit gesichert ist. Das verdeutlicht, daß kontinuierliches Festhalten an einer Ausrichtung auf Dauer Früchte tragen kann. Mag so mancher Artikel langweilig erscheinen, auf die Dauer bleibt was hängen, und zwar nicht selten wissenschaftliche Erkenntnis, was ja das erstrebenswerteste Gut ist. Entscheidend jedenfalls erscheint uns immer, die argumentative Position der Leute und ihr Bewußtsein in Bezug auf ihren gesellschaftlichen Hauptlebensinhalt zu stärken (z.B. Schule, Aus-



erste SJI in einer Auflage von 120. Das SJI erschien damals 14-täglich, es wurde getippt, geschnitten, geklebt und kopiert, während heute Computer und Drucker die Arbeit erleichtern und professionalisieren. Die Kosten wurden zu der Zeit noch von den Redakteuren selbst getragen, jedoch sorgten schnell Anzeigen für die vollständige Finanzierung des Blattes. Ursprünglich wurde das SJI von der Redaktion herausgegeben, dann vom damaligen Revolutionären Jugendplenum (RJP) und seitdem von der Volksfront. Doch in der Praxis setzt und setzte sich die Redaktion immer aus einem offenen Interessiertenkreis zusammen. Heute stehen wir an dem Punkt, daß das SJI mit seiner hohen Auflage, den vielen VerteilerInnen an vielen Schulen in verschiedenen Orten als Forum kritisch

Leute müssen sich ganz einfach auf eine permanente Information „ohne Abbruch“ verlassen können. Inhaltliche Schwerpunkte sind grob umrissen: Schulpolitik, Azubis, Jugendpolitik, Regionales, Antifa, Spezialberichte, die mit möglichst vielen Fakten, aber klassenmäßig subjektiv gebracht werden. Auch haben wir uns immer gegen die „klassische Szenepolitik“ gewandt; Themen, die für die LeserInnen nachvollziehbar sind und ihnen ihre Unterdrückung *da, wo sie stehen* (z.B.Schule), deutlich machen, sind unserer Meinung nach am wichtigsten, um unserem o.g. Ziel, eben eine fortschrittliche Opposition in der Jugend zu fördern, näher zu kommen.

Aus unseren genannten Schwerpunkten ergab sich von Anfang an, daß wir fast allem anderen eine bestimmte Sorte von

bildung). Denn wo man ist, kann man auch was verändern!

Natürlich ergibt sich allerdings für alle, die politisches Interesse entwickeln, auch die Frage nach anderen Zusammenhängen, die einen in der Gesellschaft umgeben, ob es nun Antifa (hierzu erscheinen inzwischen regelmäßig Artikel), Militär, besondere Unterdrückung der Frau, Kultur o.a. ist. Dieser Tatsache versuchen wir Rechnung zu tragen, indem wir die u.E. jeweils wichtigsten „allgemeinpolitischen Themen“ behandeln. So gab und gibt es immer wieder Spezialberichte zu Themen wie Repression, Internationalismus, Drogen, Kultur, Wohnungsnot etc.

Nach nunmehr vier Jahren Schul-/Jugend-Info sind wir aus unseren praktischen Erfahrungen heraus überzeugt davon, daß das Konzept des SJI ein nützliches ist, um vor Ort etwas zu verändern. Die Ausdauer und die Kontinuität entfachen in der Schule und Jugend eine ständige linke Diskussion, die Früchte

trägt. Speziell der regionale Bezug vieler Artikel und das „Drinstecken“ in den Zusammenhängen (z.B. Schule) macht vieles für die LeserInnen nachvollziehbarer und interessanter. Politische Geschehnisse, die vor Ort liefen und laufen, und über die die bürgerliche Presse (bei uns die „Schleswiger Nachrichten“) nicht oder nur voller Lügen berichten, wurden in der Regel im SJI behandelt. Das erklärt auch, daß das SJI oft so eine Art Ausdruck von politischen und sozialen Bewegungen vor Ort sein konnte. Zur Zeit der Proteste gegen die Abi-Deform zum Beispiel, hat sich das SJI klar auf Seiten der SchülerInnenbewegung gestellt und war so wichtige Infoquelle zum Thema. Weitere Beispiele sind die Antifabewegung und die Bewegung für ein selbstverwaltetes Zentrum in Schleswig.

Oftmals bewirken Artikel oder Nachrichten direkt etwas. Ein Artikel über faschistische Umtriebe an einer Schule, die von einem Lehrer gefördert wurden, bewirkte, daß sich der betreffende Lehrer

nun dem starken Druck antifaschistischer LehrerInnen ausgesetzt sieht und nicht mehr öffentlich agieren kann, da er unter „Beobachtung“ steht. Zudem wurden endlich faschistische Schmierereien beseitigt. Dies um nur ein Beispiel zu nennen.

Durch die öffentliche, emanzipatorische Politik, die das SJI macht, ist es natürlich Angriffsziel der Rechten; so bleibt die Repression nicht aus. Jüngstes Beispiel ist der Angriff der örtlichen „Schleswiger Nachrichten“ in Form einiger Hetzkommentare im Regionalteil aufs SJI, mit dem Ziel, die Anzeigenkunden zum Zurückziehen der Anzeigen zu bewegen und uns in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Durch eine offensive Kampagne unsererseits, gingen wir jedoch eher gestärkt aus diesem Konflikt hervor.

Wir hoffen, mit dieser Reportage vielen Leuten Mut gemacht zu haben, ähnliche Projekte am eigenen Ort aufzuheben! — (az)

Gesamtschulen: Elternwille bleibt noch auf der Strecke

1.) Der Hintergrund der ganzen heißen Debatte: Im Augenblick gibt es in Schleswig-Holstein ganze vier Gesamtschulen. Das sind 0,8% aller weiterführenden Schulen. 1,1% aller Schüler werden an ihnen unterrichtet, insgesamt 4800. Eine geringere Bedeutung hat die Gesamtschule als weiterführende Bildungseinrichtung sonst nur in einem fern im Süden gelegenen Bundesland der Berge und Täler. Trotzdem hört es sich an, wie der Totenkampf des dreigliedrigen Schulsystems, wenn unser ehemaliger Kultusminister und aller Freund, Dr. Bendixen, über die Gesamtschule als „Regelschule“ spricht. In Wirklichkeit handelt es sich bei der von der SPD geplanten Anerkennung der Gesamtschule als Regelschule des Landesschulgesetzes aber um etwas wesentlich weniger dramatisches. Die einzige Konsequenz liegt nämlich darin, daß es dann weniger umständlich wäre, auf den Wunsch von Eltern hin eine Gesamtschule einzurichten. Es wären nur 60 Anmeldungen nötig. Eine Situation, in der das Wahlversprechen der SPD, auf den Willen von Eltern hin Gesamtschulen einzurichten, als eingelöst angesehen werden könnte. Im Augenblick ist es ja immer noch so, daß die Einrichtung einer Gesamtschule der Zustimmung des Schulträgers, also der betreffenden Stadt oder des Kreises bedarf, dessen Entscheidung dem Elternwillen häufig widerspricht, so daß in der laufenden Legislaturperiode schon ein Antrag an der verweigerten Zustimmung des Schulträgers Stadt Norderstedt gescheitert ist. Eine herbe Enttäuschung für die

vielen Eltern, die ihre Kinder angemeldet hatten, und denen ja versprochen worden war, daß man ihrem Interesse an einer Gesamtschule Rechnung tragen werde ... Trotzdem will Rühmkorffs Eva 1990 mit ihrer Anerkennung der Gesamtschule als Regelschule durch den Landtag direkt ins Schulgesetz und die Herzen derer, die das Wahlprogramm gelesen haben. Wenn da mal nichts schiefgeht. Nun ist es ja bei der integrierten Gesamtschule — dem zweiten Typ, um den es bei der ganzen Auseinandersetzung geht — zwar auch nicht so, daß man von einer Differenzierung gänzlich absieht, man verändert sie aber qualitativ, indem man, genau wie in der „kooperativen“ Gesamtschule, bis einschließlich der 6. Klasse gar nicht differenziert, um dann nach Leistung erst

nur in den Fächern Mathe und Englisch eine Differenzierung vorzunehmen. Gleichzeitig differenziert man in den Fächern Französisch, Technik und Wirtschaftslehre nach „Neigung bzw. Interesse“. Die Differenzierung nach Leistung wird erst in der 8. Klasse auf die naturwissenschaftlichen Fächer und Deutsch ausgedehnt. Sie findet also erstens nicht so umfassend und zweitens „interessenbezogener“ statt. Am Leistungsprinzip, und das ist entscheidend, ändert sich dadurch nichts. Wer die besten Leistungen erbringt, hat auch weiterhin Anrecht auf die bessere Schulbildung, obwohl er sie am wenigsten benötigt. Das Bildungs- bzw. Ausbildungsbedürfnis der Schüler steht genauso wenig im Mittelpunkt wie im dreigliedrigen Schulsystem. Bedingt allerdings durch die geplante Verkleinerung der Klassen auf 20 Schüler im Rahmen der Einrichtung neuer Gesamtschulen im Lande und die Tatsache, daß die Schüler bis einschließlich der 10. Klasse nicht sitzenbleiben können sollen, kann man feststellen, daß dem proletarischen Bildungsinteresse dann ein klein wenig mehr entsprochen werden könnte, zum einen dadurch, daß der Lehrer in den Zwang gerät, allen Schülern das Lernziel zu vermitteln, zum anderen dadurch, daß seine Chancen dazu durch die Verkleinerung der Klassen erheblich wachsen: hierin und darin, daß eine klassenübergreifende Kollektivität geschaffen wird, kann ein Fortschritt gesehen werden, der aber nicht als Idealbild einer am Bildungsinteresse des einzelnen Schülers orientierten Schule angesehen werden darf. Es lebe die sozialistische Einheitsschule!

Quelleninweis: „Der Landtag“ 1/89 — (dpe)



Fahrpreiserhöhungen bei der ÜSTRA

Hannover. Gegen die Stimmen der Grünen wurde im Bereich des Großraum Hannover eine Fahrpreiserhöhung der ÜSTRA-Verkehrsbetriebe beschlossen: Eine Erwachsenen-Fahrt mit Sammelkarte Preisstufe 1 wird danach 1,92 DM kosten (vorher 1,83), eine Schüler-Monatskarte 39 statt bisher 37 DM. Argumentiert wird mit den Verlusten der ÜSTRA, die für 1990 mit 96,8 Mio veranschlagt wurden (1981: 61 Mio). Außerdem wurde die Verbandsumlage von Stadt und Landkreis Hannover um 0,8 auf 11,6% erhöht. — (ibm)

Klage gegen Gesundheitsreform

Hannover. Rund 1300 der 3400 Kassenzahnärzte in Niedersachsen wollen gegen die Zwänge und Reglementierungen im Gesundheitsreformgesetz eine Verfassungsbeschwerde einbringen. Sie begründen diese mit „nicht hinzunehmenden Einschränkungen der in Artikel 12 des Grundgesetzes garantierten Freiheit der Berufsausübung“. Es bestehe die Gefahr, daß eine neue Art der Wirtschaftlichkeitsprüfung

Duisburg. Am 16.12. haben Fraueninitiativen den Arbeitsplatzabbau bei den Stahlkonzernen bei gleichzeitig immer mehr Überstunden angegriffen. In Duisburg-Huckingen ging die Mannesmann-Fraueninitiative auf den Weihnachtsmarkt und wies daraufhin, daß nach zigtausend Entlassungen jetzt bei Thyssen 60000 Überstunden pro Monat, bei Krupp 30000 und bei Mannesmann 16000 gemacht werden. Die Initiativen fordern Überstundenabbau, 35-Stundenwoche, freies Wochenende und mehr Neueinstellungen. — (gba)

die Zahnärzte in den Zwang bringen werde, bei der Behandlung nicht mehr so sehr auf die Erfordernisse des Einzelfalls zu achten. Vielmehr würden sie bestrebt sein, die Behandlungskosten möglichst nicht über den statistischen Durchschnittsbetrag gleichartiger Fälle steigen zu lassen. Bei überdurchschnittlichen Kosten können nämlich die Kassen Rückzahlungen von den Zahnärzten verlangen. „Im Zweifelsfall könnte sich ein Kollege genötigt sehen, einen Zahn zu ziehen, bevor er sich auf eine langwierige konservierende Behandlung einläßt“, sagten Sprecher der Kassenzahnärzte. — (mpu)



Südafrika. Mit Einschüchterung und Polizeieinsätzen geht die staatliche Eisenbahngesellschaft SATS gegen die Eisenbahnarbeiter vor, um ihren Streik zu unterdrücken. Die von der SATS nicht anerkannte Gewerkschaft SARHWU (South African Railways and Harbour Workers Union) kämpft für einen monatlichen Mindestlohn von 1500 Rand und die Wiedereinstellung von 400 entlassenen Arbeitern. Als Anfang November die 10000 von Karsene Depot beschossen, dem Streikaufruf zu folgen, begannen die Arbeiter auch in anderen Regionen zu streiken. Über 40000 Arbeiter beteiligten sich. Die Auseinandersetzung dauert an. — (uld)



„Naturalienzahlung“ bei Siemens

Regensburg. Beschäftigte vom Siemens-Gerätewerk berichten, daß die Geschäftsleitung für 1989 Einkaufsgutscheine im Wert von 100000 DM vorgesehen hatte, um zur Ableistung von Überstunden und Samstagsarbeit anzuregen. Für 30 Überstunden im Jahr 1989 wird ein Gutschein von 50 DM ausgegeben, für 60 Überstunden gibt's 100 DM, für 90 Überstunden 150 DM zusätzlich zur tariflichen Bezahlung. Die Gutscheine sind in der betriebseigenen Verkaufsstelle für Siemens-Elektrogeräte einzulösen. Siemens kann so Steuern sparen und am Verkauf der Geräte gewinnen. — (uth)

Mercedes: Streik gegen Personalabbau

Stuttgart. Daimler-Benz plant im Werkzeugbau Streichung von Planstellen, Verringerung der Standorte von bisher acht auf fünf und gleichzeitig Ausweitung der Betriebsnutzungszeit. Gegen diese Pläne haben die Beschäftigten im Werkteil Köngen bei Esslingen am 20.11. für zwei Stunden und am 13.12.1989 für eine Stunde die Arbeit niedergelegt. Zur selben Zeit verhandelte der Betriebsrat mit der Firmenleitung — die den IG Metall-Vertreter nicht dazu ließ — über einen Interessenausgleich, allerdings ohne Ergebnis. Mit der Schließung des Werkteils Köngen mit 136 Arbeitsplätzen im Facharbeiter- und Angestelltenbereich und 72 Ausbildungsplätzen wird auch die überwie-

gend ländlich strukturierte Region schwer getroffen. Während der zweiten Verhandlungsrunde protestierten die Beschäftigten vor der Hauptverwaltung von Daimler-Benz. — (ros)

Streik an Sonderschule

Hannover. Gegen die schlechte Unterrichtsversorgung an der Maximilian-Kolbe-Schule streikten die Eltern am 13. Dezember. Die Hälfte der 150 Schüler beteiligte sich. Die Sonderschule für lernbehinderte Kinder hat seit Monaten einen Stundenausfall von knapp 30%. Von den wöchentlichen 485 Sollstunden werden lediglich 344 erteilt. Der Grund sind Versetzungen von Lehrkräften an andere Schulen und Mutterschaftsurlaub. Die Eltern argwöhnen, daß die Sonderschüler von der Schulbehörde als Kinder „zweiter Klasse“ bezüglich der Unterrichtsversorgung angesehen werden. — (ibm/AGB, mal)

Kässbohrer: Dreischichtmodell

Ulm. Betriebsrat und Kässbohrer vereinbarten ein Dreischichtmodell für die Abt. Teilefertigung. Vier Nachtschichten mit je sieben Stunden pro Woche müssen abgeleistet werden. Garantiert ist der Verdienst und die Aufstiegsmöglichkeit. Vorläufig wird an sechs Anlagen Dreischicht gearbeitet, an 15 Wochen im Jahr Zweischicht. Der BR will mit seiner Zustimmung Fertigungstiefe im Werk erhalten. — (frm)

Albrecht wühlt

Geringe Gegenwehr zur „Wiedervereinigung“

Niedersachsen. In ihrem „Zukunftsprogramm“ stellt die CDU fest: „Wir bekennen uns zur Präambel des Grundgesetzes ... Es ist für uns unannehmbar, das Gebot der Wiedervereinigung aus dem Grundgesetz zu streichen. Solche Überlegungen finden unseren entschlossenen Widerstand ...“ In der DDR werden zwar zunehmend Stimmen lauter — bzw. werden besonders von den westdeutschen Medien massiv herausgestellt —, die nach „Einheit“ grölen; andererseits verbitten sich immer mehr Organisationen und Kräfte in der DDR Einmischung und Infiltration seitens der BRD-Vereinnahmer. Diese internationale Frage, und das ist sie, da die DDR ein souveräner Staat ist, wird zunehmend das Thema der Landtagswahlen in Niedersachsen am 13. Mai 1990. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus der Landtagsdebatte vom 26. Oktober und der Diskussion zur Regierungserklärung am 15. November. — (mal)

*

Berichterstatte Dr. Schneller (Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen) begründete die Zustimmung zum CDU/FDP-Antrag und fordert nationalen Konsens: „Erstens. Alle Diskussionsredner halten die Einheit der Deutschen nur in friedlicher Ordnung für erstrebenswert. ... Viertens. Es ist übereinstimmende Auffassung bei CDU, FDP und SPD, nicht jedoch bei den Grünen, daß die Frage der Einheit der Deutschen nicht erledigt, sondern offen ist. Wie und wann die Einheit verwirklicht werden kann, ist im Augenblick nicht absehbar. Das schließt ein, daß die Frage der Einheit der Deutschen nicht nur ein Frage kultureller Einheit ist.“

Jürgens, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten (FDP): „... Heute geht es darum, den in der DDR in Gang gekommenen Prozeß nicht durch unüberlegte Äußerungen, durch unerbetene Ratschläge oder gar durch überflüssige Grenzdiskussionen zu stören oder durch eine Gesprächsverweigerung zu lähmen.“

Trittin (Grüne): „... Herr Minister Jürgens, Sie haben hier eine sehr mutige Rede gehalten ... Ich finde, wir haben auch jenseits der von dem Minister zu Recht kritisierten Versuchung der Einmischung diesen demokratischen Protest zu unterstützen und zu fördern ... Von dieser Form von Revanchismus, von Geschichtsignoranz unterscheidet sich die DDR-Protestbewegung sehr wohltuend.“

Wernstedt (SPD): „... wir beharren allerdings auf der Aussage, daß das Recht auf Selbstbestimmung, das die Deutschen wie jedes andere Volk haben, in der nationalen Frage so zur Geltung kommt, daß die Erfordernisse des Friedens dabei übergeordnet werden.“

Gansäuer (CDU): „Wir sind in weiten Teilen, Herr Minister, mit dem was sie gesagt haben, einverstanden. Aber damit es keine Mißverständnisse gibt, will ich für meine Fraktion feststellen: Hinsichtlich dieses Antrages geht es nicht um die Frage überflüssiger Grenzdiskussionen, sondern es geht darum, ob vor allem die Sozialdemokraten ja oder nein zu unserem Grundgesetz und zum Wiedervereinigungsgebot sagen.“

SPD und Grüne stimmten gegen den Beschlußantrag für „Wiedervereinigung“, die SPD unterstützte am 15.11. den Antrag der CDU/FDP, „praktische Solidarität mit unseren deutschen Mitbürgern zu üben“. Die Grünen enthielten sich.

Debatte über die Regierungserklärung zu „Ereignissen in der DDR und die Konsequenzen für Niedersachsen“:

Ministerpräsident Albrecht: „... Diese gewaltige Bewegung hat ebenso gewaltige politische Veränderungen ausgelöst. Uns in der Bundesrepublik haben diese Menschen vor Augen geführt, daß es Wichtigeres gibt als die jährliche Lohnerhöhung, die Steuerfreiheit des Jahreswagens und selbst die Frage, ob wir

38 oder 37 Stunden arbeiten müssen. Der Welt hat diese Bewegung gezeigt, daß wir Deutschen immer noch ein Volk sind und daß niemand auf Dauer die Wiedervereinigung verhindern kann, wenn die Deutschen in Ost und West diese in Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechtes wollen ... Meine Damen und Herren, es waren aber auch die Übersiedler, die den Wandel in der DDR ausgelöst haben. Als ich in den Abendstunden zu Fuß von Eckertal nach Stapelburg (DDR, d. Red.) wanderte, sagte jemand, der aus Stapelburg kam: „Den Flüchtlingen verdanken wir diesen glücklichen Tag; sie haben den Wandel eingeleitet“ ... CDU, FDP und SPD haben ihre Bereitschaft erklärt, Haushaltsmittel für die weitere positive Gestaltung des deutsch-deutschen Verhältnisses bereitzustellen; ich begrüße dies sehr. Gerade wir in Niedersachsen müssen ein leidenschaftliches Interesse an der guten Entwicklung in der DDR und auch an der guten Entwicklung unseres Verhältnisses zur DDR haben; denn wir haben die längste Zonengrenze und wir haben durch den Eisernen Vorhang, wie ich denke, menschlich, wirtschaftlich und kulturell am meisten gelitten ... Wir sollten aber nicht nur in die Vergangenheit schauen, also uns nicht nur die an die Situation 1945/46 erinnern, wir sollten vor allem, meine ich, in die Zukunft sehen. 44 Jahre nach dem Kriegsende ist uns in diesen Wochen vom Schicksal eine große, fast schon unverhoffte Chance geboten worden, eine Chance auf Freiheit für unser ganzes Volk; eine Chance auf Überwindung von Diktatur und Rechtlosigkeit im anderen Teil Deutschlands; eine Chance auf weitestgehende Abrüstung ...; eine Chance auf Ausdehnung der Europäischen Gemeinschaft, die ja eine europäische Friedensordnung ist, auf die Völker Mittel- und Osteuropas, und eine Chance zur Wiedergewinnung der nationalen und staatlichen Einheit der Deutschen ...“

Schröder (SPD): „... Einheit der Deutschen als Chance, zueinander zu kommen, scheint weitgehend erreicht. Wer schon jetzt mehr will, gefährdet das Erreichte. Ich füge hinzu: Welche staatsrechtliche Form die Menschen dem erreichten Grad von Einheit zu geben wünschen, wird zunächst nicht bei uns, sondern in der DDR entschieden ... Einen deutschen Sonderweg wird es auch in Zukunft nicht geben können. Beschränkt man ihn, würde er sehr schnell zu einer neuen Sackgasse werden. Weil das vorrangig in der DDR entschieden werden muß und weil die Europäisierung des Vorgangs und damit der Ausschluß eines deutschen Sonderweges Platz greifen muß und weil übrigens auch in dem ergänzten Antrag der Koalition die Garantie der polnischen Westgrenze dokumentiert worden ist, werden wir diesem Antrag unsere Zustimmung geben ...“

Trittin (Grüne): „... Es überrascht mich persönlich wenig, daß Politiker, die hierzulande basisdemokratische Bewegungen hauptsächlich als ein polizeitaktisches Problem betrachten, die Entwicklung in der DDR nur als Betätigung ihres, um ein österreichisches Wort zu benutzen, reichsdeutschen Nationalismus verarbeiten zu können ... Entsprechend euphorisch reagierte die Börse auf die Öffnung der Mauer. Man witterte das große Geschäft. Man arbeitet an einem großen Plan. Der Plan heißt: Wir kaufen uns einen Staat ... Eine Partnerschaft mit den Gesellschaften Osteuropas kann nur ein Partnerschaft im gemeinsamen Wandel sein.“

Hildebrandt (FDP): „... Die Menschen in der DDR haben uns die Chance gegeben, Werte wiederzuentdecken oder zu reaktivieren, z.B. die praktizierte Solidarität, die bei uns nicht mehr allzu häufig sichtbar waren. Die Tatsache, daß dieses Haus in seiner großen Mehrheit bereit ist, gemeinsam diesen Weg zu gehen, ist eine hoffnungsvolle Grundlage, diese praktizierte Solidarität unter Beweis zu stellen. Unsere Bürger in Niedersachsen praktizieren diese Solidarität Tag für Tag. Dafür danken wir ihnen. Vieles mehr, vor allem die Bereitschaft, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, wäre eine große Hilfe, denn wenn die Mauer in Berlin fällt, dann müssen wir uns davor bewahren, Mauern um uns aufzubauen ... Insofern tragen wir auch selbst, jeder von uns, Mitverantwortung, ob unser jeweiliges Verhalten der Erfüllung der Präambel des Grundgesetzes näherbringt ...“

Zum 500. Geburtstag Thomas Müntzers

Ein religiöser Revolutionär — nicht für den bischöflichen Gebrauch



Thomas Müntzer, ca. 1489 bis 27.5.1527

Mit größtmöglichem Pomp ist in beiden deutschen Staaten 1983 der 500. Geburtstag Martin Luthers gefeiert worden. Leicht fiel es dabei der bundesdeutschen Bourgeoisie, sich selbst in relativ geradliniger Identität in der Feier des Reformators widerzuspiegeln. Anders mit dessen Zeitgenossen Thomas Müntzer. Von ihm hatte sich bereits Luther energisch abgegrenzt und ihm das Etikett des gescheiterten Schwärmers und Mordpropheten angehängt, um nur ja als fürsten- und staatstreu anerkannt zu sein. Dieses Urteil über Thomas Müntzer gilt für die protestantischen Kirchen praktisch bis heute hin.

1989, wenn der 500. Geburtstag Thomas Müntzers (wahrscheinlich ist der 21.12.1489 sein Geburtstag) ansteht, ist daher in der BRD nichts von kirchlichen Prunksitzungen zu hören. In der DDR hingegen, noch unter der Leitung von E. Honecker, hatte die SED sich frühzeitig darangemacht, die Würdigung des Wirkens von Thomas Müntzer als frühbürgerlichem Revolutionär zu einem „erstrangigen nationalen Ereignis“ zu machen. Dabei ließ sie sich von der Einschätzung leiten, daß Luther und Müntzer, so kontrovers beider Leben und Wirkungsgeschichte verlaufen sind, unterschiedliche Klassenlinien ein und derselben frühbürgerlichen Revolution verkörpern. Notgedrungen mußte der Bund der Evangelischen Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik aktiv werden.

Mittlerweile ist die Kirche in der DDR froh, in ihrem Arsenal von religiösen Identifikationsfiguren auch Thomas Müntzer zu haben: Es „müntzert wieder bei uns“, so nach dem Sturz Honeckers Professor Brendler vom offiziellen DDR-Müntzer-Komitee. Im Müntzerschen Sinne, mit der Bibel, mit Predigt und „Montags-Gebet“ in Leipzig und Berlin die Revolution 1989 in der DDR gegen die verhaßten gottlosen Herren anzuführen, das ist für manche kirchlichen Kreise ihre seit 1948 herbeigesehnte Stunde. Und mit dem Angriff auf die „Herren“, die es selber machen, daß ihnen das Volk feind wird ... — (so Thomas Müntzer in seiner Begründung des Aufbruchs) Marxismus und den Anspruch der Herrschaft der Arbeiterklasse hinwegzulegen, ist ihre große Hoffnung. Denn die „Herren“ heute, da es in der DDR keine Feudalen und Kapitalisten mehr gibt, sind nach Brendlers Meinung die SED bzw. der sozialistische Staat überhaupt.

Wir halten es in dieser Zeit daher für besonders wichtig den Thomas Müntzer zu würdigen, der 1525 im Verhör unter der Folter zu seinen Zielen aussagte: „Die Empörung habe er

darum gemacht, daß die Christenheit solle gleich werden und die Fürsten und Herren, die dem Evangelium nicht wollten beistehen, sollten vertrieben und totgeschlagen werden.“ Wir ehren ihn, weil er eine Theologie der Revolution mit dem Ziel entwickelt hat, jegliche Klassenherrschaft zu überwinden; und weil er im einfachen Volk den Träger und in der revolutionären Gewalt das Mittel dieser Umwälzung erkannt hat. — Zugleich wollen wir zeigen, wie in unseren Tagen kirchlich und reaktionär orientierte Kreise mit Hilfe dessen, der gefordert hat: „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk ...“ Politik gegen die Arbeiterklasse und gegen die Idee des Sozialismus betreiben wollen.

Bei der Darstellung des Lebens und Wirkens Thomas Müntzers stützen wir uns auf die „Thesen über Thomas Müntzer“ der interdisziplinären Arbeitsgruppe der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens der DDR.

Dabei gehen wir davon aus, daß es auch in den sogenannten Religionskriegen des sechzehnten Jahrhunderts vor allem um sehr positive materielle Klasseninteressen ging. Wenn diese Klassenkämpfe damals um religiöse Themen stritten und religiös begründete Forderungen erhoben, wenn die Interessen, Bedürfnisse und Forderungen der einzelnen Klassen sich unter einer religiösen Decke verbargen, so ändert dies nichts an dieser Tatsache. Es erklärt sich leicht aus den Zeitverhältnissen: Denn christliches Weltbild und kirchliche Dogmen waren die politischen wie religiösen Axiome des Mittelalters. Lobpreis wie Protest konnten sich nur in diesen Denkhorizonten bewegen, waren darin „logisch“. Erst in der Aufklärung zeigten sich die ersten Auswege aus diesem dichten Nebel der Religion.

„... Sein Denken kreiste stets um die Erkenntnis des Willens Gottes, um den Menschen den Weg zum rechten Glauben zu weisen. Dieses Denken erfuhr seine Vertiefung und soziale Konkretisierung durch die persönlichen Erfahrungen Müntzers im aktiven Kampf für die Durchsetzung der Reformation. Sie ließen ihn alle diejenigen als ‚Gottlose‘ erkennen, die dem Volk den Zugang zum Evangelium verwehrten und sich als Ausbeuter die Früchte menschlicher Arbeit aneigneten und die Unterdrückten der Nahrung beraubten, insbesondere also die feudalen Obrigkeiten. Seine Erfahrungen führten ihn zu einer Orientierung auf das arme und sozial entrechtete Volk in Stadt und Land als Subjekt der Reformation, das auserwählt war, die notwendigen radikalen Umgestaltungen notfalls auch mit Waffengewalt gegen die feudalen Tyrannen zu erzwingen ... Seine Ideologie wies über seine Zeit, die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft noch als progressive Zukunft vor sich hatte, hinaus. Sie negierte prinzipiell jegliche Klassengesellschaft und griff damit ideell in eine damals noch ferne Zukunft voraus, in der die Abschaffung der Klassengesellschaft zur historischen Mission der Arbeiterklasse werden sollte.“

Thomas Müntzer steht daher bischöflich-reaktionärer Nutzung nicht zur Verfügung.

Thomas Müntzer lebte zur selben Zeit, im selben politischen Umfeld und zunächst in einem ähnlichen sozialen Milieu wie der Kirchenreformer Martin Luther. Wie diesen haben ihn soziale Spannungen, die unter dem Einfluß früher kapitalistischer Entwicklungstendenzen seit Ende des 15. Jahrhunderts entstanden, geprägt. In der Konsequenz seines Lebens ging er später über Luther hinaus, wurde zum Prediger des „Reiches Gottes auf Erden“, in dem alle Menschen gleich sind.

Thomas Müntzer wurde vermutlich 1489 in Stolberg im Harz geboren. Nach dem Studium in Leipzig und Frankfurt wurde er 1514 Priester in Braunschweig. Hier mag er mit frühreformatorischen Kreisen in Berührung gekommen sein. Möglicherweise 1517, dem Jahr, als Luther den entscheidenden Angriff auf die

Papstkirche führte, spätestens aber im folgenden Jahr, weilte er in Wittenberg. Er verfocht Luthers Lehre bald mit solcher Konsequenz, daß er 1519 der erste war, der von den Reformationsgegnern mit dem Namen „Lutheraner“ bezeichnet wurde.

Unterschiede zur Lehre Luthers im Wirken Müntzers sind zum erstenmal im Jahre 1520 nachweisbar, als er als Prediger in der sächsischen Stadt Zwickau engen Kontakt mit Bergknappen und Tuchmachergesellen hatte. Der theologische Streit, den er hier mit dem Luther-Anhänger Egranus führte, hatte sozialen Hintergrund. Gott offenbare sich auch unabhängig von jeder Schrift, behauptete Müntzer. Und das einfache Volk vernähme die Stimme Gottes eher und besser als die Reichen und Mächtigen. Es sei von Gott auserwählt, die ungerechte Ordnung der Welt zu überwinden. Das „Reich Gottes auf Erden“ und die völlige Gleichheit der Menschen, die er forderte, entsprachen nicht mehr den Zielen Luthers, wenngleich sie demselben Boden entsprossen waren. Der Rat der Stadt Zwickau sah in Müntzer jedenfalls einen unliebsamen Störenfried und verabschiedete ihn am 6. April 1521.

Nicht von ungefähr ging Müntzer zunächst nach Böhmen, wo er von den Nachfolgern der Hussiten die Errichtung der „neuen apostolischen Kirche“ erwartete. Doch in Prag stieß er bald auf Widerstand konservativer hussitischer Kreise. In seinem „Prager Manifest“ prangerte er nunmehr schärfer als zuvor das Unvermögen des Klerus, der Mönche und Gelehrten an, das lebendige Wort Gottes zu vermitteln. „Aber am Volk zweifle ich nicht“, schrieb er. Der weitere Weg Müntzers nach der Rückkehr aus Prag ist nur zum Teil bekannt. Er weilte in Erfurt, in Nordhausen, war an Kolloquien in Wittenberg und Weimar beteiligt. Dazwischen lag eine Reise nach Süddeutschland.

Bedeutungsvoll war Müntzers Aufenthalt in der kleinen kur-sächsischen Ackerbürgerstadt Allstedt, wo er im März 1523 für ein Jahr und vier Monate Prediger wurde. Hier arbeitete er seine Lehre weiter aus und nutzte den Buchdruck zu ihrer Verbreitung. Zugleich reformierte er den Gottesdienst, hielt die Messe in deutscher Sprache ab. Das Volk strömte von weit her zu Müntzers Predigten, die den Fürsten bald zum Ärgernis wurden.

Der Konflikt spitzte sich zu, als eine Wallfahrtskapelle in der Nähe Allstedts von Anhängern der Reformation in Brand gesteckt wurde und der herzogliche Hof in Weimar die Bestrafung der Schuldigen verlangte. In Allstedt traten daraufhin die Bürger bewaffnet zusammen, und es wurde offenbar, daß Müntzer insgeheim ein „Verbündnis zum Schutze des Evangeliums“ geschaffen hatte. In der sogenannten Fürstenpredigt vom 13. Juli 1523 machte er den Versuch, seine Landesherren für die Reformation in seinem Sinne zu gewinnen.

Er forderte die Fürsten auf, die Sache der Reformation in die Hand zu nehmen und das Schwert zu gebrauchen, um die zu bestrafen, die das Evangelium mißachteten. Zugleich warnte er, daß ihnen das Schwert genommen werde, wenn sie es nicht zum Schutz des Evangeliums nutzten. Das war nicht mehr das Warten auf das göttliche Heil. Müntzer predigte das Handeln der Auserwählten zum Sturz der Gottlosen.

In den Auseinandersetzungen mit den Fürsten ruft er bald dazu auf, an anderen Orten Verbündnisse wie in Allstedt zu schaffen. In dieser Situation muß er erfahren, daß er sich nicht auf die Obrigkeit verlassen kann. Der Rat der Stadt weicht vor dem Landesherrn zurück. Am 7. August 1524 verläßt Müntzer heimlich Allstedt.

Das ist die Zeit, in der im Südwesten Deutschlands der Deutsche Bauernkrieg ausbricht, dem die Reformation vorgearbeitet hat. Die Aufständischen fordern „göttliches Recht“ und verstehen darunter zumeist Verbesserungen ihrer verzweifelten sozialen Lage.

Seit Mitte August 1524 hielt sich Müntzer in der freien Reichsstadt Mühlhausen im heutigen DDR-Bezirk Erfurt auf. Hier hatte sich mit der Reformation unter dem Einfluß des ehemaligen Mönchs Heinrich Pfeiffer zugleich eine bürgerliche Opposition herausgebildet. Schon einen Monat nach seinem Eintreffen kam es zum Aufruhr, an dem Müntzer nicht unbeteiligt gewesen sein dürfte. Jedenfalls war er Mitautor von Forderungen der unteren städtischen Schichten, die einen neuen Rat

verlangten, der auf der Grundlage des Evangeliums für Gerechtigkeit sorgen sollte. In dieser Zeit mag auch der „Ewige Bund Gottes“ in der Stadt gegründet worden sein, eine militärisch organisierte Organisation. Noch behielt jedoch der bisherige Rat die Oberhand. Müntzer und Pfeiffer wurden ausgewiesen.

Müntzer wandte sich nach Süddeutschland und kam jetzt auch mit den aufständischen Bauern in Berührung, die er bisher als Verbündete abgelehnt hatte, waren sie für ihn doch im Gegensatz zur Stadtermut Besitzende. Im Verhör vor den Richtern der Fürsten hat er später ausgesagt, daß er hier den Bauern gepredigt habe, wie man herrschen solle.

Ende Februar (1525) kehrte Müntzer nach Mühlhausen zurück, wo sich die Lage gründlich verändert hatte und die Herrschaft in die Hände der städtischen Opposition gelangt war. Er wurde Pfarrer von drei Stadtvierteln und predigte nun in der größten Kirche. Auf seine Initiative hin wurde am 17. März ein „Ewiger Rat“ gewählt, der zumindest einige Versuche machte, die Machtverhältnisse in der Stadt umzugestalten. Müntzer hatte indessen auch in anderen Thüringer Städten Anhänger gefunden. In einem Sendbrief forderte er zum Sturz der Tyrannen auf: „Man kann euch von Gott nicht reden, solange sie über euch regieren, dran, dran, solange ihr Tag habt. Gott geht voran, folget!“

Als der Herzog von Sachsen, der Landgraf von Hessen und die Herzöge von Braunschweig zum Schlag gegen den Bauernkrieg und die städtischen Aufständischen in Thüringen ausholten und auf Frankenhausen zurückzogen, wo sich ein Bauernheer versammelt hatte, rief Müntzer die Stadt Mühlhausen zur Unterstützung auf. Am 11. Mai traf er mit 300 Bewaffneten im Lager bei Frankenhausen ein. Fieberhaft versuchte er auch jetzt noch in Briefen, die Fürsten zur Umkehr zu bewegen und gleichzeitig in thüringischen Städten Verbündete zu gewinnen.



Schlacht im Bauernkrieg

Beides schlug fehl. Am 14. Mai griffen die Fürsten mit überlegenen Waffen an. Tage darauf war die Schlacht für die Aufständischen verloren. Tausende wurden niedergemetzelt. Müntzer selbst wurde gefangen, gefoltert und am 27. Mai 1525 gemeinsam mit Heinrich Pfeiffer hingerichtet. Ihre Köpfe wurden auf Stangen gespießt und zur Schau gestellt.

Quellenhinweis: „Thesen über Thomas Müntzer“ der Interdisziplinären Arbeitsgruppe der Akademie der Wissenschaften und des Hochschulwesens der DDR, veröffentlicht in der „Einheit“, Nr. 1/88: epd „Kirche im Sozialismus“ 9/88 und eine Kurzfassung in „Panorama DDR“ 8-VII-57/1.8. — (hel)



Bauern-Prediger

Aus Schriften und Briefen Thomas Müntzers

Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens

der ungetreuen Welt durchs Gezeugnis des Evangeliums des Lukas vorgetragen der elenden, erbarmungswürdigen Christenheit zur Erinnerung ihres Irrsals, Ezech. 8 ...

Soll anders jemand mit den ewigen Gütern erfüllt werden, so (wird) er nach langer Zucht dazu leer gemacht durch sein Leiden und Kreuz, auf daß ihm sein Maß des Glaubens mit den höchsten Schätzen christlicher Weisheit erfüllt werden möge, Kol. 2, Eph. 4. Es muß ein jeder die Kunst Gottes, den rechten Christenglauben nicht durch den stinkenden Atem teuflischer Schriftgelehrter empfangen, sondern durch ewige kräftige Worte des Vaters im Sohn mit Erläuterung des Heiligen Geistes und so in seiner Seele in die Länge, in die Weite, in die Breite, in die Tiefe, in die Höhe, Eph. 3, erfüllt werden ... Da muß das Große dem Kleinen weichen und vor ihm zuschanden werden. Ach, wüßten das die armen, verworfenen Bauern, es wäre ihnen (sehr) nütze. Gott verachtet die großen Hansen, so den Herodes und Kaiphas, Hannas, und nahm in seinen Dienst auf die Kleinen, so Maria, Zacharias und Elisabeth. Denn das ist Gottes Werk; er tut es bis auf den heutigen Tag nicht anders ...

O, liebe Freunde, es waren nicht große Köpfe mit prächtigen Titeln, wie sie jetzt die Kirche der Gottlosen hat, Psalm 26. Es meinen (immer noch) viele arme, grobe Menschen, daß die großen dicken, feisten Pausbacken gute (Erkenntnis) von der Grundlage des Christenglaubens besäßen. Ach, Allerliebste, was sollen die Leute doch urteilen, die (bei) uns alle (echte) Bewegung des Glaubens leugnen, verfluchen und verfolgen alles, was wider sie strebt aufs allerschmählichste? Denn sie haben ihr Leben mit tierischem Fressen und Saufen zugebracht, wurden von Jugend an aufs allerzärtlichste erzogen, haben ihr Leben lang keinen bösen Tag gehabt, wollen und mögen (auch) keinen mehr (erleben), (oder) um der Wahrheit willen einen Heller an ihren Zinsen nachlassen, und wollen (doch) Richter und Beschirmer des Glaubens sein.

Ach, du arme Christenheit, wie bist du mit deinen Tölpeln

ganz und gar zum Hackblock geworden; du bist doch recht übel mit ihnen versorgt!

Hochverursachte Schutzrede

und Antwort wider das geistlose, sanftlebende Fleisch zu Wittenberg, welches mit verkehrter Weise durch den Diebstahl der Heiligen Schrift die erbarmungswürdige Christenheit so ganz jämmerlich besudelt hat ...

Der arme Schmeichler will sich mit Christus in gedichteter Güte decken wider den Text des Paulus I. Tim. 1. Er sagt aber im Buch von der Kaufhandlung, daß die Fürsten sollen getrost unter die Diebe und Räuber streichen. Im selbigen (Buch) verschweigt er aber den Ursprung aller Dieberei. Er ist ein Herold, er will Dank verdienen mit der Leute Blutvergießen und (um) zeitlichen Gutes willen, welches doch Gott nicht (als seine Absicht) befohlen hat. Sieh zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsere Herren und Fürsten: (sie) nehmen alle Kreaturen als Eigentum; die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden muß alles ihrer sein, Jes. 5. Darüber lassen sie dann Gottes Gebot ausgehen unter die Armen und sprechen: Gott hat geboten, du sollst nicht stehlen; es (hilft) ihnen aber nicht. So sie nun alle Menschen (nötigen), den armen Ackersmann, Handwerksmann und alles, was da lebt, schinden und schaben, Micha 3, und wenn (einer) sich dann am allergeringsten vergreift, so muß er hängen. Da sagt dann der Doktor Lügner (auch noch): Amen. (Dabei) machen die Herren das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es (auf) die Dauer gut werden? Wenn ich das sage, muß ich aufrührerisch sein, wohlan!

An die Allstedter

etwa 26./27. April 1525 (Manifest an die Mansfelder Berggesellen) ...

Das sage ich euch, wollt ihr nicht um Gottes willen leiden, so müßt ihr des Teufels Märtyrer sein. Darum hütet euch, seid nicht so verzagt, nachlässig, schmeichelt nicht länger den verkehrten Phantasten, den gottlosen Bösewichtern; fangt an und streitet den Streit des Herrn! Es ist hohe Zeit, haltet eure Brüder alle dazu (an), daß sie göttliches Gezeugnis nicht verspotten, sonst müssen sie alle verderben. Das ganze deutsche, französische und welsche Land ist wach. Der Meister will (das) Spiel machen, die Bösewichter müssen dran. Zu Fulda sind in der Osterwoche vier Stiftskirchen verwüstet (worden), die Bauern im Klegau und Hegau, (im) Schwarzwald sind auf, dreimal tausend Mann stark, und der Haufe wird je länger je größer. Allein das ist meine Sorge, daß die närrischen Menschen sich in einen falschen Vertrag einwilligen, darum daß sie den Schaden doch nicht erkennen ...

Sieh, da ich die Worte schreibe, kam mir Botschaft aus Salza, wie das Volk den Amtmann des Herzogs Georg vom Schloß holen will, weil er drei habe heimlich umbringen wollen ... kurz: sie wollen ihrer keine Gnade haben. Es ist des Wesens viel, euch zum Vorbild. Ihr müßt dran, dran, es ist Zeit! Balthasar und Barthel Krump, Valtein und Bischof, gehet voran beim Tanz! Lasset diesen Brief den Berggesellen (zugänglich) werden ...

Dran, dran, solange das Feuer heiß ist! Lasset euer Schwert nicht kalt werden, erlahmt nicht. Schmiedet pinkepanke auf den Ambossen Nimrods, werfet ihnen den Turm zu Boden! Es ist nicht möglich, solange sie leben, daß ihr der menschlichen Furcht leer werden solltet. Man kann euch von Gott nichts sagen, solange sie über euch regieren. Dran, dran, solange ihr Tag habt; Gott geht euch voran, folget, folget! ...

Thomas Müntzer, ein Knecht Gottes wider die Gottlosen.

Texte entnommen aus: Th. Müntzer, Schriften und Briefe, hrsg. von G. Wehr, detebe 21809; weitere brauchbare Ausgaben: Th. Müntzer, Die Fürstenpredigt, Theologisch-politische Schriften, Reclam 8772; sowie: Hutten, Müntzer, Luther, Werke in zwei Bänden, I. Bd., Aufbau-Verlag, Berlin u. Weimar

DDR-Kirchenbund

Für Sozialbindung des Privateigentums

Des Theologen Müntzer revolutionäres Auftreten, seinen Aufruf zum Kampf gegen die damaligen Feudalherren für die kirchlich geprägte Opposition in der DDR zu nutzen, diese Chance, den kirchlichen Einfluß auszuweiten, wollte sich der Bund der evangelischen Kirchen in der DDR nicht entgehen lassen. Ende 1987 hatte der evangelische Kirchenbund eine „Orientierungshilfe zum Gedenken des 500. Geburtstages von Thomas Müntzer im Jahre 1989“ herausgegeben mit der Begründung: „Da die außerkirchliche Müntzerrezeption in der DDR eine besondere Bedeutung hat, müssen die evangelischen Kirchen entsprechend dem neuesten Stand der Müntzerforschung gesprächsfähig sein und die Möglichkeiten zu einem Dialog wahrnehmen.“

Im Juni dieses Jahres führte der Kirchenbund daher einen „Thomas-Müntzer-Kongreß“ in Mühlhausen durch. Der Vorsitzende der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Dr. Leich, wies in seinem Kongreß-Schlußwort die Richtung, in die die Kirchenfunktionäre in der DDR „nun die Umsetzungen in die Wirklichkeit unserer Gemeinden vornehmen“. Vom neuesten angeblichen Forschungsstand abgesichert, hielt Bischof Dr. Leich fest:

Die Kirchenmitglieder sollen in Gedenken Müntzers „die Konsequenzen der Evangeliumsverkündigung für die eigene Situation“ politisch benennen.

„Wer Thomas Müntzer ehrt, muß damit rechnen, daß das Evangelium von Jesus Christus den ganzen Menschen ergreift und damit auch eine politische Dimension hat. Sie kommt allein aus der Zuwendung Gottes zu den Menschen und aus seinem Anspruch und ist unabhängig von Staats- und Gesellschaftsformen, von Ideologien und politischen Programmen.“ Die Kirchen und ihre Mitglieder können sich also ihrer politischen Aussagen sicher sein, da sie von der letztgültigen Wahrheit angesprochen worden sind. Was sie hier und jetzt politisch vertreten, ist dabei nicht etwa von ihren historisch bedingten, höchst irdischen Ansichten und Interessen geprägt. Gott bewahre! Was Kirchen und ihre Mitglieder politisch zu sagen haben, ist, da die politische Dimension allein von Gott kommt, damit unabhängig von Gesellschaftsformen. Bischof Dr. Leich sagte dann, wie das derzeit in der DDR hoch organisierte Handeln der Kirchen und ihrer Mitglieder nur richtig zu verstehen sei: weder für Sozialismus noch für Kapitalismus, auch nicht gegen Sozialismus oder gegen Kapitalismus. Nein! Aus der Zuwendung Gottes zu den Menschen hielten die Kirchen und ihre Mitglieder eine neutrale Position für das von Gott Gewollte. Bischof Dr. Leich: „Es ist weder von der Kirche zu erwarten, daß sie vorhandene Staats- und Gesellschaftsformen in ihrer zeitbedingten Ausprägung grundsätzlich bestätigt, noch ist von ihr zu erwarten, daß sie sie grundsätzlich in Frage stellt.“ Wer's glaubt, wird selig

...
Schauen wir zur Überprüfung etwas genauer hin, was die Kirchenfunktionäre dem Theologen und Aufrührer Thomas Müntzer als letzten Forschungsstand über seine Ziele und Forderungen zuschreiben.

In der „Orientierungshilfe“ schreibt die Arbeitsgruppe des DDR-Kirchenbundes, was Müntzer nach ihrer Ansicht zu den Macht- und Besitzverhältnissen dachte: „Müntzer hat den Bauernkrieg nicht ausgelöst. Er zeigt jedoch auf, daß Macht- und Besitzverhältnisse nicht durch ihre bloße Existenz gerechtfertigt sind, sondern daß sie ihren Nutzen für die Allgemeinheit erweisen müssen. Kann es nicht erforderlich sein, daß auch Christen an einer Umgestaltung ungerechter Verhältnisse mitwirken?“

Sind diese Kirchenfunktionäre tatsächlich der wissenschaftlichen Meinung, daß Thomas Müntzer schon vor 465 Jahren die

Formulierung des heutigen westdeutschen Staates zur Absicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln kannte und unter der Losung: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“ (Grundgesetz der BRD, Artikel 14, Absatz 2), den Kampf der städtischen Plebejer und der Kleinbauern gegen die Mächtigen, die Besitzenden und Reichen führte?

Thomas Müntzer hatte in seinem Kampf für die Heraufführung des Reiches Gottes auf Erden die Beseitigung des Reichtums und der Macht weniger Herren über den gemeinen Mann grundsätzlich gefordert: „Daneben ist eine (weitere) Unmöglichkeit in Matth. 6 an(gezeigt), (wo) den Ungläubigen, Wollüstigen gesagt wird: ‚Ihr könnt nicht Gott und den Reichtümern dienen.‘ Wer dieselbigen Ehre und Güter in Besitz nimmt, der muß zuletzt ewig von Gott leer gelassen werden, wie Gott im 5. Psalm sagt. Ihr Herr ist nichtig und darüber müssen die gewaltigen, eigensinnigen, ungläubigen Menschen vom Stuhl gestoßen werden, weil sie den heiligen wahrhaftigen Christenglauben in sich und in der ganzen Welt verhindern, so(bald) er mit allem seinem wahrhaftigen Ursprung aufgehen will.“ (Ausgedrückte Entblößung des falschen Glaubens)

Der DDR-Kirchenbund unterschreibt seine eigene gegen die sozialistische Beseitigung des Privateigentums gerichtete Auffassung dem Theologen und Revolutionär Thomas Müntzer.

„Es müntzert wieder?“ Mit Gott und dem DDR-Kirchenbund für die Umgestaltung ungerechter Verhältnisse? Der Kirchenbund tritt jedenfalls nicht ein für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft, in der der gemeine Mann das Sagen hat. Müntzer hatte — entgegen aller Erkenntnisse der Kirchenforschung — andere Ziele als der DDR-Kirchenbund.

Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung der „Orientierungshilfe“ des DDR-Kirchenbundes, wann — nach Müntzer — die Macht dem gemeinen Mann gehören solle: „Müntzer war der Überzeugung, der Obrigkeit sei das Schwert verliehen, um die Frommen bei der Reformation der Kirche und der Veränderung der Welt gegen die Gottlosen zu unterstützen. Sofern sie dieser Aufgabe nicht nachkäme, werde ihr die Gewalt genommen und dem wahrhaft gottesfürchtigen Volk, dem Glieder aus allen Ständen angehören können, gegeben werden (Dan. 7).“

Im Verlauf seines Kampfes, in dem Müntzer zunächst die Fürsten aufgefordert hatte, auf seiner Seite zu fechten, war Müntzer aber zu der Auffassung gekommen, daß bei den Herren selber die Ursache liegt, weswegen ihnen die Macht genommen werden muß und die Macht in die Hände des gemeinen Mannes gehört: „Sieh zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und Räuberei sind unsere Herren und Fürsten; (sie) nehmen alle Kreaturen als Eigentum . . . Da sagt dann der Doktor Lügner (auch noch): Amen. (Dabei) machen die Herren das selber, daß ihnen der arme Mann feind wird. Die Ursache des Aufruhrs wollen sie nicht wegtun, wie kann es (auf) die Dauer gut werden?“ (In: Hochverursachte Schutzrede, gegen Dr. Luther gerichtet)

Der DDR-Kirchenbund sehnt sich — im Gegensatz zu Müntzer — schon nach einer vom armen Mann nicht bestimmten Macht, nach der von Gott eingesetzten Obrigkeit der Herren.

Damit die evangelischen Kirchen in der DDR weiter bei ihren Müntzer-Unterschiebungen, der Ablehnung des Gemeineigentums und der Ablehnung der Macht der Werktätigen bleiben und der Gesellschaftsform der Bundesrepublik die Stange halten, dafür ist gesorgt: Nach Angaben des Berichterstatters der westdeutschen EKD-Kirchen von 1981 zahlten schon damals die Kirchen in der Bundesrepublik etwa 60% aller Ausgaben der Kirchen in der DDR. Seit 1981 sind diese Zahlungen eher gestiegen.

Wer zahlt, schafft an.

Quellenhinweise: epd-Dokumentation 9/88; Kirche im Sozialismus Okt. 1989; Thomas-Müntzer-Kongreß 8.—10.6.1989, Presseinformation Nr.8; M.M. Smirin, Thomas Müntzer und die Lehre von Joachim von Fiore, Sinn und Form 1952, Heft 1, S.69ff.; Politische Berichte 26/81 — (gba)

Dokumente aus dem PKK-Prozeß

Heftiger Widerstand gegen Isolationshaft und Einschränkung von Verteidigungsrechten

Im Prozeß gegen die Kurdinnen und Kurden vor dem OLG Düsseldorf haben sich die Auseinandersetzungen zwischen den Gefangenen und ihrer Verteidigung und der Bundesanwaltschaft verschärft. Am Mittwoch, dem 13.12., traten alle Gefangenen in einen dreitägigen Hungerstreik, um gegen ihre unerträglichen Haftbedingungen und gegen die Bedingungen im Prozeß zu protestieren. Der Angeklagte Ali Haydar Kaytan hat seit eineinhalb Monaten keinerlei Hofgang mehr machen können, weil er es ablehnt, die entwürdigenden Leibesvisitationen vor und nach jedem Hofgang hinzunehmen. Trotzdem ist die JVA nicht bereit, die Anordnung dieser Leibesvisitationen aufzuheben. Anträge auf neue Farbbänder für die Schreibmaschinen, mit denen die Gefangenen sich auf ihre Verteidigung vorbereiten, werden wochenlang verschleppt und nicht beschieden. Buchsendungen ihrer Verteidiger werden ohne Begründung angehalten, Beschwerden der Anwälte gegen solche Anhalteverfügungen nicht behandelt. Nach Angaben der Verteidigerinnen und Verteidiger müssen die Gefangenen seit Wochen die gleiche Wäsche benutzen, weil sich die JVA Düsseldorf auf den Standpunkt stellt, ohne richterliche Anordnung könne sie die Wäsche der Gefangenen nicht reinigen.

Zur Unterstützung der Angeklagten haben sich inzwischen weitere Rechtsanwälte dem Gericht als Wahlverteidiger gemeldet, darunter die niederländische Rechtsanwältin Land aus Amsterdam, Rechtsanwalt Beat Schuler aus Zürich, Rechtsanwalt Rüdiger Deckers vom Deutschen Anwaltsverein, RA Armin Golzem von der Hessischen Strafverteidigervereinigung sowie Rechtsanwalt Kerth aus Solingen vom Vorstand der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen. Mehrere Vereinigungen von Rechtsanwälten unterstützen damit den Protest der Angeklagten und ihrer Verteidigung gegen die Haft- und Prozeßbedingungen.

Bundesanwaltschaft und Gericht scheinen gleichermaßen besorgt und erbost über den anhaltenden Widerstand der Gefangenen und die Proteste auch von nicht am Verfahren beteiligten Rechtsanwälten. Ihre Absicht, die Gefangenen zu zermürben, lange bevor das Urteil gefällt wird, scheint gefährdet. Entspre-

chend hektisch reagieren sie. Am 13.12. hat das Gericht auf die Beschwerden der Angeklagten und der Verteidiger gegen die Glastrennwand mit einem völlig unbegründeten Abbruch der Verhandlung reagiert. Gleichzeitig droht die Bundesanwaltschaft aus Karlsruhe, die Anwälte würden den Prozeß verschleppen. Im Verfahren selbst haben die Vertreter der Bundesanwaltschaft mehrfach versucht, die Ausführungen der Angeklagten und ihrer Verteidigung zu zensieren. Bislang blieb dies ohne Erfolg. Man muß aber damit rechnen, daß das Gericht versucht, den Angeklagten das Wort zu entziehen und ihre Verteidigung durch Verfahrenseingriffe weiter zu erschweren, um auf diese Weise den Antrag auf Einstellung zu beenden und stattdessen mit der Verlesung der Anklage zu beginnen. Im folgenden dokumentieren wir weitere Auszüge aus der Erklärung von Ali Haydar Kaytan zu der politischen Vorbereitung des Verfahrens sowie Auszüge aus dem Antrag des Verteidigers E. Schultz, der sich mit der systematischen Vorverurteilung der Angeklagten und mit der gesetzlichen Vorbereitung des Prozesses durch die Bundesanwaltschaft und die Bundesregierung befaßt. Im „Kurdenprozeß-Aktuell“ sind weitere Dokumente veröffentlicht. So hat der Verteidiger Dirk Schonian enthüllt, daß die Bundesanwaltschaft alle Personalien der Angeklagten der türkischen Justiz zugeleitet hat, angeblich, um die Richtigkeit der von den Angeklagten angegebenen Namen, Geburtsorte usw. zu überprüfen. Die Folgen wertet Schonian so: „Mitglieder und aktive Sympathisanten der Organisation PKK müssen — unabhängig, ob sie sich an gewaltsamen Auseinandersetzungen beteiligt haben — in der Türkei mit einem Strafverfahren bzw. der Einleitung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens wegen Verstoß gegen Artikel 125 („Separatismus“ u.a. Vorwürfe, Anm. d. Red.), 141 ff („Kommunistische Bestrebungen“ u.ä., Anm. d. Red.) türkisches Strafbuch rechnen ... Mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit hat daher die Bundesanwaltschaft durch das Rechtshilfeersuchen an einem Ermittlungsverfahren gegen meinen Mandanten mitgewirkt, wenn nicht gar dieses veranlaßt, in welchem diesem die Verhängung der Todesstrafe droht.“ — (rül)



ARGK-Guerilla

Ali Haydar Kaytan zur Vorgeschichte des jetzigen Prozesses

... Jede revolutionäre Bewegung schreitet voran, indem sie mit ihrer eigenen Organisation auch der Organisation der Konterrevolution Vorschub leistet. Angesichts der revolutionären Bewegung sehen sich die Kräfte, deren Interessen erschüttert werden, gezwungen, sich ihrerseits zusammenzuschließen. Dieses Prinzip wird auch durch die Praxis des von unserer Partei geführten revolutionären Kampfes bestätigt. Daß der in Kurdistan begonnene Guerillakrieg trotz aller Versuche des Feindes, diesen niederzuringen, sich weiterentwickelt, hat die imperialistischen Zentren dazu gebracht, sich gegen die PKK-Bewegung zusammenzuschließen. Die reaktionären Nato-Kreise und die westeuropäische Sozialdemokratie nahmen gegenüber der PKK-Bewegung eine gemeinsame Haltung ein.

Die sozialdemokratischen Kreise, die die Unmöglichkeit erkannten, unsere Partei zur Rückkehr zu bewegen, billigten die Liquidationspläne der Nato. Die Nato, die unsere Partei als terroristisch deklarierte, um sich durch das imperialistische System zertreten lassen zu können, hat ihre Fähigkeit, Verschwörungen zu inszenieren, demonstriert und dabei neue Beispiele ihres Könnens gegeben. Die Entschlossenheit, die die imperialistischen Kräfte an den Tag legten, um die PKK-Bewegung zu vernichten, kostete den geschätzten Staatsmann Olof Palme das Leben. In Folge einer Zusammenarbeit der Nachrichtendienste der imperialistischen Staaten wurde der schwedische Ministerpräsident Olof Palme in niederträchtigster Weise ermordet. Nach diesem Komplott wurde der Freiheitskampf

des kurdischen Volkes zum Hauptziel der imperialistischen Aggression. Die Verantwortung für dieses schreckliche Verbrechen versuchte man, unserer Partei in die Schuhe zu schieben. Sämtliche imperialistischen Kreise, die diesen Mord, der in gemeinsamer Täterschaft von der CIA, dem MIT, der SAPO und dem Mossad begangen wurde, als ein Losschlagen verstanden, eröffneten einen massiven Krieg gegen unsere Partei.

Die Gründe, warum man unserer Partei in diesem Drehbuch eine aktive Rolle übertrug, liegen offen auf der Hand. Olof Palme stand im Mittelpunkt des Interesses breiter Kreise; er war ein beliebter und geachteter Politiker. Eine revolutionäre Organisation, die mit dem Mord an einem solchen Politiker in Verbindung gebracht würde, würde mit einer starken Empörung dieses großen Umfeldes konfrontiert werden. So würde das Tätigkeitsfeld dieser Organisation in Westeuropa weitestgehend eingeengt, sie selbst käme in die Situation, nicht mehr arbeiten zu können. Gelänge es, dieses Szenarium glatt über die Bühne zu bringen, dann würde die PKK zur Hauptzielscheibe der westeuropäischen Polizei, würde sie von der Landkarte Westeuropas gestrichen. Aus der Perspektive des Unabhängigkeitskampfes in Kurdistan gesehen, hätte dies weitreichende Konsequenzen. Unsere Partei führt einen nationalen Befreiungskampf an. Der Erfolg dieses Kampfes hing davon ab, daß sie mit ihren Verbündeten erforderliche Beziehungen und Verknüpfungen aufnehmen konnte. In diesem Sinne stellt Westeuropa ein geeignetes Betätigungsfeld dar. Gelänge es, die PKK aus dieser Region zu entfernen, würde sie der Möglichkeit beraubt sein, mit ihren Verbündeten Beziehungen einzugehen. Eine PKK-Bewegung, die man vom Ausland isolieren würde, die somit völlig auf sich allein gestellt wäre, könnte von den türkischen Kolonialisten leichter vernichtet werden.

Auch dieses Komplott im Zusammenhang mit der Ermordung Olof Palmes brachte, was die Absichten und Ziele bezüglich unserer Partei betraf, keinen Erfolg. Es dauerte nur kurze Zeit, bis deutlich wurde, daß unsere Partei mit diesem Komplott nichts zu tun hatte. Hierauf verkehrte sich die Kampagne zur Diskreditierung ... Das Ansehen der PKK-Bewegung in der Öffentlichkeit nahm zu. Der reiche humanistische und demokratische Inhalt unseres nationalen Befreiungskampfes wurde von breiten Kreisen besser verstanden. Die Sympathie und die Unterstützung seitens der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte für den nationalen Befreiungskampf in Kurdistan nahm stetig zu ...

Als zu dieser Entwicklung auch noch hinzukam, daß der Guerillakrieg in Kurdistan nicht zu stoppen ist, sprang die Spiralfeder der imperialistischen Aggression vollständig aus ihrer Führung. Der deutsche Imperialismus, der zu dem faschistischen türkischen Staat historische



Lagernde ARGK-Einheit

und freundschaftliche Beziehungen unterhält, die auf die Zeit des Osmanischen Reiches zurückgehen, übernahm bei diesen Aggressionen die Rolle des Dirigenten. Die Angriffe des deutschen Imperialismus, die seit 1984 fortgesetzt werden, haben 1988 dann das jetzige Ausmaß eines Krieges angenommen, eines Krieges, der nie erklärt wurde ...

1988 war ein Jahr, in dem die umfangreichsten Komplote gegen unsere Partei vorbereitet und in die Tat umgesetzt wurden. Dieses Gerichtsverfahren steht für sich nicht als Ganzes da, sondern ist ein Teil jenes Planes der Nato, den sie im gleichen Jahr in die Tat umzusetzen begann, mit dem Ziel, unsere Partei zu liquidieren. Der Hauptteil dieses Planes wurde im Ausland in die Tat umgesetzt. Hauptziel dieser Aggression ist die Vernichtung unserer legitimen Parteiführung. Innerhalb des Drehbuchs der Nato wird der Eindruck erweckt, daß unsere Partei intern in „zwei Flügel“ gespalten sei, die sich gegenseitig bekämpfen. Angeblich hätten die „Gemäßigten“ innerhalb der Partei gegen die Führung von Abdullah Öcalan und gegen die von ihm repräsentierte revolutionäre Linie aufbegehrt. Dem Szenarium entsprechend sollten die „Gemäßigten“ unterstützt und sollte der „terroristische Flügel“ liquidiert werden; zu Beginn des Jahres 1988 begann man damit, diesen Plan in die Tat umzusetzen. Als die Bundesanwaltschaft mobil machte, um die PKK-Kader festzunehmen, haben die Agenten des Imperialismus mit der Losung „Ja zur PKK — Nein zu Apo“ ihren auf der Bühne für sie vorgesehenen Platz eingenommen. Es ist nicht zufällig, daß die gegen uns verfaßte Anklageschrift sich auf dasselbe Szenarium stützt. Auch in der Anklageschrift wird unsere Partei in zwei sich bekämpfende Flügel aufgeteilt, der unter der Führung von Abdullah Öcalan — diesem Stolz unserer Nation — steht, wird beschuldigt, „terroristisch“ zu sein. Die

Bundesanwaltschaft wertet die Verbundenheit gegenüber der Führung von Öcalan als „Schuld“ ...

Daß die imperialistische Aggression gegen unsere Partei und unseren Kampf dermaßen forciert wird, daß hierbei die grundsätzlichen Prinzipien internationalen Rechts mit Füßen getreten werden, dies resultiert aus dem Bankrott der traditionellen Kurdistanpolitik des Imperialismus. Die Nato, die die Geburt eines neuen Vietnams im Mittleren Osten nicht möchte, ist aus diesem Grund auf eine neue Kurdistanpolitik übergeschwenkt. Das Wesen dieser Politik zeichnet sich dadurch aus, daß man das Kurdistanproblem auf eine Art und Weise lösen möchte, die das imperialistisch-kapitalistische System nicht allzusehr anstrengt. Die Zauberformel, die man zur Lösung dieses Problems gefunden hat, heißt kulturelle Autonomie. Die Aussichten auf einen praktischen Erfolg in dieser Art und Weise werden jedoch von der Vernichtung der PKK-Bewegung abhängig gemacht ... Und genau in diesem Punkt sind die wahren Gründe dafür zu suchen, daß die Bundesanwaltschaft als Vollstreckerin einer „verspäteten Gerechtigkeit“ auf den Plan tritt, die Ärmel hochkrempelt und die sichtbare Befehlszentrale dieses Krieges übernimmt ...

Daß an der Spitze des Nato-Hauptquartiers ein bundesdeutscher Staatsbürger, der verehrte Manfred Wörner steht, hat dazu geführt, daß der traditionelle Zerstörungstrieb des deutschen Imperialismus zügig Auftrieb bekam. Der aggressive Charakter der Nato wird durch den „Herrenrassen“-gedanken des deutschen Imperialismus zusätzlich gestützt ... Der deutsche Imperialismus zielt darauf ab, die PKK-Bewegung zu liquidieren und unternimmt somit den Versuch, sich der großen Gefahr zu entledigen, die sich gegen seine strategischen Interessen im Mittleren Osten richtet. Dieser Ritter des imperialistischen Systems, der keinerlei

Regeln kennt, sieht das Überleben des faschistischen türkischen Staates darin, daß die PKK-Bewegung stirbt. Das ist das Verständnis, das seine gesamte Praxis bestimmt. Die Befürchtung, daß seine Interessen im Mittleren Osten verletzt werden, hat den deutschen Imperialismus, der die Beschlüsse der Vereinten Nationen mißachtet, dazu gebracht, einen Krieg gegen den Unabhängigkeitskampf in Kurdistan zu führen ...

Wir sind keine selbstherrlichen Personen. Wir sind einfache Menschen in den Reihen eines gerechten und legitimen Befreiungskampfes, den ein Volk führt, um die Ketten der kolonialistischen Versklavung zu brechen. Bei der Auseinander-

setzung zwischen der Revolution und der Konterrevolution repräsentieren wir die revolutionären Kräfte ... Dieser Krieg ist ein Krieg zweier verfeindeter Lager. Der Imperialismus hat diesen Krieg bis in die Gerichtssäle getragen. Es ist schwer zu verstehen, wer im Recht ist, wenn man die Ziele und Absichten dieser sich bekämpfenden Seiten nicht berücksichtigt ...

Die gegen uns verfaßte Anklageschrift ist das Manifest eines der beschämendsten Kriege unseres Zeitalters, eines Krieges gegen die unverletzlichen, unveräußerbaren und unverzichtbaren Rechte der Nationen, eines Krieges gegen die grundlegenden Werte der

Menschheit. Diese Anklage ist der schriftliche Ausdruck der konterrevolutionären Intervention gegen den Unabhängigkeitskampf Kurdistans, einer Intervention, die der deutsche Imperialismus anführt ...

(Ali Haydar Kaytan)

Quellenhinweis: Teile der Erklärung Kaytans sind bereits in den bisher erschienenen Ausgaben des „Kurdenprozeß Aktuell“ erschienen (Bestellungen an: Kurdistan-Komitee in der BRD e.V., Scheibenstr. 18, 4000 Düsseldorf 30, Tel. 0211/4983172). Die gesamte Erklärung wird demnächst in einer Broschüre veröffentlicht, die ebenfalls über das Kurdistan-Komitee in Düsseldorf oder das Kurdistan-Komitee in Köln, Hansaring 66, 5000 Köln I, bezogen werden kann.

RA E. Schultz: Systematische und rechtswidrige Vorverurteilung durch die BAW

... Im vorliegenden Verfahren ergibt sich die massive öffentliche Vorverurteilung aus fünf Umständen, die zusammenwirken und sich in der Wirkung potenzieren:

- a) Bereits die bestehende Regelung der Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren Nr. 4a ist im Laufe des Ermittlungsverfahrens in schwerwiegender Weise verletzt worden;
- b) die öffentliche Vorverurteilung besteht weiter in der Form einer systematischen Medienkampagne gegen die Angeklagten durch Strafverfolgungs- und andere Bundesbehörden;
- c) die öffentliche Vorverurteilung seitens der Staatsorgane trifft nicht nur die Angeklagten selbst als Person, sondern darüber hinaus die Kurden generell und insbesondere die kurdischen Organisationen, denen sie zugerechnet werden, durch massive Unterdrückung und polizeiliche sowie strafrechtliche Verfolgung und wirkt so verstärkt zurück auf die Angeklagten dieses Verfahrens;
- d) die Strafverfolgungsbehörden waren sogar maßgeblich daran beteiligt, sich die Rechtsgrundlagen für den Beginn dieses Ermittlungsverfahrens und geeignete Beweismittel für die Hauptverhandlung überhaupt erst zu schaffen;
- e) das Oberlandesgericht Düsseldorf hat die Vorverurteilung in zahlreichen Beschlüssen und mit anderen Verhaltensweisen fortgesetzt.

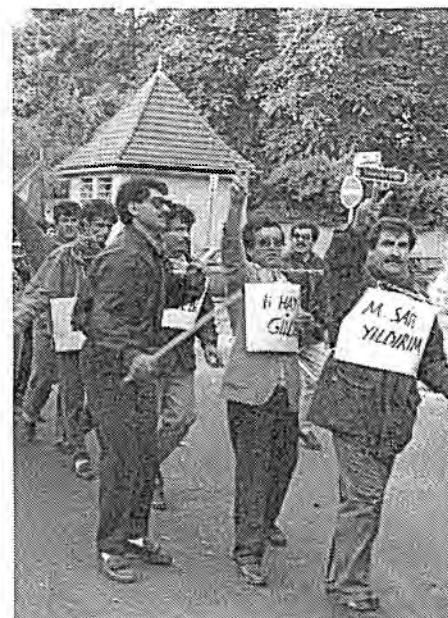
Im Ergebnis liegt daher ein Extremfall der öffentlichen Vorverurteilung seitens der Strafverfolgungs- und anderer staatlicher Behörden vor, die die Annahme eines Verfahrenshindernisses für das vorliegende Verfahren zwingend machen.

Zu a): Die bestehenden rechtlichen Regelungen wurden systematisch mißachtet: In den Ermittlungsakten (Sachaktenordner. SAO) befinden sich zahlreiche Schreiben der Ermittlungsorgane an andere Behörden, sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch ins Ausland, in denen jeweils die vollen Namen der Be-

troffenen, also auch der Angeklagten, sowie die Tatvorwürfe enthalten sind. Zahlreiche Presseerklärungen des Generalbundesanwalts enthalten nicht nur vollständige Namen und Vornamen der Angeklagten, sondern sogar genaues Geburtsdatum und Geburtsort, den Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit, als „Berufsangaben“ und bei mehreren der Angeklagten, so auch meinem Mandanten, die Bezeichnung „Parteifunktionär“ (vgl. Pressemitteilung des Generalbundesanwalts v. 27.7.1989, 18.2.1988, 6.4.1988, 22.12.1988, 4.1.1989). In dem Zusammenhang werden für die einzelnen Angeklagten genaue Angaben der strafrechtlichen Vorwürfe gemacht. Bereits die erste Presseerklärung des Generalbundesanwalts vom 18.2.1988 führt u.a. aus: „Vereinigungen von Ausländern mit angemessener Kontroll- und Strafbefugnis gegenüber hier lebenden Landsleuten nach Art eines ‚Staates im Staate‘ — auch mit Drohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Einrichtungen, z.B. Besetzung des dpa-Büros in Paris (!?) — müssen entschieden bekämpft und ggf. verboten werden ... Die präventive und repressive Bekämpfung terroristischer und krimineller Ausländerorganisationen mit politischem Hintergrund ist eine besonders wichtige und aktuelle Aufgabe der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden unseres Staates.“ (Seite 8 und 9) Zwischenergebnis: Noch nicht einmal die sogar von der Bundesregierung als zu dürflich angesehene Regelung des Nr. 4a RiStBV wurde von den Ermittlungsbehörden eingehalten.

Zu b): Massive Vorverurteilung seitens der Strafverfolgungs- und anderer staatlicher Behörden

Über die dargelegte Mißachtung des Persönlichkeitsschutzes und der Unschuldsvermutung hinaus wurden die Angeklagten in der Öffentlichkeit wiederholt als bereits überführte „Terroristen“ hingestellt:



Protest gegen den PKK-Prozeß in Düsseldorf

— Am 6.7.1988 erklärte Generalbundesanwalt Rebmann im ZDF im Rahmen einer Sendung mit dem Titel „Internationaler Terrorismus — wer ist die Arbeiterpartei Kurdistans?“ (Studio 1, ab 20.15 Uhr) u.a.: „Derzeit sitzt ein Beschuldigter mit einer lebenslangen Freiheitsstrafe wegen Mordes, begangen im Auftrag der PKK, in Strafhäft ... Zwölf Beschuldigte, zwölf Haupttäter, so würde ich sagen, sitzen in U-Haft ...“ Von einem Auftrag der PKK steht in dem Urteil gegen Ali Aktas kein Wort. Was eigentlich in der Hauptverhandlung erst bewiesen werden müßte — der Auftrag der PKK zu einem Mord, ob die zwölf Beschuldigten zwölf Haupttäter sind —, wird hier bereits als feststehend hingestellt.

So ist es kein Wunder, daß die Zeitschrift „Kriminalistik“ in der Rubrik „Staatschutz“ in der Nr. 7/88 einen mehrseitigen Artikel zum Thema „Gegnern droht die Hinrichtung — die kurdische Arbeiterpartei (PKK) und ihre kriminellen Aktivitäten in der Bundesrepublik“ mit Zwischenüberschriften arbeitet wie „PKK: Eine Reihe schwerster Strafta-

ten“, und SAT 1 anlässlich der Anklageerhebung am 8.11.1988 per Videotext die Meldung ausstrahlt:

„Im ersten Verfahren gegen kurdische Terroristen hat Generalbundesanwalt Rebmann gegen 16 Kurden Anklage erhoben. Grund: Mehrfacher Mord und Freiheitsberaubung.“ Teilt doch Generalbundesanwalt Rebmann in der „Pressemitteilung“ vom 8.11.1988 anlässlich der Anklageerhebung als bereits feststehende Fakten u.a. mit — und zwar vor der Ausführung, was den Angeeschuldigten im wesentlichen „zur Last gelegt“ werde:

„Dabei ist es offizielle Parteilinie der PKK, daß wirkliche oder vermeintliche Abweichler aus den eigenen sowie Repräsentanten konkurrierender kurdischer Organisationen bis hin zur physischen Vernichtung verfolgt werden ... Abtrünnige oder wegen parteischädigenden Verhaltens aufgefallene Parteimitglieder werden gewaltsam sogenannten Volks- und Revolutionsgerichten zugeführt, die ... Strafen bis hin zur Tötung des ‚Verräters‘ verhängen und auch vollstrecken. Eines dieser ‚Gerichte‘ betätigte sich in Köln, dem Sitz der Europaführung der PKK.“

Es wird daher der Eindruck erweckt, als seien alle diese Behauptungen, und damit die terroristische Vereinigung innerhalb der PKK, bereits bewiesen, als könne es allenfalls noch um den Tatbeitrag der einzelnen Angeklagten gehen!

Zu c): Vorverurteilung der kurdischen Organisationen, denen die Angeklagten zugerechnet werden.

Seit 1984/85 werden die PKK und ihr nahestehende kurdische Organisationen systematisch durch die Bundesregierung, Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter als „Hauptfeind der inneren Sicherheit“ aufgebaut.

— Im Verfassungsschutzbericht 1984 (erschienen 1985) werden zum erstenmal kurdische Organisationen erwähnt. In dem Abschnitt „türkische Kurden“ wird die PKK als „militante und aktivste international operierende Organisation“ bezeichnet, die angeblich auch „Abweichler“ und „Verräter“ aus der eigenen Organisation verfolgt und liquidiert;

— Auf der Londoner Konferenz der EG-Innenminister, bei der es um die Festlegung einer wirksamen Strategie zur Terrorismusbekämpfung ging, betonte der bundesdeutsche Innenminister Zimmermann die „Verbindung der separatistischen türkischen und kurdischen Gruppen mit den internationalen terroristischen Organisationen“ (Cumhuriyet vom 28.9.1986);

— Im April 1987 erklärte Zimmermann, daß gegen Gruppen, die auf deutschem Boden „separatistische Aktivitäten gegen die Türkei“ führten, Ermittlungen geführt und einige Zentren von ihnen, wie die PKK, verboten würden; dieser Entschluß sei nach Gesprächen mit der türkischen Regierung gefaßt worden (türki-

sche Zeitung „Hürriyet“ vom 5.4.1987)

— Am 27.7.1989 führte Generalbundesanwalt Rebmann auf dem „Halbjahrespressegespräch“ u.a. aus:

„Die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist aus meiner Sicht derzeit und auf absehbare Sicht weniger gefährdet durch den deutschen Terrorismus von links, der auch weiter virulent sein wird, als durch Aktivitäten ausländischer terroristischer Gruppierungen.“

Hier nannte er insbesondere die PKK, die unverändert ein gewichtiges und auch innerhalb der BRD im Wachsen befindliches Gefährdungspotential bilde. In seinem Bericht heißt es hierzu:

„Ermittlungen aus der jüngsten Vergangenheit bestätigen die bisherige Einschätzung, daß die in terroristische Praktiken eingebundenen Unterorganisationen der ‚PKK‘ im Bundesgebiet über eine weitgefächerte logistische Struktur verfügen und auch im personellen Bereich auf ein derzeit noch nicht abschätzbares

verfolgten und strafrechtlich relevanten Aktivitäten der PKK.“ (Nr. 10, Oktober 1989, Seite 3)

... In der Pressemitteilung vom Juli 1988 führt er aus, auf einer Veranstaltung der PKK habe der Sprecher erklärt, ihr Generalsekretär Öcalan plane die Entführung oder Erschießung eines hohen Richters oder Staatsanwalts, falls die Freilassung der Inhaftierten auf dem Verhandlungswege nicht erreicht werden könnte (21.7.1988, Seite 4ff). Die von Rebmann behaupteten Äußerungen sind jedoch nachweislich nicht gemacht worden, die Aufforderung der Verteidigung, die Behauptung öffentlich zurückzunehmen oder sie zu beweisen, wurde von ihm ausweichend beantwortet. In den Ermittlungsakten findet sich als einziger Hinweis ein Fernschreiben des Bundesverfassungsschutzes in Köln, wonach aus Kreisen der PKK entsprechendes bekannt geworden sei, der letzte Satz des Telex lautet:

„Zu dieser Information liegt bisher



21.10.89: Düsseldorf

Reservoir zurückgreifen können. Die Querverbindungen zum west- und nord-europäischen Ausland sind derzeit nur ansatzweise überschaubar.“ (Pressemitteilung, Seite 10)

In einem soeben bekanntgewordenen Interview des Informationsdienstes „Terrorismus“ vom Oktober 1989 äußert sich der Generalbundesanwalt Rebmann zu der Frage: „Sind einige bei uns operierende Ausländerzirkel als eine Art logistische Basis oder ‚fünfte Kolonne‘ für ausländische Terroreinheiten anzusehen?“:

„Das kann man nicht generell sagen. Bei der PKK bildet allerdings eine ganze Reihe von legalen ausländischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland die logistische Basis für die von mir

keine Vergleichsmeldung vor, eine Bewertung kann somit nicht vorgenommen werden.“ Trotzdem wird die Behauptung von Generalbundesanwalt Rebmann in der Pressekonferenz vom 27.7.1989 wieder aufgegriffen und in Zusammenhang mit „publizistischen Angriffen“ ausgeführt:

„... Muß die damit verbundene Drohung auch von Angehörigen der Justiz und der Sicherheitsbehörden ernst nehmen. Ich habe die große Sorge, daß wir bei Prozeßbeginn und während des Prozesses mit weiteren, auch militanten Aktionen der ‚PKK‘, auch mit Hungerstreiks der Inhaftierten rechnen müssen ...“ (Pressemitteilung 27.7.1989, Seite 11).

Seine Einschätzung hatte Rebmann be-

reits im Jahr davor so formuliert:

„Eine solch massive Einflußnahme auf das Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts hat es seit dem Jahre 1977 nicht mehr und durch Ausländer noch nie gegeben.“

In dem Zusammenhang sei bemerkt, daß die kurdischen Organisationen immer wieder betont haben, daß sie einen gerechten bewaffneten Kampf in Kurdi-

stan für ihre nationale Befreiung führen und in Westeuropa Gewaltaktionen ablehnen — bei keinem der Angeklagten sind Ausbruchs- oder Erpressungsversuche bekannt, weder bei der PKK noch den ihr nahestehenden kurdischen Organisationen sind jemals in der Bundesrepublik Sprengstoff oder Waffen gefunden worden. Trotzdem hat die geschilderte massive Vorverurteilungskampagne, mit

der auch offensichtlich gezielt Druck auf das erkennende Gericht ausgeübt wurde, ihre Wirkung nicht verfehlt, wie noch zu zeigen sein wird. Als Zwischenergebnis ist festzuhalten:

Eine derartige massive und systematische Kampagne der Vorverurteilung seitens der Bundesregierung und der Bundesanwaltschaft hat es seit 1977 nicht mehr gegeben ...“



Links: PKK-Gefangene in Diyarbakir. Rechts: Protest gegen Kurdenverfolgung in der BRD

RA Schultz: Die gesetzliche Vorbereitung des Prozesses

... Der Beginn des Ermittlungsverfahrens im Januar 1987, in dessen Verlauf die Angeklagten verhaftet wurden, war erst aufgrund einer Gesetzesänderung möglich, die maßgeblich von Generalbundesanwalt Rebmann initiiert wurde.

— Im Juli 1986 erscheint ein Aufsatz aus seiner Feder, in dem neue gesetzliche Maßnahmen mit der Begründung gefordert werden:

„Angesichts der internationalen Verflechtungen des Terrorismus und der überhaupt mehr und mehr erkennbaren terroristischen Internationalisierung ist eine umfassende zentrale Ermittlungszuständigkeit der Staatsanwaltschaft des Bundes für alle schwerwiegenden Straftaten terroristischer Prägung unerlässlich.“ (Neue Zeitschrift für Strafrecht 1986. Seite 298f. die Zuständigkeit des Generalbundesanwalts zur Verfolgung terroristischer Straftaten. Seite 291) Er beklagt, daß der Anwendungsbereich des 129a StGB so eingeschränkt sei, daß ausländische terroristische Vereinigungen nicht strafbar seien. Eine Erweiterung des (materiellrechtlichen) Straftatbestandes des 129a StGB wird von ihm u.a. mit der Begründung abgelehnt, es müßte dann bei der ausländischen Organisation „jeweils eine Entscheidung darüber her-

beigeführt werden, ob ein etwa berechtigter Widerstand, namentlich gegen ein ausländisches Unrechtssystem, einer ausländischen Organisation die Qualifikation einer terroristischen Organisation nimmt“ (ebenda). Er schlägt daher eine Lösung auf verfahrensrechtlichem Wege vor durch die Erweiterung der Zuständigkeit der Strafverfolgungskompetenz des Generalbundesanwalts an die Katalogtaten des 129a StGB, wenn Belange des Staatsschutzes berührt werden.

— Im Oktober 1986 führt Generalbundesanwalt Rebmann u.a. Gespräche mit dem Botschafter der Türkei, Iscen, über die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der Länder gegen den internationalen Terrorismus und unterrichtet den Botschafter hierbei davon, daß die extremistischen Aktivitäten gegen die Türkei in Deutschland aus nächster Nähe beobachtet würden („Hürriyet“ vom 12.10. 1986).

— Am 31.10.1986 bringt die Regierungskoalition einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus (Bundestagsdrucksache 11/6286) ein, wonach die Bundesanwaltschaft künftig auch zuständig sein soll für die Verfolgung von „terroristischen Vereinigungen“ aus dem Ausland, wenn sie in der Bundesrepublik

Katalogstraftaten des 129a StGB begehen, die „die Sicherheit ... seiner nicht-deutschen Vertragsstaaten ... zu beeinträchtigen“ drohen.

Die Gesetzesänderung tritt zum 1.1. 1987 in Kraft, Generalbundesanwalt Rebmann äußert sich später befriedigt darüber, daß man weitgehend seinen Vorstellungen gefolgt sei.

— Mit einem Vermerk vom 8.1.1987 „Betreff: Kurdische Arbeiterpartei“ im Umfang von 44 Seiten beginnt dann das Ermittlungsverfahren. Noch im Sommer erklärt der damalige Sprecher der Bundesanwaltschaft, Prechtel, man prüfe noch, ob dieses einen Fall für die Bundesanwaltschaft gäbe, insbesondere suche man noch erfolglos nach beweiskräftigen Anhaltspunkten, ob es einen militärischen Flügel der PKK gäbe, der ständig in der BRD lebe oder einfliegende Kommandos (vgl. „taz“ vom 2.7.1987).

— Erst einige Zeit später, nach umfangreichen Durchsuchungen und Beschlagnahmen von Dokumenten usw. wird die Konstruktion der „terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK“ in der BRD entwickelt — also einer selbstständigen Teilorganisation als Inlandsorganisation, mit der man auch nach dem bisher geltenden Straftatbestand des 129a StGB arbeiten kann.

— Ein ähnlicher Vorgang der Schaffung von Rechtsgrundlagen speziell für dieses Verfahren stellt offenbar die Einführung der sogenannten Kronzeugenregelung

dar, die bekanntlich ebenfalls auf maßgebliches Betreiben der Bundesanwaltschaft in diesem Jahr Gesetz geworden ist:

Wie die Verteidigung in der letzten Woche aus einer Aktennachlieferung der Bundesanwaltschaft erfahren konnte, hat inzwischen der Anfang des Jahres eigens aus Schweden ausgelieferte kurdische Kronzeuge Ali C. nach ausführlicher Prüfung und Beratung durch die BAW die Kronzeugenregelung für sich in Anspruch nehmen können, nachdem er versprochen hatte, auch zukünftig mit der BAW weiter zusammenzuarbeiten und für die Aufdeckung von Straftaten im Umfeld der PKK zu sorgen.

Es soll an dieser Stelle nicht darüber spekuliert werden, ob die BAW inzwischen zur Erkenntnis gelangt ist, daß die beiden anderen Hauptbelastungszeugen in diesem Verfahren wohl keine ausreichenden Beweise erbringen werden.

Jedenfalls zeigt die Inanspruchnahme der Kronzeugenregelung durch einen kurdischen Zeugen in Zusammenarbeit mit der BAW: Es bedarf offensichtlich neuer Rechtsgrundlagen, um dieses Verfahren im Sinne der Vorverurteilung durch den Generalbundesanwalt durchführen zu können . . .

Zu e): Fortführung der Vorverurteilung durch das erkennende Gericht.

Daß sich der 5. Strafsenat dieser Vorverurteilungskampagne nicht entzogen hat, ergibt sich aus zahlreichen Handlungen und Beschlüssen des Senats . . .

Als weiteren Beleg für die Fortsetzung der Vorverurteilung durch das erkennende Gericht seien an dieser Stelle zwei Beispiele angeführt:

— Zahlreiche Beschlüsse, mit denen Briefe meines Mandanten an kurdische Zeitungen angehalten wurden, beschränken sich auf die Begründung, mit den Briefen „betreibt der Angeschuldigte politische Agitation zu Gunsten der PKK“. Es wird also nicht einmal behauptet, es würden die Briefe eine „terroristische Organisation innerhalb der PKK“ fördern, es wird so getan, als sei die PKK insgesamt „terroristisch“, und es sei daher verboten, sie zu unterstützen.

— In einem Brief meines Mandanten an angeschuldigte Mitgefangene hatte dieser u.a. Berichte der türkischen Zeitung „Milliyet“ widergegeben, wonach das türkische Militär sich im Rahmen von NATO-Beschlüssen u.a. Hubschrauber der Bundeswehr zu militärischen Aktivitäten in Kurdistan bediene. Diese Briefe wurden angehalten mit der Begründung: „Da diese Ausführungen unwahr sind, würde die Beförderung der Briefe dem Zweck der Untersuchungshaft widersprechen.“ (Beschuß vom 17.4.1989 des Vorsitzenden) Abgesehen davon, daß der Beschuß einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Meinungsäußerungsfreiheit darstellen dürfte, zeigt er, wie sehr sich der damalige Vorsitzende des 5. Strafsenats, Arend, mit der Vorverurteilungskampagne identifiziert. Auch nach

Dokumentiert: Rebmann zum laufenden PKK-Prozeß

Am 12. Dezember fand in Karlsruhe die inzwischen 26. Halbjahrespressekonferenz des Generalbundesanwaltes Rebmann statt. Ab 1990 wird Rebmann in der Abteilung II ein „Ausländer-Referat“, das Referat II 8, einrichten. Die Bundesanwaltschaft hat dafür im Haushalt 1990 bereits als Erstausrüstung je eine Stelle für einen Bundesanwalt und einen Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof erhalten. Rebmann begründete dies mit den zahlreichen und umfangreichen Strafverfahren gegen Ausländer wegen terroristischer Straftaten und wegen der seit dem 1. Januar 1987 erweiterten Zuständigkeit, er erwähnte konkret Kurden, Iren und Palästinenser. Bezüglich des Prozesses gegen 19 Kurdinnen und Kurden in Düsseldorf klagte Rebmann über den schleppenden Verlauf, seiner Meinung nach sollte die „Einführung einer prozessualen Mißbrauchsklausel“ erwogen werden. Das heißt, er will die Verteidigerrechte einschränken, um seine Schauprozesse mit so wenig Behinderungen wie möglich durchführen zu können. Im folgenden dokumentieren wir die Auszüge aus den bei dieser Pressekonferenz vorgelegten Mitteilungen der Bundesanwaltschaft, die sich mit dem PKK-Prozeß und mit der Verfolgung ausländischer Organisationen in der BRD befassen.

„Zunächst zur Geschäftsbelastung:

Sie war auch 1989 bis jetzt in allen Abteilungen sehr groß. Dies gilt in besonderem Maße für die Abteilung für Strafsachen gegen die innere Sicherheit, die Abteilung II, nicht nur wegen der Ereignisse der letzten Zeit, sondern auch wegen zahlreicher und umfangreicher Strafverfahren gegen Ausländer wegen terroristischer Straftaten oder aufgrund unserer seit 1. Januar 1987 erweiterten Zuständigkeit — Kurden, Iren, Palästinenser und jetzt auch Inder. Ich werde 1990 in der Abteilung II ein „Ausländer-Referat“, das Referat II 8 einrichten, in dem — als grobe Planung — die noch nicht angeklagten Verfahren gegen Ausländer zusammengefaßt werden sollen. Die Bundesanwaltschaft be-

kommt dafür im Haushalt 1990 als Erstausrüstung je eine Stelle für einen Bundesanwalt und einen Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof.

... Ein Problem, das mir große Sorge bereitet, ist der schleppende Gang der Hauptverhandlung gegen 18 von mir angeklagte Mitglieder der kurdischen Arbeiterpartei — der PKK — vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Mordes und anderer Straftaten. Ihr bisheriger Verlauf läßt erkennen, daß einige der dort tätigen Verteidiger verfahrensfremde Ziele verfolgen.

Die Hauptverhandlung begann am 24. Oktober 1989. An 15 Tagen wurde bisher verhandelt. Außer der Feststellung, welche Verfahrensbeteiligten anwesend sind, konnte kein die Sachbehandlung fördernder Verfahrensschritt gemacht werden. Insbesondere konnten die Angeklagten bisher noch nicht zur Person vernommen werden, die Anklage konnte noch nicht verlesen werden. Großen Raum nahm in der Hauptverhandlung bisher die Begründung eines Antrages zur Einstellung des Verfahrens ein. Einige Verteidiger haben in der Hauptverhandlung unverhohlen eingeräumt, daß sie mit allen Mitteln versuchen werden, die Durchführung des Prozesses vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf zu verhindern.

Um einen auf Prozeßverschleppung angelegten Gebrauch strafprozessualer Befugnisse durch Verteidiger zu verhindern, sollte m.E. doch wieder die Einführung einer prozessualen Mißbrauchsklausel erwogen werden.

Ich werde die weitere Entwicklung — auch in anderen Verfahren — sorgfältig beobachten und gegebenenfalls dem Bundesministerium der Justiz mit entsprechenden Vorschlägen berichten. Die knappe Ressource „Justizgewährung“ muß rationell und ohne verfahrensfremde Behinderung eingesetzt werden können . . .“

Quelle: Pressemitteilungen der Bundesanwaltschaft

dem Wechsel des Vorsitzenden wurde der Anhaltebeschuß auf meine Gegenvorstellung hin bestätigt, mit der ich weitere ausführliche Belege angeführt hatte. Im Beschuß vom 21.6.1989 heißt es:

„Die Ausführungen des Angeschuldigten in den von der Beförderung ausgeschlossenen Briefen . . . dienten aufgrund des Zusammenhangs erkennbar dem Zweck, die Bundesrepublik der Beteiligung an der Unterdrückung des kurdischen Volkes zu bezichtigen und das Strafverfahren gegen die Angeschul-

digten als mit der türkischen Regierung abgestimmtes Mittel zur Niederschlagung des kurdischen Widerstandes darzustellen. Die Beförderung dieser Briefe wäre geeignet gewesen, das Verhalten der Mitangeschuldigten in der Haft zu beeinflussen und hätte deshalb dem Zweck der Untersuchungshaft widersprochen.“ (Seite 6)

Dem ist nichts hinzuzufügen . . .

Der Verteidiger
Schultz
Rechtsanwalt



Lohnkampf Metallindustrie

Mitte Januar beginnen die ersten Verhandlungen um neue Lohntarifverträge in der metallverarbeitenden Industrie. In fast allen Tarifbezirken fordert die IG Metall Lohn-erhöhungen zwischen 8 und 9 % und eine Mindesterhöhung um 200,— DM, teilweise sprachen sich die Tarifkommissionen auch für eine Festlegung der Laufzeit auf höchstens zwölf Monate aus, für die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche von Montags bis Freitags bei freiem Wochenende sowie für eine Beschränkung der Überstunden auf höchstens zehn Überstunden im Monat. Möglichkeiten, deutliche Lohnerhöhungen durchzusetzen und eine Anhebung der unteren Lohngruppen zu erreichen, sind vorhanden.

Frankreich: Neue Erfolge von Le Pen

In Frankreich haben die faschistischen Kräfte um Le Pen „Front National“ bei Nachwahlen zur Nationalversammlung so viele Stimmen erzielt, daß sie erneut in der französischen Nationalversammlung vertreten sind. In einem Wahlkreis erreichte die Kandidatin der FN 61,3 % der Stimmen. In Marseille gewann der Kandidat der bürgerlichen UDF nur knapp gegen den Kandidaten der FN. Nur wenige Tage nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses gab die Regierung eine Verschärfung der Asylbestimmungen und der Grenzkontrollen gegen potentielle Einwanderer bekannt. Damit hat die FN, kaum daß sie wieder in die Nationalversammlung eingezogen ist, zu einer erneuten Verschärfung des Drucks auf die ausländischen Arbeiter beigetragen.



Bleiberecht: Senat rührt sich nicht

Seit mehr als einem Jahr kämpft die Hamburger Rom- und Cinti-Union (RCU) für das Bleiberecht der in Hamburg lebenden ca. 1000 Cinti und Roma. Zwei Hungerstreikaktionen und die mehrfache Besetzung der Gedenkstätte Neuengamme waren nötig, um die Einheit von Diakonischem Werk und Senat für selektive Abschiebungen zu brechen. Mittlerweile ist die evg. Kirche für das sog. „Kölner Modell“ nicht mehr zu haben. Zu Weihnachten gibt es einen Hirtenbrief, mit dem sie Spuren verwischt, aber öffentlich für das Bleiberecht für alle in Hamburg lebenden Roma und Cinti eintreten muß. Es scheint, als warte der Senat das Ergebnis der Abschiebungsfälle gegen 3 500 Roma in NRW ab, um selbst mit Abschiebungen zu beginnen.

Reaktionäre Jugendpolitik

Die von der Delegiertenkonferenz des BWK eingerichtete Arbeitsgruppe Revolutionäre Jugendpolitik legt einen Überblick über die reaktionäre Politik gegenüber der Jugend in den letzten Jahren vor. Zu den Grundfesten bürgerlicher Jugendpolitik gehört das Abhängighalten vom Elternhaus — angefangen vom „Kindergeld“, das weniger gesellschaftliche Unterstützung der Kinder, sondern Belohnung des Elternwillens darstellt, bis zu unzureichenden Ausbildungsentlohnungen — die Staatsaufsicht in Schulen, die ausgedehnt werden soll, und der Versuch, die Jugendlichen in vielfältigster Hinsicht moralisch zu vereinnahmen, sie unter die Fuchtel christlich-abendländischer Wertvorstellungen zu biegen.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
— erscheint vierzehntäglich. Preis 1,50 DM

Herausgeber

Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

— Nachrichten Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie

Nachrichten Chemische Industrie 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe

— Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe 0,80 DM
Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik — Informationsdienst Gesundheitspolitik 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefangnisse

— Nachrichten Jugend, Militär, Gefangnisse 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik — Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik

— Nachrichten, Analysen, Mitteilungen 1,20 DM
Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26 DM ein Jahresabonnement Politische Berichte 52 DM Abonnementpreise für Nachrichtenhäfte Einzelpreise plus 1. DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m b H
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6 a. 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5. 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Duwelstr. 55. 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Waldparkstr. 9 6800 Mannheim 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2 8000 München 5

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln BLZ 370 100 50 Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft BLZ 370 101 11 Kto. Nr. 11 44 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung Rüdiger Lotzer; für Aus. Verbänden und Parteien Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional Günter Baumann; für Aus. Kultur und Wissenschaft Diskussionsbeiträge Angela Lux; für Sozialstatistik Spezialberichte Alfred Küster. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM der AG Medien in der Volksfront AGMe des NH Chemie AGCH der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG der AG Jugend, Militär und Gefangnisse in der Volksfront AGJ der AG für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik AGB der AG für Kommunalpolitik AGK der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront vF.

Druck: Farb-Druck & Grafik Team GmbH, Köln. Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhäfte bei. Vierteljährlich: Beilage. Gesamte Beiträge aus der Diskussion der Linken.